

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Institut für Sozial- und Kulturanthropologie

Bachelorarbeit

Erstgutachter: Prof. Dr. Olaf Zenker
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Katharina Schramm

Konstruktion und Kontextualisierung von ‚*Schlepperei*‘ im Mittelmeer. Eine kritische Diskursanalyse aktueller Bundestagsdebatten

Zur Erlangung des akademischen Grades *Bachelor of Arts*

Lena Sophia Fischer

Hauptfach: Sozial-und Kulturanthropologie
Nebenfach: Publizistik-und Kommunikationswissenschaft
Studien- und Prüfungsordnung 2007

16.06.2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Methodik: Kritische Diskursanalyse nach Jäger	3
2.1 Theoretische Grundlagen	3
2.1.1 Die Kritische Diskursanalyse als ‚Werkzeugkiste‘ einer interpretativen Wissenschaft	3
2.1.2 Diskursives Wissen und Macht nach Foucault.....	4
2.1.3 Kollektivsymbolik nach Link.....	6
2.2 Strukturierung von Diskursanalysen nach Jäger	6
2.3 Datenkorpus und methodisches Vorgehen in dieser Analyse	7
3. Kontextualisierung: Das Grenzregime der EU auf dem Mittelmeer	8
3.1 Entwicklungen im Spiegel kritischer Grenzregimeforschung	8
3.2 FRONTEX; „Mare Nostrum“ und EUNAVFOR MED: Abschottungsmaßnahmen und Seenotrettung im letzten Jahrzehnt	9
4. Analyse	11
4.1 Vorbemerkungen und Kontext der Debatten	11
4.2 Narrative über zentrale Akteur_innen	13
4.2.1 Das Narrativ des <i>Schleppers</i>	13
4.2.2 Die Konstruktion von Migrant_innen als Opfer.....	15
4.2.3 Europa: Verantwortung und Wertegemeinschaft	16
4.3 Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge	16
4.3.1 Das Verhindern des Massensterbens als zentrale Problemdefinition.....	16
4.3.2 Das Verhältnis von Seenotrettung und <i>Schlepperbekämpfung</i>	17
4.3.3 Legale Fluchtwege zwischen alternativer <i>Schlepperbekämpfung</i> und Baustein einer Gesamtstrategie	18
4.3.4 Kritik an EUNAVOR MED	20
4.3.4.1 <i>Schlepperbekämpfung</i> als <i>Symptombekämpfung</i>	20
4.3.4.2 „Wo Grenzen sind, wird es Versuche geben, diese zu überwinden.“	20
4.3.4.3 Praktische Umsetzung von EUNAVFOR MED	22
4.3.5 Diskursive Verknüpfung mit anderen Diskurssträngen	23
4.3.5.1 Willkommenskultur	23
4.3.5.2 Migration als Bedrohung: Unkontrollierte Zuwanderung und <i>Asylmissbrauch</i>	23
4.3.5.3 Ungerechte Verteilung in Europa	25
4.3.5.4 Europäische Solidarität.....	26
4.4 Zusammenfassung der Ergebnisse	27
5. Fazit und Ausblick	28
Literaturverzeichnis	29
Verzeichnis Datenkorpus	33
Anhang	36

1. Einleitung

„Die Figur des (...) Schmugglers ist wie ein blinder Fleck in den gegenwärtigen Analysen der migrantischen Netzwerke: selten erforscht und am meisten kriminalisiert.“ (Panagiotidis/Tsianos 2007: 65)

Mit einem großen Seeunglück, welches sich am 19. April 2015 auf dem Mittelmeer ereignete und mehrere hundert Menschen das Leben kostete, rückten die südlichen europäischen Außengrenzen abermals in den Fokus des medialen und politischen Interesses. Während die Europäische Union in vielen Punkten uneins war, schien über eine Sache Einigkeit vorzuherrschen: *Kriminelle Schlepper*¹, die aus dem Leid der Menschen Profit schlagen würden, müssten militärisch bekämpft werden (Tagesschau 2015). Diese Darstellung blendet aus, dass restriktive Abschottungsmaßnahmen an den Grenzen die Überwindung dieser für viele Menschen ohne fremde Hilfe unmöglich machen und sie nur deshalb kommerzielle Fluchthilfe² in Anspruch nehmen (Schloenhardt 2015). Während Fluchthilfe zur Zeit des Kalten Krieges in der BRD als ehrenwert angesehen wurde, kam es mit der veränderten politischen Situation auch zu einer Neudefinition des Phänomens (Dietrich 2005), das nun im Zuge einer „Versicherheitlichung“³ des Migrationsdiskurses zunehmend homogenisiert und kriminalisiert wurde (Call 2012: 52).

Bei der von Panagiotidis/Tsianos (2007: 65) als „blinder Fleck“ bezeichneten Figur des *Schleppers* setzt die vorliegende Arbeit auf einer diskursiven Ebene an. Dabei soll sagbares Wissen über *Schlepper* im Diskurs des Bundestags identifiziert und im Kontext kritischer Grenzregimeansätze diskutiert werden, um herauszufinden, ob und wie in Verknüpfung mit diesem Wissen politische Problemdefinitionen und Lösungsansätze vorgenommen werden.

Die zentrale Fragestellung lautet: *Welche Wahrheitsansprüche und Narrative um ‚Schlepperei‘ prägten den Diskurs im Bundestag im Jahr 2015 und wie wurden auf Basis dieses Wissens politische Problemdefinitionen und Lösungsansätze geschaffen, die eine Militarisierung des Grenzregimes legitimieren bzw. delegitimieren?*

¹ Da der Diskurs um „Schlepper“ und „Schleuser“ männlich dominiert ist (Stiegler 2014: 14) und ich diese Begriffe ausschließlich als Zitat des Diskurses verwenden werde, wird die sonst in dieser Arbeit verwendete alle Geschlechtsidentitäten umfassende Schreibweise mit Unterstrich bei diesen Begriffen nicht angewendet. Damit zusammenhängende Begriffe werden als emische Begriffe kursiv geschrieben.

² Der Begriff „kommerzielle Fluchthilfe“ wurde 1999 von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) als neutralere Alternative zu den politischen Kampfbegriffen „Schleuser“ und „Schlepper“ vorgeschlagen (FFM 1999:182) und wird hier in diesem Sinne verwendet.

³ Unter „Versicherheitlichung“ wird die Verknüpfung des Diskurses mit einem Diskurs um „Innere Sicherheit“ verstanden (Call 2012: 51).

Meine These ist, dass enge Wechselwirkungen zwischen Konstruktionen von Migration, *Schlepperwesen* und Europa und der Legitimierung einer Militarisierung an den EU-Außengrenzen bestehen. Ziel der Arbeit ist es, über diesen Diskursstrang einen besseren Zugang zu den verstrickten, komplexen und vielschichtigen Diskursen um Flucht und Migration zu gewinnen und so einen kritischen Beitrag zu aktuellen politischen Aushandlungsprozessen zu leisten. Meine Verortung ist dabei aktivistisch, im Sinne einer Sozialwissenschaft, die ihre politische Positionierung offenlegt. Dabei soll vorweg angemerkt sein, dass ich mich in dieser Arbeit lediglich dem Versuch verschreibe, politische Narrative und Legitimationsmuster besser zu verstehen, dem erfahrenen Leid betroffener Menschen kann dies jedoch keine Rechnung tragen.

Methodisch werde ich mich an der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger orientieren, in welche ich in *Kapitel 2* kurz einführen werde. In *Kapitel 3* werde ich den Themenkomplex in Ansätze kritischer Grenzregimeforschung⁴ einbetten und jüngste Entwicklungen, die für das Verständnis der Analyse relevant sind, darstellen. Im Rahmen einer dezidiert auf die Fragestellung ausgerichteten Analyse werde ich in *Kapitel 4* politische Diskurse im Bundestag untersuchen, bevor ich in *Kapitel 5* ein kurzes Fazit ziehen werde.

Den Datenkorpus dieser Arbeit bilden Dokumente des Bundestages, da letzterer eine Diskursebene in der deutschen politischen Landschaft darstellt, in der politische Diskurse gebündelt geführt, machtvoll Entscheidungen getroffen und öffentlich legitimiert werden. Eine Maßnahme stellte sich für den Untersuchungszeitraum 2015 für die Thematik *Schlepperbekämpfung* als besonders bedeutsam heraus: Die Militärmission „European Union Naval Force – Mediterranean“ (EUNAVFOR MED), auch „Operation Sophia“ genannt. Als Ziel der Mission wird angegeben, zur Vermeidung weiterer *Tragödien* auf dem Mittelmeer gegen *Schleuserkriminalität* vorzugehen. Dabei sollen in verschiedenen Phasen Informationen gesammelt, *Schlepperboote* angehalten, durchsucht, beschlagnahmt oder umgeleitet werden (Bundeswehr 2016). Da auch die Bundeswehr an dieser bewaffneten Operation beteiligt ist, bot EUNAVFOR MED Anlass für mehrere Dokumente und Debatten im Bundestag, in denen über *Schleusungskriminalität* und damit verbundene Strategien diskutiert wurde.

⁴ Dabei beziehe ich mich vorwiegend auf die Sammelbände „*Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*“ (Hess/Kasperek 2010) und „*Flucht und Migration. Von Grenzen, Ängsten und Zukunftsvisionen*“ (Bierdel/Lakitsch 2014).

2. Methodik: Kritische Diskursanalyse nach Jäger

2.1 Theoretische Grundlagen

2.1.1 Die Kritische Diskursanalyse als ‚Werkzeugkiste‘ einer interpretativen Wissenschaft

Methodisch orientiert sich diese Arbeit an der vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung entwickelten Kritischen Diskursanalyse (KDA), welche maßgeblich durch Siegfried Jäger geprägt wurde. Sie bezieht sich vor allem auf Theorien Michel Foucaults und Jürgen Links (Jäger 2015: 7).

Die Rekonstruktion von Diskursen und das Verstehen ihrer Bedeutung stellt einen zentralen Bestandteil von Foucaults Werk dar und im Folgenden werde ich einige Aspekte seiner Diskurstheorie nachvollziehen, die für die Analyse wichtig sind. Foucault schrieb:

„Alle meine Bücher (...) sind kleine Werkzeugkisten. Wenn die Leute sie aufmachen wollen und diesen oder jenen Satz, diese oder jene Idee oder Analyse als Schraubenzieher verwenden, um die Machtsysteme kurzzuschließen, zu demontieren oder zu sprengen, einschließlich vielleicht derjenigen Machtsysteme, aus denen diese meine Bücher hervorgegangen sind – nun gut, umso besser.“
(Foucault 1976: 45)

In diesem Sinne sollen in dieser Arbeit Foucaults Werk und Jägers Ansätze als ‚Werkzeugkisten‘ verwendet werden. Auch Jäger (2015: 8) betont den offenen Charakter seiner methodischen Ansätze als interpretative Analyseinstrumente. Der Fragestellung entsprechend kann sich bestimmter Instrumente bedient werden, die Verwendung anderer wiederum ist weniger sinnvoll (ebd.).

Dabei versteht sich die KDA als politisch positioniert insofern, als dass Humanwissenschaften schon immer gesellschaftliche Wirklichkeit auf Basis von Wissen gedeutet haben (Jäger 2015: 10). Das forschende Subjekt wird nicht außerhalb des diskursiven Feldes imaginiert, sondern als Akteur_in, die_der sich aktiv am „Kampf um die Wahrheit“ (Foucault 1978: 53) beteiligt. Dabei existiert nicht *die* Wahrheit in der Wirklichkeit, sondern es findet immer eine Deutung der Wirklichkeit auf der Basis eigenen Wissens statt und somit entstehen Deutungskämpfe, an denen Wissenschaft sich aktiv beteiligt (Jäger 2015: 11). Diskurse um *Schlepperei* sollen in diesem Sinne in dieser Arbeit nicht als objektive Wahrheiten gedeutet werden, sondern in ihrer politisch positionierten Produktion untersucht werden. Dabei soll gezeigt werden, wie im Bundestag Wahrheiten produziert und zur Legitimation politischer Entscheidungen verwendet werden.

Ziel Kritischer Diskursanalyse ist es, Wissen herauszuarbeiten, das „sprachlich performierten Diskursen und nicht-sprachlich performierten Diskursen“ zuzuweisen ist (Jäger 2015: 7). Zentral ist die Ermittlung von Aussagen, dabei hat die KDA nicht den Anspruch objektiver

Wahrheit, sondern übt Kritik an dem, was als scheinbar objektive Wahrheit wirkt (Jäger 2015: 8). Auch diese Arbeit beteiligt sich an diesem „Kampf um die Wahrheit“ (Foucault 1978: 53) und nutzt Ergebnisse der kritischen Grenzregimeforschung zur Analyse des Wissens im Bundestag.

2.1.2 Diskursives Wissen und Macht nach Foucault

Dieses produzierte Wissen umfasst Bewusstseinsinhalte und Bedeutungen, auf deren Grundlage Menschen in ihrem historischen Kontext Wirklichkeit verstehen (Jäger 2001: 81). Wissen ist bei Foucault mit Sagbarkeitsfeldern verbunden. Unter dem Begriff ‚Archäologie‘ versteht er eine methodische Herangehensweise, die darauf abzielt, unser Denken und unsere Sprache in Frage zu stellen, indem Strukturen und Prozesse, die Wissen formieren, freigelegt werden sollen (Kammler/Parr/Schneider 2008: 51). Dabei geht es nicht darum, den Wahrheitsgehalt einer Aussage zu ermitteln, sondern darum, nachzuvollziehen, wie durch bestimmte Diskurse und Konstellationen welches Wissen möglich wird (ebd.: 220).

Foucault sieht in der Analyse diskursiver Felder die Möglichkeit, die Begrenztheit und die Wurzeln des *Sagbaren* herauszuarbeiten:

„[E]s handelt sich darum, die Aussage in der Enge und Besonderheit ihres Ereignisses zu erfassen; die Bedingungen ihrer Existenz zu bestimmen, auf das Genaueste ihre Grenzen zu fixieren, ihre Korrelationen mit den anderen Aussagen aufzustellen, die mit ihm verbunden können, zu zeigen, welche anderen Formen der Äußerung sie ausschließt.“ (Foucault 1973: 43)

Daran anknüpfend will die KDA aufzeigen, was in einem bestimmten historischen und gesellschaftlichen Kontext als *sagbar* gilt (Jäger 2015: 81). Dass Diskurse wandelbar, eng mit Wissen verknüpft sind, einen Verlauf haben und dementsprechend einzelne Fragmente als Grundlage zur Erschließung eines Gesamtdiskurses dienlich sein können, zeigt sich in der Diskursdefinition durch Jäger und Jäger (Jäger/Jäger 2007: 15) als „Fluss von Wissen durch die Zeit“. Diskurse sind demnach soziokulturelle Deutungsmuster, die gesellschaftliche Wirklichkeit produzieren (Jäger 2015: 27). Dementsprechend werde ich den Diskurs um *Schlepperei* als historisch entstandenes, aber dennoch stets wandelbares Wissen begreifen. Dieses Wissen ist nicht nur theoretischer Natur, sondern bestimmt, so die These dieser Arbeit, eben auch politische Wirklichkeit. Wissen um *Schlepperei* ist nicht objektiv, sondern wird im Kontext politischer Positionen konstruiert. Diesem sagbaren Wissen werde ich mich über Diskursfragmente auf der Ebene des Bundestages annähern.

Diskurse spiegeln die Realität nicht wider. Das heißt auch, dass Diskurse die Realität nicht auf eine verzerrte oder reale Weise abbilden können (Jäger 2015: 24). Vielmehr wird der Diskurs als ein materielles Produktionsinstrument verstanden, das Gegenstände auf geregelte Weise

herstellt (ebd.) und ein ‚Eigenleben‘ gegenüber der Wirklichkeit führt (Jäger 2015: 33). Genauso wie sich Diskurse nicht auf die Abbildung von Realität reduzieren lassen, lässt sich die Wirklichkeit auch nicht auf Diskurse reduzieren, jedoch wird Wirklichkeit auf Basis von Diskursen von über Wissen verfügenden Menschen gedeutet (Jäger 2015: 36).

Macht kann bei Foucault nicht als eine zentrale Instanz, die Gebote und Verbote anordnet, verstanden werden, sondern sollte vielmehr in einem Feld komplexer Praktiken verortet werden, in dem sie sich entfaltet. Sie kann dabei nicht im Besitz einzelner sein, sondern entfaltet sich relational (Kammler/Parr/Schneider 2008: 274). Kammler/Parr/Schneider (2008: 274) beschreiben Macht bei Foucault als „dezentriertes, substratloses Operieren (...), als dessen Oberfläche zentralisierende Strukturierungsleistungen erscheinen, unter der die Macht verdeckt operiert.“

Bei Foucault sind Macht und Wissen eng miteinander verknüpft. So kann Wissen nicht ohne ein System von Regeln und Zwängen entstehen, gleichzeitig kann Macht keine Wirkung ausüben, wenn sie nicht auf Wissenssystemen basiert (Jäger 2015: 39). Diskurse wiederum werden zum einen selbst zum Machtfaktor, indem sie menschliches Verhalten und andere Diskurse beeinflussen (Jäger 2015: 38). Zum anderen werden Diskurse selbst durch gesellschaftliche Regeln, Ausschließung und Verbote geprägt, wie Foucault bereits in seinem Werk „Die Ordnung des Diskurses“ verdeutlicht:

„Ich setze voraus, daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird-und zwar durch gewisse Prozeduren (...). In einer Gesellschaft wie der unseren kennt man sehr wohl Prozeduren der Ausschließung. Die sichtbarste und vertrauteste ist das Verbot. Man weiß, daß man nicht das Recht hat, alles zu sagen, daß man nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen kann, daß schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige reden kann.“ (Foucault 2014: 10f)

In Anlehnung daran versteht Jürgen Link unter Diskursen „geregelt, ansatzweise institutionalisierte Redeweisen als Räume möglicher Aussagen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und dadurch Machtwirkungen ausüben“ (Link 2005: 18). Diskurse werden also nicht auf einer rein sprachlichen Ebene gefasst, sondern immer im Zusammenspiel mit nicht-sprachbasierten Handlungen und mit Blick auf ihre Machtwirkungen. In der Diskursanalyse geht es um ‚sagbares Wissen‘ (Jäger 2015: 36), Sprache bildet hier die Grundlage: „Die Sprache existiert nur als Konstruktionssystem für mögliche Aussagen; (...)“ (Foucault 1973: 124). Auch bei den von mir analysierten Bundestagsdebatten waren die Diskurse um *Schlepperei* an politische Entscheidungen und Handlungen gekoppelt und entfalteten somit Machtwirkungen.

2.1.3 Kollektivsymbolik nach Link

Für die KDA ist die Analyse von Kollektivsymbolen relevant (Jäger 2015: 25). Dieses diskurstheoretische Konzept basiert auf Überlegungen Jürgen Links, der unter Kollektivsymbolik die „Gesamtheit der am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Vergleiche (...), Exempelfälle, anschauliche[n] Modelle und Analogien einer Kultur“ (Link 2012: 137) versteht. Es handelt sich also um Symbole und Muster, die allen Mitgliedern einer Gesellschaft bekannt sind und auf deren Basis Deutungen von gesellschaftlicher und politischer Wirklichkeit vorgenommen werden. Sie verdeutlichen „in symbolisch verdichteter und vereinfachender Form das heute gängige und gültige Muster unserer Gesellschaft“ (Jäger 2015: 55). Ein „synchrones System kollektiver Symbole“ hält dabei den gesellschaftlichen Diskurs zusammen (Jäger 2015: 55). Diskurse lassen sich nur verstehen, wenn Systeme kollektiver Symbole berücksichtigt werden, da diese eine Wirkung auf die kollektive Zusammensetzung von Bedeutung haben. Als „kulturelle Stereotypen“ (Drews/Gerhard/Link 1985; zit. nach Jäger 2015: 56) erzählen sie sich dadurch weiter, dass das System kollektiver Symbole gelernt wird und im Bewusstsein präsent und mit anderen Kollektivsymbolen verknüpft ist. Kollektivsymbole sind dabei nicht angeboren, sondern werden durch Sozialisation erlernt, sind historisch wandelbar und interkulturell verschieden (Jäger 2015: 57).

2.2 Strukturierung von Diskursanalysen nach Jäger

Da ein Diskurs zunächst immer abstrakt ist, gilt es, ihn zu operationalisieren. Jäger schlägt Begrifflichkeiten vor, die dabei helfen sollen, sprachlich performierte Diskurse zu strukturieren. Zunächst unterscheidet er zwischen wissenschaftlichen ‚Spezialdiskursen‘ und dem ‚Interdiskurs‘, der alle nicht wissenschaftlichen Diskurse umfasst. Beide stehen jeweils im Austausch (Jäger 2015: 80). Unter ‚Diskursfragmenten‘ werden Texte oder Textteile, die ein bestimmtes Thema behandeln, erfasst. Diskursfragmente gleichen Themas werden als ‚Diskursstränge‘ bezeichnet (Jäger 2015: 80f). Ein synchroner Schnitt durch einen Diskursstrang kann Aussagen hervorbringen über die qualitative Bandbreite des Sagbaren zu einem bestimmten Zeitpunkt. Unter ‚diskursiven Ebenen‘ werden soziale Orte verstanden, von denen gesprochen wird (ebd.: 85). Für meine Analyse bot sich die parlamentarische bundesdeutsche Debatte als diskursive Ebene an, da sich hier im Austausch mit anderen politischen Akteur_innen und medialen Diskursen ein politisch bedeutsamer Diskurs manifestiert, der machtvollen Entscheidungen nach sich zieht.

2.3 Datenkorpus und methodisches Vorgehen in dieser Analyse

Auf dem Dokumentenserver des Bundestages sind alle öffentlich verhandelten Dokumente als Drucksachen und stenographische Berichte der öffentlichen Sitzungen als Plenarprotokolle online verfügbar⁵. Um alle relevanten öffentlichen Dokumente zum untersuchten Diskursstrang auf der diskursiven Ebene des Bundestages zu erfassen, gab ich auf dem Dokumentenserver die Suchbegriffe „Schlepper“, „Schlepperei“, „Schleuser“, „Schleusung“, „Schleusungskriminalität“, „Fluchthilfe“ und „Fluchthelfer“ ein. Dabei ergaben sich für das Jahr 2015 insgesamt 74 Treffer. 44 der Dokumente konnten dadurch ausgeschlossen werden, dass sie die Begrifflichkeit in einem für den Kontext der Arbeit irrelevanten Zusammenhang verwendeten, also z.B. *schleppender* Prozess oder im Zusammenhang mit Hafenrichtlinien. Meine Annahme, dass die Thematik nach dem Seeunglück im April 2015 stärker in den Fokus rücken würde, bestätigte sich, für die Monate davor konnten keine relevanten Dokumente gefunden werden. Von den restlichen 30 konnten sieben Dokumente ausgeschlossen werden, die inhaltlich doppelt vorlagen, da sich zum Beispiel bei einer „Kleinen Anfrage“ der Kontext und die Fragen im Wortlaut in der „Antwort auf die Kleine Anfrage“ identisch sind. Weitere acht Dokumente konnten ausgeschlossen werden, da sie die Thematik nur sehr randläufig in anderen Kontexten schnitten, zum Beispiel „Fortbildungen zum Thema Schleusungskriminalität“ im Finanzierungsplan für die Polizei (Drucksache 18/5814) oder einer EUROPOL-Stelle zur Verhinderung des „Anlockens“ von Migranten durch Schlepper im Internet (Drucksache 18/5737).

Die verbleibenden 15 Dokumente bilden die Basis der Analyse. Sie bezogen sich thematisch vor allem auf die Militärmission EUNAVFOR MED, in Verbindung damit aber auch auf legale Einreisewege und das Verhältnis zur Seenotrettung. Aufgrund der Ergebnisse gab ich noch „EUNAVFOR MED“ als weiteren Suchbegriff ein, was aber keine neuen Dokumente hervorbrachte. Technische Details wie Anzahl der Schiffe, Kosten etc. wurden für die Analyse nicht genauer berücksichtigt aufgrund ihrer geringen Relevanz für die Fragestellung.

Nach einer Strukturanalyse der 15 Dokumente, in der Dokumenttyp, Autor_in mit Parteizugehörigkeit, Datum und wichtigste Inhalte in einer Legende festgehalten wurden, konnten zentralen Oberthemen und damit verbundene Aussagen identifiziert werden. Auf Basis dieser Legende wurden Diskursfragmente ausgewählt, die zum einen das politische Parteienspektrum und zum anderen die Breite der Aussagen berücksichtigen, um einen

⁵ Den detaillierteren Prozess der Veröffentlichung siehe unter: <https://www.bundestag.de/drs>

möglichst vollständigen Querschnitt des sagbaren Wissens im Untersuchungszeitraum zu erhalten.

3. Kontextualisierung: Das Grenzregime der EU auf dem Mittelmeer

3.1 Entwicklungen im Spiegel kritischer Grenzregimeforschung

Um die Narrative, die ich in der Analyse herausarbeiten werde, einzuordnen, werde ich Ansätze kritischer Grenzregimeforschung miteinbeziehen. Diese werde ich im vorliegenden Kapitel kurz einführen.

Weltweite Migrationsbewegungen sind im Kontext kapitalistischer, rassistisch strukturierter Ungleichheitssysteme zu verstehen (Behr 2014: 29). Dies betrifft sowohl strukturelle Fluchtursachen wie Verteilungsungerechtigkeit und Problemkomplexe wie Landgrabbing (Strutynski 2014: 16ff), als auch ein global agierendes System, das die Mehrheit der Arbeiter_innen benachteiligt, sowohl durch den Export von Produktion in ‚Billigproduktionsländer‘ als auch durch den Import billiger Arbeitskräfte (Behr 2014: 28). Die Regulation von Migration stellt ein wichtiges Instrument dar, um derartige Ungleichheitsverhältnisse aufrechtzuerhalten (ebd.: 29). Dieser Kontext ist wichtig, um das im Diskurs sagbare Wissen über EU-Außengrenzen zu analysieren.

Der Mythos der Unüberwindbarkeit der Grenzen als „Festung Europa“, beschreibt die Situation an den Grenzen nicht differenziert genug (Panagiotidis/Tsianos 2007: 57), da eine absolute Abschottung weder einfach umsetzbar noch im Sinne eines Arbeitsmarktes, der von illegalisierten Arbeitskräften profitiert, politisch wünschenswert ist (Cuttitta 2010: 29). Daher ist eher von einer „Entschleunigung“ der Migration und einem Selektionsmechanismus zu sprechen, da angesichts der Gefahren nur, wer jung, stark und motiviert genug ist, diese Grenzen überwinden kann (Cuttitta 2007: 33).

Die Forschungsgruppe *Transit Migration* schlägt vor, zur Überwindung dieses Mythos den Begriff „Grenzregime“ zu verwenden (Panagiotidis/Tsianos 2007). Dieser fasst die „Zirkulation als Gegenstand flexibler Steuerung migrantischer Subjektivitäten“ (Hess/Tsianos 2010: 248) und wird postnationalen Aspekten europäischer Kontrollpraktiken gerecht, die von einer Externalisierung von Institutionen und einer Vervielfältigung von Akteur_innen an den Grenzen geprägt sind (Hess/Tsianos 2010: 252).

Mit der Öffnung der EU-Grenzen innerhalb kam es zu einer neuen Territorialisierung durch die „Erfindung“ der EU-Außengrenzen (Kasperek 2010: 112). Während legale Einreisewege immer

weiter eingeschränkt wurden, stieg die Zahl von *Bootsflüchtlingen*⁶ auf dem Mittelmeer in den letzten Jahren weiter (Bahl/Ginal/Hess 2010: 201). Das europäische Grenzregime ist zum einen geprägt durch eine zunehmende Militarisierung, zum anderen durch einen Bedeutungszuwachs für humanitäre Logik und Menschenrechte, welche zum Teil für die Legitimierung der Militarisierung angeeignet werden (Hess/Kasperek 2010: 8).

3.2 FRONTEX; „Mare Nostrum“ und EUNAVFOR MED: Abschottungsmaßnahmen und Seenotrettung im letzten Jahrzehnt

Im Zuge zunehmender Grenzabwehrmaßnahmen beschloss der Europäische Rat im Jahr 2004 die Gründung der Agentur FRONTEX, die die operative Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Schutz der Außengrenzen koordinieren soll (Deimel 2014: 37). Sowohl finanziell, als auch verwaltungstechnisch und rechtlich ist die Agentur weitgehend autonom, weshalb mangelnde Kontrollmöglichkeiten immer wieder kritisiert wurden (ebd.). FRONTEX steht im Zeichen von zunehmender Privatisierung von Politik (Wagner 2010: 238) und der Vervielfältigung von Akteur_innen im EU-Grenzregime. Eine genauere Diskussion von FRONTEX muss an dieser Stelle ausgespart bleiben, da die Agentur in den nachfolgend analysierten Dokumenten eine untergeordnete Rolle spielte.

Die Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“ der italienischen Küstenwache, die nach dem Seeunglück im Oktober 2013 einberufen worden war, endete am 31. Oktober 2014. Sie wurde abgelöst durch die Operation „Triton“, welche unter Führung von FRONTEX steht und dahingehend kritisiert wurde, dass sie primär der Grenzsicherung, nicht der Seenotrettung gewidmet sei (PRO ASYL 2014).

Nachdem es in der Nacht zum 19. April 2015 zum bis dahin größten bekannten Schiffsunglück auf der Route zwischen Libyen und Italien gekommen war, beraumte die EU am 23. April 2015 einen Sondergipfel an, um einen *Zehn-Punkte-Aktionsplan* zur Migration zu beschließen, der ein umfassendes Vorgehen gegen das Sterben auf dem Mittelmeer beinhalten sollte. Dieser umfasste unter anderem die Verdreifachung der finanziellen Mittel für die Operationen „Triton“ und „Poseidon“⁷, das Ergreifen gemeinsamer Maßnahmen mit Drittländern, die Stärkung von Solidarität innerhalb der EU und die Entwicklung neuer Methoden zur Bekämpfung von *Schleppern* (Europäische Kommission 2015: 4). Im Zusammenhang mit dem

⁶ Da der Begriff „Flüchtling“ durch seine Endsilbe verdinglichend und unterlegen wirkt und durch seine Homogenisierung der Diversität von migrierenden Menschen nicht gerecht wird (Heinrich-Böll-Stiftung 2015: 2), wird er kursiv geschrieben, um deutlich zu machen, dass damit der vorherrschende Diskurs dargestellt wird.

⁷ Die Operation „Poseidon“ ist FRONTEX unterstellt und dient in Zusammenarbeit mit griechischen Behörden dem effizienteren Schutz der EU-Außengrenzen (FFM 2015).

letzten Punkt wurde am 18. Mai 2015 die Operation „European Union Naval Force – Mediterranean“ (EUNAVFOR MED) vom Europäischen Rat ins Leben gerufen (Tardy 2015: 1):

„The operation’s mandate is to contribute to the ‘disruption of the business model of human smuggling and trafficking networks in the Southern Central Mediterranean’ by ‘efforts to identify, capture and dispose of vessels used or suspected of being used by smugglers.’” (Tardy 2015:1)

Es geht also darum, *Schleusernetzwerke* zu bekämpfen, indem deren Boote identifiziert, beschlagnahmt und zerstört werden. Als Vorgehensweise der Mission wurden drei Phasen angedacht: In der ersten Phase sollte es primär um Aufklärung und Informationsgewinnung gehen. Am 22. Juni 2015 wurde gleichzeitig mit der Billigung der Operation durch den Rat der EU für Auswärtige Angelegenheiten die erste Phase festgelegt (Bundeswehr 2016). Die Phase *2a* wurde im September durch die EU festgelegt, genauso wie die Umbenennung der Mission in „Operation Sophia“, in Anlehnung an ein Mädchen, das zuvor im Rahmen der Mission auf einem Schiff geboren worden war. In dieser Phase gehe es darum, Boote anzuhalten, zu durchsuchen, zu beschlagnahmen und umzuleiten. Außerdem sollen „Schleusereverdächtige“ an die Strafverfolgungsbehörden von EU-Staaten übergeben werden (Bundeswehr 2016). Der Bundestag stimmte einer Beteiligung zu dieser Phase am 01.10.2015 zu. Für die Phase *2b* sieht der Plan auch ein Vorgehen in fremden Gewässern und für Phase *3* auf fremdem Territorium vor, außerdem ein Zerstören der Boote. Zum Zeitpunkt dieser Arbeit (Juni 2016) waren noch keine Informationen darüber verfügbar, ob und wann der Übergang in eine weitere Phase stattfinden würde, da dazu die Zustimmung des Sicherheitsrates und der libyschen Regierung für ein Operieren in fremden Gewässern fehlte (Deutscher Bundestag 2016).

4. Analyse

4.1 Vorbemerkungen und Kontext der Debatten

In diesem ersten Teil der Analyse werde ich auf die diskutierten Anträge und den formellen Rahmen der analysierten Debatten eingehen. Im darauffolgenden Teil werde ich Narrative über die Akteur_innen *Schlepper*, *Migrant_in* und *Europa* analysieren, die sich für den untersuchten Diskursstrang als bedeutsam herausstellten mit dem Ziel, sagbares Wissen im Untersuchungszeitraum auf der Diskursebene des Bundestages zu identifizieren. Dann werden im dritten Teil in Bezug auf die Relevanz für die Fragestellung ausgewählte Argumentationsmuster und Verknüpfungen aus der Feinanalyse herausgestellt, bevor abschließend eine Zusammenfassung der Ergebnisse folgt.

Im Untersuchungszeitraum war der 18. Deutsche Bundestag tätig mit insgesamt 630 Sitzen, die sich folgendermaßen auf vier Fraktionen verteilten: 310 Sitze hatte die Fraktion *CDU/CSU* inne, 193 Sitze die *SPD*-Fraktion, *Die Linke* nahm 64 Plätze ein, die Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* 63 (Deutscher Bundestag 2015). Die Regierung wurde durch eine Koalition aus *CDU/CSU* mit der *SPD* gestellt, die beiden anderen Parteien bildeten entsprechend die Opposition (Deutscher Bundestag 2013).

In der Strukturanalyse aus insgesamt 15 Dokumenten zeigte sich, dass Plenarprotokolle im Verhältnis zu anderen Dokumenten von Vorteil waren, weil für die Fragestellung relevante Argumentationsmuster verdichtet darin vorkamen und ein zeitlich synchroner Querschnitt, in dem sagbares Wissen in seiner inhaltlichen Breite, die zum Teil mit verschiedenen Parteizugehörigkeiten zusammenhing, möglich war. Im Korpus standen vier solcher Protokolle zur Verfügung. Im Protokoll der Sitzung *18/105* war allerdings nur ein kleiner Teil in der Fragestunde relevant, daher wurde dieses nicht berücksichtigt. Von den weiteren drei bezogen sich zwei (*18/124* und *18/127*) auf denselben Antrag und fanden im Abstand von einer Woche statt, deshalb wurde die Debatte *18/127* ausgeklammert, da sie inhaltlich sehr ähnlich war und eine Bearbeitung aller drei Debatten den Rahmen dieser Analyse gesprengt hätte.

Dementsprechend konzentrierte sich die Feinanalyse auf die Plenarprotokolle *18/110* über die Sitzung am 12.06.2015 und *18/124* über die Sitzung am 24.09.2016. In jeder der beiden Debatten kamen sieben Redner_innen zu Wort, davon gehörten jeweils drei der Fraktion *CDU/CSU* an, jeweils zwei der *SPD*-Fraktion und jeweils eine_r den Fraktionen *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen*. Von den Fraktionen, die mehrere Reden vortrugen, habe ich für die

Feinanalyse jeweils nur eine berücksichtigt, da sonst der Rahmen dieser Arbeit gesprengt werden würde und der inhaltliche Mehrwert gering wäre.

Tabelle 1: Übersicht der analysierten Redebeiträge:

Plenarprotokoll Nr., Seitenzahl	Fraktion	Redner_in
18/ 110, 10628-10629	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Tom Koenigs
18/110, 10629-10633	CDU/CSU	Dr. Ole Schröder
18/110, 10633-10634	DIE LINKE	Ulla Jelpke
18/110, 10634-10635	SPD	Christina Kampmann
18/124, 12052-12053	CDU/CSU	Dr. Ralf Brausiepeke
18/124, 12054-12055	DIE LINKE	Stefan Liebich
18/124, 12057-12058	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Omid Nouripour
18/124, 12059- 12060	SPD	Dr. Fritz Felgentreu

In der 110. Debatte des 18. Deutschen Bundestages am 12.06.2015 wurde in den Tagesordnungspunkten 28a) und 28b) über *Schlepperei* vor allem im Zusammenhang mit Seenotrettung und anderen Strategien zur Bewältigung der ‚Krise‘ diskutiert. Anlass der Debatte waren der Antrag „Seenotrettung jetzt - Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen“ (Drucksache 18/4695)⁸ der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* vom 21.04.2015 und der Antrag „Das Mittelmeer darf nicht zum Massengrab werden - Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik“ (Drucksache 18/4838)⁹ der Fraktion *Die Linke* vom 06.05.2015. Beide Anträge thematisieren eine mangelnde Priorisierung von Seenotrettung und fehlende legale Einreisewege und benennen als Ziel, dem Sterben auf dem Mittelmeer ein Ende zu setzen.

In der 124. Debatte des 18. Deutschen Bundestages am 24.09.2015 (Drucksache 18/124) wurde in Tagesordnungspunkt 10.) über den Antrag der Bundesregierung „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer“ vom 16.09.2015 (Drucksache 18/6013)¹⁰ beraten. Der Antrag fordert die Zustimmung des Bundestages zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation EUNAVFOR MED, welche die

⁸ Der vollständige Antrag befindet sich im digitalen Anhang.

⁹ Der vollständige Antrag befindet sich im digitalen Anhang.

¹⁰ Der vollständige Antrag befindet sich im digitalen Anhang.

Bundesregierung am 16.09.2015 beschloss, nachdem der Europäische Rat zwei Tage zuvor einen Wechsel in die Phase 2*i*) eingeleitet hatte. In dieser Phase gehe es um „das Anhalten und Durchsuchen sowie ggf. die Beschlagnahme und das Umleiten von Schiffen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie für Menschenschmuggel oder Menschenhandel benutzt werden.“ (18/6013: 1). Da es sich um einen bewaffneten Einsatz handelt, war die Zustimmung des Bundestages vonnöten (Gareis 2010: 153)¹¹. Die namentliche Abstimmung über den Antrag folgte erst nach der abschließenden Debatte am 01.10.2015 (Drucksache 18/127) und führte zu dessen Verabschiedung (Bundesministerium der Verteidigung 2015). In der Begründung des Antrags wird die Notwendigkeit einer „gesamteuropäischen Anstrengung“ (Drucksache 18/6013: 5) zur Vermeidung weiteren Sterbens auf dem Mittelmeer besonders hervorgehoben.

In den drei Anträgen spiegeln sich bereits zentrale unterschiedliche Diskurspositionen, wie sich in der weiteren Analyse zeigen wird.

4.2 Narrative über zentrale Akteur_innen

Die im Diskurs erwähnten Akteur_innen lassen sich im Wesentlichen drei Kategorien zuordnen: *Schlepper*, Migrant_innen und Europa zugeordnete Akteur_innen wie zum Beispiel die *italienische Küstenwache*, die *Bundesregierung* oder die *EU*. In der Konstruktion dieser Akteur_innen gab es über die Parteigrenzen und Redner_innen hinweg weitgehend homogene Konzepte, im Gegensatz zu den Problemlösungsdefinitionen, die in Kapitel 4.3 analysiert werden.

4.2.1 Das Narrativ des Schleppers

In den analysierten Redebeiträgen werden *Schlepper* mit immer wiederkehrenden durchweg negativen Zuschreibungen charakterisiert. Ein hervorstechendes Charakteristikum liegt im Aspekt der Kriminalisierung von *Schleppern*, welche als „Schwerkriminelle“ (Nouripour 18/124: 12057(B)) „grausam(...)“ (Liebich 18/124: 12054(B)) einem „menschenverachtende[n] Geschäft“ (Brausiepe 18/12: 12053(D)) nachgehen. Immer wieder tritt auch das Bild *krimineller Schlepperbanden*¹² und von *Schleppernetzwerken* zutage, was eine Verbindung zum Themenfeld der organisierten Kriminalität darstellt. So gehe es nach

¹¹ Bewaffnete Bundeswehreinheiten sind nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1994 dann gültig, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: Es muss sich um einen Rahmen von einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit handeln und solche Einsätze unterliegen einem konstitutiven Parlamentsvorbehalt, erfordern also die Zustimmung des Bundestages (Gareis 2010: 153).

¹² Wortbedeutung Bande: organisierte Gruppe von Verbrechern (Duden 2016)

Schröder (18/110: 10631(C)) darum, „kriminellen Schleppern und Netzwerken, die mit der humanitären Katastrophe, mit dem Leid der Menschen Millionen verdienen, das Handwerk zu legen“. Zwei Aspekte sind an dieser Aussage, die in leichter Abwandlung von verschiedenen Redner_innen verwendet wurde, bemerkenswert. Ein Aspekt ist der ökonomische Profit, der die moralische Verwerflichkeit des Handelns unterstreicht. Ein weiterer ist der Ausdruck, Schleppern sei ‚das Handwerk zu legen‘, der als wichtiges Kollektivsymbol zur Beschreibung von Schleppern von verschiedenen CDU/CSU- und SPD-Abgeordneten in Struktur- und Feinanalyse verwendet wurde. Diese Redensart verweist auf die Professionalisierung des Sektors¹³ und kriminalisiert ihn gleichzeitig, da die Redensart ihren Ursprung darin hat, dass Zunftmitglieder, die sich nicht an die Regeln hielten, das Handwerk gelegt werden konnte, indem sie aus der Zunft ausgeschlossen wurden (Duden 2016). Analog zu der Zunft, welche die Regeln festlegte und Regelverstöße sanktionierte, soll nun hier die EU die Kontrolle über die Situation haben und *Schlepper*, welche sich nicht an die definierten Regeln halten, sollen an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert und dafür bestraft werden. Mit diesem Kollektivsymbol verknüpft ist aber auch die Verbindung zum Mittelalter, welches mit Rückschritt und Finsternis assoziiert wird (Jäger 2015: 57). Dabei werden *Schlepper* zum einen als Akteure, die mit „äußerster Brutalität“ (Brausiepeke 18/124: 12053(C)) vorgehen, verstanden, außerdem mit Chaos, Willkür und Kontrollverlust assoziiert. So gelte es, dafür zu sorgen, dass *Schlepper* nicht länger „schalten und walten können, wie sie wollen.“ (Brausiepeke (18/124: 12053(C))).

Ohne tatsächliche Gewalt auszublenden oder zu verharmlosen, sollte die diskursive Verbindung zur organisierten Kriminalität kritisch betrachtet werden (Krause 2012: 193). Zunächst wäre in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die EU-Grenzpolitik an der Schaffung dieses Sektors maßgeblich beteiligt ist, da restriktive Kontrollmaßnahmen ein Überwinden der Grenzen für Menschen ohne Hilfe derartiger Netzwerke unmöglich gemacht haben (Schloenhardt 2015). Des Weiteren bleiben strukturelle Zusammenhänge im kapitalistischen globalen System wie die Überfischung der Meere und die daraus resultierende Krise der Fischerei im Mittelmeerraum, die Schleusungsaktivitäten zu einer einträglichen Alternative machen, unberücksichtigt (Baumann 2014). Verschiedene Studien haben darauf hingewiesen, dass es sich bei der kommerziellen Fluchhilfe auf dem Mittelmeer um „lose

¹³ Wortbedeutung Handwerk: 1. (selbstständige), berufsmäßig ausgeübte Tätigkeit, die in einem durch Tradition geprägten Ausbildungsgang erlernt wird und die in einer manuellen, mit Handwerkszeug ausgeführten produzierenden oder reparierenden Arbeit besteht, 2. Jemandes Beruf, Tätigkeit, Arbeit (mit der sich jemand ernährt) (Duden 2016)

Netzwerke“ (Stiegler 2014: 11) und kleinteilige Organisationsschritte handle (Di Nicola 2015: 30). Eine Studie (Triulzi 2013: 213), die migrantische Narrative von der Libyen-Lampedusa-Route in den Jahren 2006 bis 2009 darstellt, beschreibt derartige Netzwerke „like a plate of Spaghetti“. Damit ist gemeint, dass sich verschiedene involvierte Akteur_innen an verschiedenen Stellen berühren und eng vernetzt sind, jedoch niemand genau weiß, wo diese beginnen, verlaufen und hinführen (ebd.). Die transnationalen Netzwerke seien nicht auf eine einfache und klar strukturierte Weise hierarchisch geordnet, vielmehr handle es sich um kleinere, komplexere und fluide Organisationsformen (ebd.). Ebendiese flexible Struktur sorgt für die hohe Flexibilität, die in dem Bereich notwendig ist, beispielsweise, wenn bestimmte Routen ‚geschlossen‘ werden und stattdessen auf andere ausgewichen werden muss (Triulzi 2013: 215). Das Schließen einer Route sei meist verbunden mit dem Ausweichen auf eine alternative Route, die dann oft mit höheren finanziellen Aufwendungen und einer höheren Gefährdung von Menschenleben verbunden sei (ebd.). Des Weiteren ist die Abgrenzung der Kategorien Migrant_in und kommerzielle_r Fluchthelfer_in in der Form oft nicht so klar möglich, da Migrant_innen zum Teil selbst auf ihrem Weg an Fluchthilfe beteiligt sind und so die Ressource des Wissens über Fluchtwege nutzen, um ihre Weiterfahrt zu finanzieren oder um Familienangehörigen zu helfen (Schloenhardt 2015).

Schlepper werden als Bedrohung für Migrant_innen und für Europa konstruiert. Nicht nur Migrant_innen werden zu Opfern der *Schlepper*, sondern auch die EU selbst: Nach dem SPD-Abgeordneten Felgentreu (18/124: 12059 (D)) würden *Schlepper* „die Europäer zu einem humanitären Einsatz zwingen“. *Schlepper* werden also als direkte Bedrohung, nicht nur für die Migrant_innen, die deren Dienste in Anspruch nehmen, sondern auch für die EU selbst, die zu einem humanitären Hilfseinsatz gezwungen wird, dargestellt. *Schlepper* werden dadurch diskursiv zum gemeinsamen Feind der Migrant_innen und der EU erklärt.

4.2.2 Die Konstruktion von Migrant_innen als Opfer

In den analysierten Debatten traten Migrant_innen kaum als aktive Subjekte auf, sondern wurden auf mehreren Ebenen als passive Opfer konstruiert.

Die erste Ebene ist die Konstruktion von Migrant_innen als Opfer von *Schleppern*, zum Beispiel würden diese die Menschen auf „lebensgefährliche Reisen schicken“ (Brausiepe 18/124: 12053(C)). Die aktive Entscheidung der Menschen für diese Reise, der sicherlich meist ein struktureller Zwang zugrunde liegt, aber eben auch eine Entscheidung und das Wissen um die Gefahren, bleibt ausgeblendet (Krause 2012: 193).

Auf einer zweiten Ebene werden Migrant_innen häufig als unpersönliche, quantifizierte Masse von Todesopfern erwähnt:

„Es ist diese unglaublich große Zahl von 25 000 Menschen, die seit Anfang des Jahrtausends beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, umgekommen sind. 25 000, ich finde, das ist eine unglaublich große Zahl.“ (Kampmann 18/110: 10634(C))

Diese Charakterisierung hängt eng zusammen mit der Problemdefinition, dass das Massensterben zu verhindern sei, wie sich in Kapitel 4.3.1 zeigen wird.

4.2.3 Europa: Verantwortung und Wertegemeinschaft

Europa als Ganzes wird immer wieder in einem Verantwortungskontext geframt. So handle es sich bei der Seenotrettung um eine „humanitäre Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft“ (Koenigs 18/110: 10628(D)). Auch CDU-Abgeordneter Schröder spricht von „humanitären Verpflichtungen“ (18/110: 10630 (D)) und „Verantwortung“ (18/110: 10633 (A)), welcher es sich bewusst zu werden gelte. Diese Verantwortung wird verbunden mit der Konstruktion der Europäischen Union als „Wertegemeinschaft“ (Brausiepeke 10/124: 12053 (D)), die es erforderlich mache, gemeinsame Werte auch gegen Widerstand zu verteidigen, denn es gehe um das, „was uns wichtig ist und woran wir glauben“ (Kampmann 18/110: 10634 (C)).

Akteur_innen, die der Europäischen Union zugeordnet werden, werden vorwiegend aktiv und positiv charakterisiert, so werden zum Beispiel die „außerordentliche Leistung“ und das „Engagement“ der Soldat_innen bei der Rettung der Menschen hervorgehoben (Brausiepeke 18/124: 12053 (A)).

Die meisten Politiker_innen identifizieren sich mit diesem Europa, was dadurch deutlich wird, dass sie sich selbst als Teil davon verstehen und zum Beispiel von „unsere[r] humanitäre[n] Verpflichtung“ (Schröder 18/110: 12632 (D)) die Rede ist. Um Kritik an der Politik dieses Europas zu üben, spricht *Linken*-Abgeordneter Liebich (18/124: 12055(C)) davon, dass der Antrag der Bundesregierung zum bewaffneten Militäreinsatz der abstoßenden Politik des zuvor als rechtsradikal diffamierten ungarischen Ministerpräsidenten Recht gebe und den „traurigen Höhepunkt Ihrer Abschottungspolitik“ (ebd.) darstelle. Er grenzt sich mit dem Verwenden der zweiten Person von dieser Politik ab.

4.3 Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge

4.3.1 Das Verhindern des Massensterbens als zentrale Problemdefinition

Als eine hervorstechende parteienübergreifende Problemdefinition lässt sich die „humanitäre Katastrophe“ (Schröder 18/110: 10631(C)), das „Massensterben auf dem Mittelmeer“ (Jelpke

18/110: 10633(B)) identifizieren. Referenzen auf die „Tragödie[n]“ (Brausiepeke 18/124: 12052 (D)) im April 2015 und im Oktober 2013 spielen eine zentrale Rolle in der Beschreibung dieser Problematik, die mit Zahlen von Todesopfern bei diesen Ereignissen und insgesamt unterstrichen werden. Es liegt also eine primär humanitäre Problemdefinition vor, was im Kontext einer zunehmenden Einbeziehung von moralischen Gefühlen in die Politik (Fassin 2011: 221) einhergeht. Das „Recht auf Leben“ (Call 2014: 48) wird fokussiert, wobei Call (2014: 48) anmerkt, dass eine solche Fokussierung insofern kritisch zu rezipieren ist, als dass andere Rechte wie politische, soziale und ökonomische ausgeblendet bleiben. Der Lebensrettungsdiskurs führt zu einer Depolitisierung von irregulärer Migration (ebd. 2014: 48).

Entsprechend dieser Problemdefinition wird auch die Lösung definiert, nämlich, dieses Sterben zu verhindern. Darüber, wie dies zu bewerkstelligen sei, existieren verschiedene Vorstellungen, die mit dem Verhältnis der drei hegemonialen Lösungsansätze Seenotrettung, *Schlepperbekämpfung* und legale Wege zusammenhängen¹⁴.

4.3.2 Das Verhältnis von Seenotrettung und Schlepperbekämpfung

Alle Redner_innen erkennen eine prinzipielle Notwendigkeit und humanitäre Verpflichtung zur Seenotrettung an.

Vertreter_innen der Oppositionsparteien nehmen diesen Aspekt als Anlass für Kritik. Diese bezieht sich zum einen auf die Beendigung der Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“ zugunsten von Investitionen in die Abschottung wie zum Beispiel in FRONTEX was unter „moralischen Maßstäben ein regelrechtes Verbrechen“ darstelle (Jelpke 18/110: 10633(C)f), zum anderen darauf, dass die Mission EUNAVFOR MED Seenotrettung nicht genügend priorisiere. Der Abgeordnete Nouripour (*Bündnis 90/Die Grünen*) zeigt anhand von Zahlen, welche seine Parteikollegin Brugger erfragt habe, wie die Zahl der Geretteten nach Übergang von der national organisierten Rettung in die europäische Militärmission schlagartig zurückgegangen sei (Nouripour 18/124: 12057 (D)). Dies sei eine Priorisierung, mit der seine Partei nicht leben könne. Dass in der Diskussion um Seenotrettung immer wieder über *Schlepperbekämpfung* gesprochen werde und umgekehrt, wird an mehreren Stellen kritisiert (z.B. Liebich 18/124: 12054 (A)). *Grünen*-Abgeordneter Koenigs (18/110: 10629(B)) bezeichnet den „Krieg gegen die Schlepper“ als „gefährlichen Ablenkungsdiskurs“.

¹⁴ Fluchtursachenbekämpfung war ebenfalls ein wichtiges Themenfeld, aufgrund der formalen Grenzen dieser Arbeit werde ich aber in dieser Arbeit lediglich auf die anderen drei Lösungsansätze, die in eine direkte Verbindung mit *Schlepperei* gebracht wurden, eingehen.

Vertreter der Regierungsparteien hingegen konstruieren eine Dilemmasituation, die durch Seenotrettung entstehe: „Je mehr Menschen wir retten, desto einfacher machen wir es eben auch den Schleppern.“ (Schröder 18/110: 10630(B)). Felgentreu verstärkt dieses Bild noch, indem er sogar von einer Intention der Schleuser, die Europa zu einem humanitären Einsatz zwingen wollen, ausgeht:

„Die Schleuser im Mittelmeer nutzen mit krimineller Intention die Notlage der Menschen aus und setzen deren Not manipulativ ein, um selber viel Geld zu verdienen und die Europäer zu einem humanitären Einsatz zu zwingen.“ (Felgentreu 18/124: 12059 (D))

Diese Konstruktion eines direkten Zusammenhangs zwischen europäischer Seenotrettung und Intentionen von *Schleppern* lässt Seenotrettung allein im Sinne des Ziels, das Sterben auf dem Mittelmeer zu reduzieren, als kontraproduktiv erscheinen. Mehr Seenotrettung würde nach dieser Logik lediglich zu mehr gefährlichen Überfahrten und somit zu mehr Toten führen. Darauf baut die Notwendigkeit einer militärischen *Schlepperbekämpfung* auf.

4.3.3 Legale Fluchtwege zwischen alternativer Schlepperbekämpfung und Baustein einer Gesamtstrategie

Kriminellen Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen, wird auch von Redner_innen der Oppositionsparteien als Ziel definiert, jedoch zweifeln diese die Effizienz von militärischer *Schlepperbekämpfung* an. Eine wirkliche *Schlepperbekämpfung* wäre lediglich durch den Ausbau vorhandener und das Schaffen neuer legaler Fluchtwege realisierbar. Die Verbindung zwischen den Themenfeldern *Schlepperbekämpfung* und legale Einreisewege, wird zum Beispiel von Jelpke (*Die Linke*) sehr eng und direkt gezogen: „Sie entziehen den Schleppern eben nicht die Geschäftsgrundlage. Um das zu tun, könnten Sie zum Beispiel humanitäre Visa ausgeben und tatsächlich Fähren schicken.“ (Jelpke 18/110: 10633 (B)). Legale Wege werden hier also in einen direkten Zusammenhang mit *Schlepperbekämpfung* gebracht, indem sie als effizientere Form der *Schlepperbekämpfung* dargestellt werden.

Das Kollektivsymbol der *Fähre* wird bereits früher in der Debatte von Koenigs (18/110: 10629(B)) eingeführt. So habe Wirtschaftsminister Gabriel gefragt, warum syrische *Flüchtlinge* nicht auf *Fähren* kommen könnten. Dies habe er allerdings nicht im Bundestag gesagt, aber das sei der richtige Ansatz, es gehe um mehr legale Einreisemöglichkeiten, zum Beispiel in Form von humanitären Visa (Koenigs 10629: 10629 (B)). Die *Fähre* als Kollektivsymbol steht für eine geregelte, sichere, sanfte Überfahrt, sie steht im Gegensatz zum Kontrollverlust und Chaos, das für die aktuellen Überfahrten über das Mittelmeer zum Beispiel mit dem Gegenbild des *Schlauchbootes* kodiert wird. Dieses steht für eine unsichere, gefährliche Überfahrt. Jelpke

(18/110: 10634 (A)) schließt ihren Redebeitrag mit dem Hinweis, dass ein Militäreinsatz nur dazu führen würde, dass *Flüchtlinge* auf *Schlauchboote* getrieben würden, da diese nicht so leicht zu vernichten seien, was in der Folge zu noch mehr Toten führen würde. Ein solcher Einsatz wäre also kontraproduktiv für das zuvor definierte Ziel, Sterben zu verhindern und das stützt ihre Argumentation, dass die europäische Politik nicht auf das Wohl der Schutzsuchenden ausgerichtet sei.

Konkret problematisiert werden im Kontext mit legalen Wegen die langen Wartezeiten für Familienzusammenführungsvisa (z.B. Jelpke 18/110: 10633 (B)). Dies sei ein Verwaltungs- und Kapazitätsproblem, welches dann aber zu einem Menschenrechtsproblem in der „humanitären Katastrophe“ werde (Koenigs 18/110: 10629(A)). Nouripour erwähnt außerdem die Aspekte Resettlement und Einwanderungsgesetzgebung, wobei es darum gehe, wie Einwanderung reguliert werden könne (18/124: 12057 (B)). Dabei kritisiert er, dass die *CDU* zwar die Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes anerkannt hätte, die Verhandlung darüber aber auf 2017 vertagt worden sei.

Auch die beiden Redner_innen der *SPD* gehen auf den Aspekt legaler Wege ein. In Bezug auf die durchgeführten Maßnahmen der Migrationsagenda der Europäischen Kommission benennt Kampmann (18/110: 10635(A)) die Überarbeitung der Bluecard-Regelung für Hochqualifizierte. Dies ist im vorliegenden Kontext kritisch zu betrachten, da es sich bei den Migrant_innen auf dem Mittelmeer vorwiegend um Menschen handelt, die einen Antrag auf Asyl stellen und somit ihr Recht auf Schutz in Anspruch nehmen wollen (Mediendienst Integration 2015: 2). Dieses Recht auf Schutz ist nach den Kriterien der ‚Genfer Flüchtlingskonvention‘ festgelegt und die unterzeichnenden Staaten haben sich verpflichtet, Menschen, die in diese Kategorie fallen, Schutz zu gewähren. Das Interesse der Schutzsuchenden ist hierbei ausschlaggebend, nicht das Interesse des Ziellandes (IGFM 2004). Bei der Blue-Card-Regelung hingegen handelt es sich um eine Form von Migration, bei der Qualifikation und ökonomisches Interesse des Ziellandes entscheidend sind (Hunger 2011: 155). Hier wird suggeriert, dass die EU bereits eine Maßnahme zur legalen Einreise auf ihrer Agenda habe, allerdings handelt sich dabei nicht um eine Maßnahme im Sinne von Schutzsuchenden, sondern im Sinne des europäischen Arbeitsmarktes und das Grundrecht auf Asyl wird unterlaufen, indem eine Klassifizierung nach Qualifikation vorgenommen wird. An dieser Stelle sei anzumerken, dass eine Arbeitsmarktintegration von anerkannten *Flüchtlingen* und auch ein Ausbau von Arbeitsmigration wünschenswert ist, jedoch eine Selektion von Arbeitskräften nicht in Konkurrenz zur ‚Genfer Flüchtlingskonvention‘ gedacht werden darf.

Nach Felgentreu müssten legale Wege ausgeweitet werden und er nennt in diesem Zusammenhang den Wunsch nach einem Einwanderungsgesetz. Allerdings glaubt er nicht daran, dass die Möglichkeit legaler Wege so gestaltet sein könne, „dass sie den gesamten Druck nimmt.“ (18/124: 12060(B)). Hier wird eine bedrohliche Situation gezeichnet, in der *Druck* auf Europa ausgeübt wird. Legale Wege könnten deshalb nur ein „Baustein“ sein und nicht die „gesamte Strategie“ ersetzen (ebd.).

4.3.4 Kritik an EUNAVOR MED

4.3.4.1 Schlepperbekämpfung als Symptombekämpfung

Neben der bereits in 4.3.2 skizzierten zentralen Kritik der mangelnden Seenotrettung werden noch andere Aspekte missbilligt. Liebich kritisiert, dass *Schlepperbekämpfung* den falschen Ansatz darstelle, da *Schlepper* keine Ursache, sondern eine Folge von Flucht seien und *Schlepperbekämpfung* somit eine Bekämpfung von *Symptomen*. Der Begriff *Symptom*¹⁵ ist einem medizinischen Diskurs entlehnt und wird verwendet, um sichtbare Äußerungen einer Krankheit zu beschreiben, deren Bekämpfung aber nicht unbedingt die Ursache der Krankheit in ihrem Kern angreift. Es wird also ein Szenario von Krankheit gezeichnet, welches eine Abweichung von Gesundheit und somit dem erstrebten Normalzustand darstellt. Die Krankheit scheint hier ‚Flucht‘ zu sein, da durch *Schlepperbekämpfung* nicht deren Ursachen, sondern Folgen ins Visier genommen würden (Liebich 18/124: 12054(B)).

Felgentreu greift das Narrativ der *Symptombekämpfung* wieder auf und bestätigt es. Die Tatsache, dass es sich um *Symptombekämpfung* handle, heiße aber nicht, dass es nicht sinnvoll sei, *Symptome* zu bekämpfen (18/124: 12059 (D)). Er stützt damit den von ihm betonten Ansatz einer „Strategie, die an allen Punkten ansetzt“ (18/124: 12059(A)) und auch militärische *Schlepperbekämpfung* umfasst.

Auch Nouripours Partei habe in anderen Kontexten schon *Symptombekämpfung* zugestimmt, sieht dies also nicht als Hauptkritikpunkt an der Militärmission, jedoch müsse der politische Rahmen und die Umsetzung klar sein (18/124: 12057(B)). Er impliziert damit, dass letztere in der diskutierten Mission nicht eindeutig seien.

4.3.4.2 „Wo Grenzen sind, wird es Versuche geben, diese zu überwinden.“

In der 124. Debatte bringt der Abgeordnete Liebich eine historische Verknüpfung ein, indem er auf Fluchthilfe in der DDR und deren unterschiedliche Bewertung durch unterschiedliche

¹⁵ Symptom, das: Anzeichen einer Krankheit; für eine bestimmte Krankheit charakteristische Erscheinung (Duden 2016)

politische Systeme verweist. Diese wird in derselben Debatte von Nouripour wieder aufgegriffen.

Ein Urteil des Bundesgerichtshofes der BRD habe die kommerzielle Fluchthilfe als „billigenswert“ gewertet, die Fluchthelfer seien in der BRD als „Helden“ gefeiert, in der DDR dagegen als „kriminelle Menschenhändler“ diffamiert worden (Liebich 18/124: 12054(A)f). Diese Verbindung zur jüngeren deutschen Vergangenheit zeigt, dass kommerzielle Fluchthilfe abhängig von politischer Erwünschtheit in einem bestimmten historischen Kontext anders bewertet wird. Es geht einher mit der Kritik, dass *Schlepper* lediglich ein *Symptom* der Problematik darstellten. „Selbstverständlich“ gebe es viele Unterschiede zu damals, die Schlussfolgerung aber sei auch heute gültig: „Wo Grenzen geschlossen sind, wird es immer Versuche geben, sie zu überwinden. Deshalb müssen Mauern abgebaut werden und nicht Stacheldrahtzäune errichtet.“ (Liebich 18/124: 12054(B)). Die Parallelen zur eigenen Geschichte scheinen dazu dienlich zu sein, die Sinnlosigkeit des militärischen Vorgehens gegen *Schlepper* aufzeigen, Ablehnung gegen Abschottungsmaßnahmen zu legitimieren und die Forderung nach legalen Wegen zu stützen. Gleichzeitig wird aber deutlich gemacht, dass die historische sich von der heutigen unterscheidet:

„Ja, es gibt grausame Geschäftemacher, die skrupellos die Not der Menschen ausnutzen, die um ihr Leben fliehen, ja, sie setzten sie auf seeuntüchtige Boote auf die Gefahr hin, dass sie ertrinken oder stecken sie in hermetisch abgeschlossene Lastkraftwagen, in denen sie ersticken.“ (Liebich 18/124: 12054(B))

Auch Nouripour greift den Diskurs um Fluchthelfer_innen in derselben Debatte erneut auf, welche „jenseits der Legalität“ eine „unglaubliche Arbeit“ leisteten (Nouripour 18/124: 12057 (A)f) und vor einigen Jahrzehnten in Deutschland noch ein Bundesverdienstkreuz erhalten hätten. Nouripour (18/124: 12057 (A)) kenne „solche Leute“ und verstärkt deren Legitimation durch diesen Hinweis. Im nächsten Satz weist er darauf hin, dass viele der im Mittelmeer Agierenden nicht zu dieser Kategorie zählten. Es bestehe also ein großer Unterschied zwischen *Fluchthelfern* und *Schleppern*. Diese Differenzierung macht deutlich, dass ein dichotomes Bild imaginiert wird: Die moralisch anerkannten *Fluchthelfer* und die moralisch verwerflichen *Schlepper*. Letztere bezeichnet Nouripour (18/124: 12057 (B)) als „Schwerkriminelle“ und reproduziert so das hegemoniale Narrativ. Gleichzeitig hält diese Differenzierung dazu an, einer prinzipiell negativen Bewertung von kommerzieller Fluchthilfe kritisch zu begegnen und stellt somit die unterstellte Selbstverständlichkeit der Notwendigkeit militärischer *Schlepperbekämpfung* infrage.

4.3.4.3 Praktische Umsetzung von EUNAVFOR MED

Neben genereller Kritik an der Sinnhaftigkeit einer militärischen *Schlepperbekämpfung* und der Kritik mangelnder Seenotrettung werden vor allem konkrete Probleme in der Umsetzung von EUNAVFOR MED thematisiert.

Erstens wird das fehlende Mandat des Sicherheitsrates problematisiert (Koenigs 18/110: 10629(B)f), das vor allem für zukünftige Phasen, denen die Bundesregierung schon zugestimmt hätte, erforderlich sei. Diese Phasen bedürften außerdem der Einwilligung lokaler Akteur_innen wie der libyschen Regierung und afrikanischer Staaten. (Nouripour 18/124: 12058(A)).

Zweitens handle es sich bei der Bekämpfung von Kriminalität um eine polizeiliche, nicht um eine militärische Aufgabe (Koenigs 18/110: 10629(B)f). Auf die Nachfrage des Abgeordneten Liebich, ob die Bekämpfung von Kriminalität nicht eine Aufgabe der Polizei und nicht der Armee sei, antwortet Felgentreu, dass die *Grenzsicherung* eine militärische Aufgabe sei und dass sich die Bundeswehr daran beteilige, halte er für eine „Selbstverständlichkeit“ (18/124: 12060(A)). Diese Aussage ist interessant angesichts der Tatsache, dass zuvor die *Kriminalität der Schlepper* besonders hervorgehoben worden war, um die Notwendigkeit des Einsatzes deutlich zu machen, die Frage lenkt ihn aber auf die Thematik, um die es eigentlich zu gehen scheint: *Grenzsicherung*. Bei der *Grenzsicherung* geht es darum, Migrant_innen, die vorher als Sicherheitsrisiko konstruiert wurden, von der Einreise abzuhalten bzw. diese Einreise zu regulieren (Ratfisch/Scheel 2010: 89). Der an anderen Stellen immer wieder konstruierte Opferschutz scheint also nicht zentral zu sein. Im Hinblick auf die Ursachenbekämpfung, vor allem wenn es um die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption gehe, handle es sich dagegen tatsächlich um eine polizeiliche Aufgabe, die es aber nichtsdestotrotz anzugehen gelte (Felgentreu 18/124: 12060(C)).

Ein dritter Kritikpunkt bezieht sich auf die Frage, wie *Fischerboote* und *Schlepperboote* unterschieden werden könnten (Nouripour 18/110: 10631 (B)) und schließlich wird EUNAVFOR MED mangelnde Transparenz vorgeworfen, da nicht überprüft werden könne, ob das Refoulement-Verbot¹⁶ eingehalten werden könne und da der Operationsplan für die Mitglieder des Bundestages im Vorhinein nicht einsehbar gewesen sei (Nouripour 18/124: 12057(C))

¹⁶ Der völkerrechtliche Grundsatz des Non-Refoulement oder der Nichtzurückweisung besagt, dass *Flüchtlinge* nicht in ein Land zurückgeschickt werden dürfen, wo ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen (IGFM 2014).

4.3.5 Diskursive Verknüpfung mit anderen Diskurssträngen

4.3.5.1 Willkommenskultur

Ein mehrfach zum Tragen kommendes Bild von Deutschland und Europa ist das der *Willkommenskultur*, welche sich beispielsweise durch den „Ansturm von Helferinnen und Helfern“ (Liebich 18/124: 12054(C)) äußere. Dabei werden verschiedene Szenarien formuliert, die diese *Willkommenskultur* bedrohen könnten. Nach Schröder (18/110: 10630(A)) wird diese dadurch bedroht, dass Personen aufgenommen werden, die sich ein besseres Leben versprechen, aber nicht wirklich schutzbedürftig seien. Liebich hingegen sieht das „Bild vom gutem Deutschland“, personifiziert durch Angela Merkel, von einem bewaffneten Militäreinsatz bedroht, da „Soldaten an die Grenzen“ geschickt würden (Liebich 18/124: 12054(C)f).

4.3.5.2 Migration als Bedrohung: Unkontrollierte Zuwanderung und *Asylmissbrauch*

In den Redebeiträgen der *CDU*-Abgeordneten Schröder und Brausiepeke wird Migration als Bedrohung für Europa kontextualisiert. Dabei spielen „Asylmissbrauch“ (Schröder 18/110: 10631(D)f) und das „Ausmaß der Flüchtlingsbewegungen“ (Brausiepeke (18/124: 12053(A))) eine zentrale Rolle.

Schröder (18/110: 10629(D)) bettet die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens gegen Schlepper in ein derartiges Bedrohungsszenario. Er eröffnet seine Debatte mit einer Ausführung darüber, wie die *Asylbewerberzahlen* in den vergangenen Jahren gestiegen seien und illustriert dies mit Zahlen. Die Kommunen stießen dadurch an ihre „Belastungsgrenzen“ (Schröder 18/110: 10629(D)). Es wird also suggeriert, dass ein Grenzbereich erreicht werde, der nicht mehr tragbar sei für die Gesellschaft. Diese Aussage muss angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Menschen, die sich global auf der Flucht befinden, Binnenvertriebene sind oder sich in Nachbarregionen aufhalten (Liebscher 2014), relativ gesehen werden. Des Weiteren problematisiert Schröder die *unkontrollierte Weiterwanderung* der Migrant_innen von den Außengrenzen nach Nordeuropa, die zu einer ungleichen Verteilung führe, wobei Deutschland als von dieser Praxis benachteiligt konstruiert wird (Schröder 18/110: 10630(A)). Damit wird einerseits der Kontrollverlust über das Phänomen Migration, welches für die Legitimation von souveränen Nationalstaaten als stark kontrollbedürftig konstruiert wird (Georgi 2012: 72), zum Problemkontext. Andererseits wird auch das Gefühl, dass Deutschland im europäischen Vergleich zu viel Lasten trüge, vermittelt. Dies ist vor allem insofern interessant, als dass europäische Solidarität zur Rechtfertigung einer Beteiligung im Kampf

gegen die *Schlepper* ein tragendes Argument darstellt (vgl. Kapitel 4.3.5.4), in diesem Kontext aber gezeigt wird, dass diese Solidarität nicht für alle Bereiche zu gelten scheint und stattdessen die mangelnde Registrierung in den EU-Außengrenzstaaten, welche nach dem Dublin II- System¹⁷ die Verantwortung faktisch fast ausschließlich tragen, kritisiert wird. Erst im vierten Absatz bestätigt er, dass es darum gehe, die *humanitäre Katastrophe* auf dem Mittelmeer abzuwenden. Es folgen weitere Absätze über das *Asylsystem* und den *Asylmissbrauch*, die er in seinen abschließenden Worten über fünf Absätze wieder aufgreift. Es gehe um die *unkontrollierte Weiterwanderung*, die es zu stoppen gelte, um die Umsetzung des Asylsystems und die Bekämpfung von *Asylmissbrauch* (Schröder 18/110: 10631(D)f). Diese Themen sind kein Teil der Anträge, sie scheinen aber strategisch in diesem Kontext platziert zu werden. Lediglich im mittleren Teil kommt Schröder dann auf Seenotrettung und *Schlepperbekämpfung* zu sprechen. Das Einrahmen des Problems in den Kontext von wachsender und *unkontrollierter Zuwanderung*, ungerechter Verteilung innerhalb Europas und *Asylmissbrauch* stellt das Problem der Migration über das Mittelmeer in einen unmittelbaren Bedrohungskontext für Europa und insbesondere Deutschland. Es scheint hier also nicht primär um die Problematik der humanitären Krise und der betroffenen Menschen zu gehen, sondern vor allem auch um die Gefahr, die Europa durch Zuwanderung droht. Die Priorität wird auch an der Art seiner Formulierung deutlich: „(...) für die Bundesregierung kommt es vor allem darauf an, dass wir die unkontrollierte Weiterwanderung und die De-facto-Verteilung nach Deutschland stoppen.“ (Schröder 18/110: 10631(D)). Aus der Problematik des *Asylmissbrauchs* schließt er, dass das *Problem der Asylbewerber* in den Griff bekommen werden müsse (Schröder 18/110: 10632(A)). Diese Aussage zeigt, dass das Problem bei den Migrant_innen selbst gesehen wird, welche beispielsweise durch *Asylmissbrauch* das System infrage stellen und nicht beim System und der politischen Praxis selbst. Die Formulierung ‚in den Griff bekommen‘ kontextualisiert Flucht als etwas außer Kontrolle Geratenes, das es wieder zu kontrollieren gilt.

Die verwendete Bedrohungsmetaphorik geht einher mit der Etablierung einer EU-Außengrenze, die gegen undokumentierte Migration geschützt werden müsse (Krause 2012: 195 ff). Eine derartige Sicherheitsrhetorik wird schon seit den 1990er-Jahren in Diskursen um *Flüchtlingspolitik* beobachtet (Ratfisch/Scheel 2010: 89). Diese Bedrohung legitimiert die

¹⁷ In der Verordnung Nr. 343 des Rates vom 18. Februar 2003 des Rates der Europäischen Union wird die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Asylanträgen festgelegt. Dabei muss ein Asylantrag in dem EU-Mitgliedsstaat gestellt werden, in den die antragstellende Person eingereist ist (Rat der EU 2003).

Einbettung in einen Ausnahmezustand, der außergewöhnliche politische Maßnahmen erforderlich macht (Ratfisch/Scheel 2010: 98).

Liebich (18/124: 12054(C)) dagegen greift den Diskursstrang des *Asylmissbrauchs* kritisch auf. Er hinterfragt die Aussage, dass Menschen mit Lügen über ein Leben im Wohlstand hergelockt würden. Er betont die Verzweiflung desjenigen, der um sein Leben bangen müsse, der „nicht einmal mehr Gras“ zu essen habe, dabei sei es ein „immenser Wohlstand, nachts ohne Assads Fassbomben oder den Terror des IS schlafen zu können und eine regelmäßige Mahlzeit zu bekommen.“ (ebd.18/124: 12054(C)). Mit dieser Aussage zeigt er Wohlstand in seiner Relativität auf und kritisiert das Bild, dass die Mehrzahl der Migrant_innen lediglich auf der Suche nach einem besseren Leben seien, was von anderen Rednern als *Asylmissbrauch* diffamiert wird.

4.3.5.3 Ungerechte Verteilung in Europa

Auch Jelpke geht auf die Verteilungsproblematik der Situation in der EU ein, allerdings aus einer ganz anderen Perspektive als Schröder: Sie benennt Zahlen der in Italien und Griechenland ankommenden Flüchtlinge, problematisiert die Überforderung dieser Länder und kritisiert, dass diese nicht sofort umverteilt würden, was nicht funktioniere, weil nationale Eigeninteressen zu stark im Fokus stünden (Jelpke 18/110: 10634(A)). Hier wird ebenfalls die Verteilungsproblematik diesseits des Mittelmeers thematisiert, allerdings wird sie anders interpretiert. Es werden nicht wie bei Schröder die Menschen als Bedrohung und Deutschland als benachteiligt wahrgenommen, sondern vielmehr wird die besondere Belastung der südlichen EU-Grenzstaaten hervorgehoben und auf mangelnde Solidarität unter den Ländern zurückgeführt. Dabei kritisiert Jelpke, dass nicht die Schutzsuchenden im Mittelpunkt der politischen Entscheidungen stünden (18/110: 10633(D)). Diese Kritik geht einher mit der impliziten Konstruktion eines Anspruches an ein Europa, das seiner Verantwortung gegenüber Schutzbedürftigen gerecht wird und dabei solidarisch handelt. Die unterschiedliche Verwendung desselben Themenfeldes mit unterschiedlicher Bewertung bei Schröder und Jelpke zeigt, dass das Thema der Verteilungsproblematik zum untersuchten Zeitpunkt ein zentrales politisches Problemfeld darstellte, das auch bei anderen Themen zur Sprache gebracht wurde, die eigentlich nicht unmittelbar damit verknüpft sind. Bei den Bewertungen dieses Problemfeldes gibt es aber große Unterschiede, die abhängig von politischen Zielen formuliert werden. So wird die unkontrollierte Wanderung nach Norden und mangelnde Umverteilung bei Schröder als Bedrohung für Deutschland kontextualisiert und dient damit

auch indirekt dazu, das militärische Bekämpfen von *Schleppern* zu legitimieren, die diese bedrohliche Situation fördern. Bei Jelpke hingegen wird die Überforderung Italiens und Griechenlands betont, um zu zeigen, dass die zeitgenössische Politik nicht im Sinne der Schutzbedürftigen sei, sondern vielmehr durch nationale Interessen geleitet werde. Dies ist im Kontext mit der von ihr skandalisierten moralischen Verwerflichkeit der europäischen Politik zu lesen und ist ihrer Forderung nach legalen Wegen dienlich.

4.3.5.4 Europäische Solidarität

Die Konstruktion von Europa als Werte- und Verantwortungsgemeinschaft spielt nicht nur hinsichtlich der Verteilung eine wichtige Rolle, sondern auch in der Begründung einer Notwendigkeit von militärischer *Schlepperbekämpfung*. Brausiepeke zum Beispiel sagt, dass Deutschland weiterhin zu seinem Wort stehen müsse und „zeigen, dass auf uns Verlass ist.“ (18/124: 12053 (D)). Im Schlusstatement betont er die Einbindung in die Wertegemeinschaft nochmal:

„Dieser Einsatz ist eine wichtige gemeinsame Leistung der Europäischen Union für Menschen in Not und gegen kriminelle Menschenschleusung. Wir stehen nicht allein, wir sind eingebunden in ein Bündnis, eingebunden in eine Wertegemeinschaft, und gemeinsam mit dieser handeln wir.“ (Brausiepeke 18/124: 12053(D))

Die Maßnahme wird also als Hilfsaktion einer europäischen Gemeinschaft, welche sich auf gemeinsame Werte beruft, geframt und welche auf der Seite der Migrant_innen gegen Schleuser kämpft, die deren Leben bedrohen.

Auch im Kontext von *Asylmissbrauch* durch Migrant_innen, die nicht die Kriterien für Schutz nach dem ‚Genfer Flüchtlingsabkommen‘ erfüllen, wird eine derartige Logik verwendet. Schröder erklärt in seinem Redebeitrag:

„(...) wir müssen in Deutschland unsere Hausaufgaben machen, auch innerhalb Europas. Das heißt, wir müssen den Asylmissbrauch in Bezug auf die Westbalkanstaaten effektiv bekämpfen, um genügend Kapazitäten zu haben, um uns um die wirklich Schutzbedürftigen zu kümmern.“ (Schröder 18/110: 10632(A))

Auch hier wird ein Vorgehen gegen *Asylmissbrauch* im Sinne von Opferschutz legitimiert. Dabei wird eine Konkurrenzsituation zwischen *guten* und *bösen Flüchtlingen* konstruiert. Interessant ist auch, dass die *Westbalkanstaaten* erwähnt werden, obwohl es in der Debatte eigentlich um Migration übers Mittelmeer geht.

Der Aspekt „europäische Solidarität“ (Felgentreu 18/124: 12059(D)) scheint als Legitimation für einen bewaffneten Militäreinsatz zu genügen und ein grundsätzliches Hinterfragen dessen überflüssig zu machen: „Deutschland ist nach Italien der zweitgrößte Truppensteller und eine

tragende Säule der ganzen Operation. Wir sollten weiterhin zu unserem Wort stehen und zeigen, dass auf uns Verlass ist.“ (Brausiepe 18/124: 12053(D))

4.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Diese Kritische Diskursanalyse konnte zeigen, dass Akteur_innen von unterschiedlichen Redner_innen auf eine sehr homogene Weise charakterisiert wurden. *Schlepper* wurden durchgehend negativ beurteilt und in den Kontext von organisierter Kriminalität gestellt. Der oppositionelle Gegendiskurs um Fluchthilfe brachte eine andere Perspektive ein, stärkte aber gleichzeitig auch den hegemonialen Diskurs um *Schlepperei*, da er klar abgegrenzt wurde. Grauzonen zwischen den beiden Bewertungsmustern Fluchthelfer_in und *Schlepper* blieben ausgeblendet. Migrant_innen kamen weitgehend als passive Opfer im Prozess vor, denen gegenüber Europa aufgrund seiner Konstruktion als Wertegemeinschaft Verantwortung trägt. Auch die humanitäre Problemdefinition, die das Verhindern des Sterbens auf dem Mittelmeer zur zentralen europäischen Aufgabe macht, war weitgehend einheitlich. Durch diese unilineare Problemdefinition blieben politische, soziale und ökonomische Rechte ausgeblendet und Migration wurde in einem depolitisierten, humanitären Kontext gerahmt (vgl. Call 2014: 48).

Bei der Definition von Lösungsansätzen jedoch kamen erhebliche Unterschiede zu Tragen: Während die Regierungsparteien eine Dilemmasituation im Zusammenhang von *Schlepperei* und Seenotrettung konstruierten, um ein militärisches Vorgehen zu legitimieren, lehnten die Oppositionsparteien das militärische Vorgehen unter Bezugnahme auf mangelnde Seenotrettung ab. Stattdessen plädierten sie für den Ausbau legaler Einreisewege als effizientere Form der *Schlepperbekämpfung*. Das Verhältnis von Seenotrettung und *Schlepperbekämpfung* und die Kritik an militärischer *Schlepperbekämpfung* als *Symptombekämpfung*, die von der Forderung nach legalen Wegen flankiert wurde, stellten sich als zentral für die Legitimierung bzw. Delegitimierung der Militärmission heraus.

Zur Legitimierung der Militärmission wurde der Diskursstrang um *Schlepperei* darüber hinaus an die Diskursstränge *Asylmissbrauch* und *unkontrollierte Zuwanderung* und somit an die Vorstellung von Migration als Bedrohungsszenario angeknüpft. Auch andere Narrative wie *europäische Solidarität* oder *Willkommenskultur* wurden von beiden Seiten genutzt, sowohl um das bedrohliche Bild von Migration zu stärken und somit die Militärmission zu stützen, als auch um Kritik an der europäischen Grenz- und Migrationspolitik zu üben.

5. Fazit und Ausblick

Mithilfe der ‚Werkzeugkiste‘ der Kritischen Diskursanalyse konnte sagbares Wissen über verschiedene Akteur_innenkategorien identifiziert werden und mit Problemdefinitionen und Lösungsansätzen in einen Zusammenhang gebracht werden. Es konnte gezeigt werden, dass Akteur_innen und Problemfelder weitgehend homogen konstruiert wurden, in den Lösungsansätzen aber deutliche Unterschiede vorherrschten. Dabei wurden das Verhältnis von Seenotrettung und militärischer *Schlepperbekämpfung* einerseits und die Forderung nach legalen Wegen als effizientere Form der *Schlepperbekämpfung* andererseits zu ausschlaggebenden Argumentationsstrukturen für eine Legitimation bzw. Delegitimation der weiteren Militarisierung an den Grenzen. Außerdem konnte gezeigt werden, wie die Konstruktion von Migration als Bedrohungsszenario und somit als Sicherheitsrisiko für eine Legitimierung der Militarisierung eingesetzt wurde.

Die verschiedenen Lösungsansätze konnten durchaus mit Parteizugehörigkeiten in Zusammenhang gebracht werden, leider bot der begrenzte Rahmen der Arbeit jedoch nicht die Möglichkeit, einzelne Positionen mit den parteispezifischen Programmen und Strategien zu kontextualisieren. Für ein Erschließen des gesamten Diskursstranges wäre auch ein Vergleich mit anderen diskursiven Ebenen wie dem medialen Diskurs und dem Diskurs auf EU-Ebene interessant.

Die untersuchten Dokumente gingen mit einer weiteren Militarisierung der EU-Außengrenzen in Form der Militärmission EUNAVFOR MED einher. Es gilt, zu beobachten, ob und wie diese Mission weitergeführt wird bzw. welche anderen Maßnahmen zu Tage treten und wie diese diskursiv legitimiert werden.

Die Forderung nach legalen Wegen war zwar zum Zeitpunkt der Analyse noch nicht an nennenswerte politische Entscheidungen gekoppelt, bleibt aber als begrüßenswerter Ansatz zu beobachten, da er zumindest sagbares Wissen im Kontext von Grenzpolitik darstellte. Was hingegen zum Zeitpunkt der Analyse nicht sagbar schien, ist eine breitere Kontextualisierung des Problems in strukturelle globale Zusammenhänge über eine humanitäre Logik hinaus und ein Verständnis von Migration als komplexen sozialen Prozess, in dem Migrant_innen aktive Entscheidungen diskursiv zugestanden werden. Kritische Grenzregimeforschung kann durch eine genaue Untersuchung und Reflexion von machtvollen Diskursen und Praktiken dazu beitragen, differenzierte Perspektiven auf Migration zu ermöglichen und damit eine Grundlage für alternative politische Kontextualisierungen und Lösungsmöglichkeiten bieten.

Literaturverzeichnis

- Bahl, Eva, Maria Ginal und Sabine Hess 2010: Unheimliche Arbeitsbündnisse. Zum Funktionieren des Anti-Trafficking-Diskurses auf lokaler und europäischer Ebene. In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 161-178
- Baumann Mechthild 2014: Grenzwirtschaft/ border economies. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Kurzdossier Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen*. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/179786/grenzwirtschaft-border-economies> (08.06.2016)
- Behr, Dieter Alexander 2014: We didn't cross the border - the border crossed us! In: E. Bierdel, M. Lakitsch (Hg.), *Flucht und Migration. Von Ängsten, Grenzen und Zukunftsvisionen*. Wien: LIT Verlag, S.27-35
- Bierdel, Elias und Maximilian Lakitsch (Hg.) 2014: *Flucht und Migration. Von Grenzen, Ängsten und Zukunftsvisionen*. Wien: LIT Verlag
- Bundeswehr 2016: *Der Einsatz der Bundeswehr im Mittelmeer (EUNAVFOR MED-Operation Sophia)*. http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYuxDYAwDARnYYG4p2MLoEEOeZAVJ0HBgMT0pEBf3emeZmrLfMvOJiWz0kjTKr1_nH8CFkg-2d6GHO2C6q9gLxyu9txKTQguoP6tpCRm0ARUOuLQfXgJ-yA!/ (08.06.2016)
- Call, Leonhard 2014: EU border control: A mission to save lives and promote human rights? A critical Perspective. In: E. Bierdel, M. Lakitsch (Hg.), *Flucht und Migration. Von Ängsten, Grenzen und Zukunftsvisionen*. Wien: LIT Verlag, S. 43-54
- Call, Leonhard 2012: *Menschenrechte an den Grenzen. Eine rechtsanthropologische Analyse des Menschenrechtsdiskurses innerhalb des EU-Grenzregimes*. Diplomarbeit, Universität Wien. http://othes.univie.ac.at/22301/1/2012-09-13_0415949.pdf (08.06.2016)
- Cuttitta, Paolo 2010: Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen. Europäisierung und Globalisierung. In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 23-40
- Deimel, Stephanie 2014: Flucht und Menschenrechte im Kontext des EU-Außengrenzregimes. In: E. Bierdel, M. Lakitsch (Hg.), *Flucht und Migration. Von Ängsten, Grenzen und Zukunftsvisionen*. Wien: LIT Verlag, S. 36 - 42
- Deutscher Bundestag 2016: *Schlepperbekämpfung im Mittelmeer*. <https://www.bundestag.de/presse/hib/201604/-/417932> (08.06.2016)
- Deutscher Bundestag 2015: *Sitzverteilung des 18. Deutschen Bundestages*. https://www.bundestag.de/bundestag/plenum/sitzverteilung_18wp (08.06.2016)
- Deutscher Bundestag 2013: *Parteivorsitzende unterzeichnen Koalitionsvertrag*. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/48077057_kw48_koalitionsvertrag/214102 (08.06.2016)

- Dietrich, Helmut 2005: Schleusertum – Fluchthilfe: Fahndungspraxis und soziale Realität. In: K. Jünschke, B. Paul (Hg.), *Wer bestimmt denn unser Leben? Beiträge zur Entkriminalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus*. Karlsruhe: Loeper, S. 56-73. <http://www.ffm-berlin.de/schleuserfluchthilfe.html> (08.06.2016)
- Di Nicola, Andrea 2015: Je mehr wir uns abschirmen, desto mehr Tote wird es geben. Interview von Julius Müller-Meinungen mit Di Nicola. *fluter* (55), S.28-32
- Duden 2016: *Bande*. http://www.duden.de/rechtschreibung/Bande_Truppe_Schar (08.06.2016)
- Duden 2016: *Handwerk*. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Handwerk> (08.06.2016)
- Duden 2016: *Symptom*. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Symptom> (08.06.2016)
- Europäische Kommission 2015: *Bericht der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Siebter Halbjahresbericht zum Funktionieren des Schengen-Raums. 1. November 2014 – 30. April 2015*. http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/borders-and-visas/schengen/docs/seventh_biannual_report_on_the_functioning_of_the_schengen_area_de.pdf (08.06.2016)
- Fassin, Didier 2011: Policing Borders, Producing Boundaries. The Governmentality of Immigration in Dark Times. *Annual Review of Anthropology*, S. 213-226
- FFM (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration) 2015: *Operation Poseidon der Frontex in Griechenland*. <http://ffm-online.org/2015/12/30/operation-poseidon-der-frontex-in-griechenland> (08.06.2016)
- FFM (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration) 1999: Fluchthilfe. In: WOGÉ e.V./Institut für soziale Arbeit e.V. (Hg.), *Handbuch der Sozialen Arbeit mit Kinderflüchtlingen*. Münster: Votum Verlag, S. 182-186. http://www.basisundwoege.de/fileadmin/user_upload/pdf/handbuch_flucht.pdf (08.06.2016)
- Foucault, Michel 2014 [1972]: *Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann*. Frankfurt am Main: Fischer Wissenschaft, 13. Auflage
- Foucault, Michel 1978: *Dispositive der Macht: über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve-Verlag
- Foucault 1976: *Mikrophysik der Macht. Über Straffjustiz; Psychiatrie und Medizin*. Berlin: Merve Verlag
- Foucault, Michel 1973: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Gareis, Sven Bernhard 2010: Zwischen Bündnisräson und Parlamentsvorbehalt – Wer entscheidet über Auslandseinsätze der Bundeswehr? In: A. Dörfler-Diercken, G. Portugall (Hg.), *Friedensethik und Sicherheitspolitik*. Weißbuch 2006 und EKD-Friedensdenkschrift 2007 in der Diskussion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 153-168
- Georgi, Fabian 2012: Mit dem Messer der Kritik zum faulen Kern. Noborder und kritische Theorie. *Hinterland* (21), S. 71-75

- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt 2015: *Wider den Begriff „Flüchtling“: Zu den Hintergründen eines scheinbar neutralen Begriffes. Ein Diskussionspapier von Lisa Jöris für die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt.* <http://www.boell-sachsen-anhalt.de/wp-content/uploads/2015/10/2015-Diskussionspapier-Fl%C3%BChtlingsbegriff-web.pdf> (08.06.2016)
- Hess, Sabine und Bernd Kasperek (Hg.) 2010: *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa.* Berlin/Hamburg: Assoziation A
- Hess, Sabine und Bernd Kasperek 2010: Perspektiven kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung. In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa.* Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 7-22
- Hess, Sabine und Vassilis Tsianos 2010: Ethnographische Grenzregimeanalysen. Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa.* Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 243-263
- Hunger, Uwe 2011: Migration und Entwicklung. Eine Neuorientierung der EU im 21. Jahrhundert? In: G. Hentges, H. Platzer (Hg.), *Europa-Quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151-170
- IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) 2004: *Richtlinie 2004/83/EG des Rates der Europäischen Union über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.* <http://www.igfm.de/menschenrechte/abkommen-und-vertraege/richtlinie-200483eg/#c1041> (08.06.2016)
- Jäger, Siegfried 2015: *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung.* Münster: Unrast
- Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, W. Viehöver (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band 1- Theorien und Methoden.* Opladen: Leske und Budrich, S. 81-112
- Jäger, Margarete und Siegfried Jäger 2007: Diskurs als „Fluss von Wissen durch die Zeit“. Ein transdisziplinäres politisches Konzept zur Deutung gesellschaftlicher Wirklichkeit. In: M. Jäger, S. Jäger, *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse.* Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-37
- Kammler, Clemens, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hg.) 2008: *Foucault-Handbuch. Leben-Werk-Wirkung.* Stuttgart/Weimar: Verlag J.B. Metzler
- Kasperek, Bernd 2010: Laboratorium, Think Tank, Doing Border: Die Grenzschutzagentur Frontex. In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa.* Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 111-126
- Krause, Johannes 2012: Das Sterben an den EU-Außengrenzen - Die Normalität in der Abnormalität. In: Netzwerk Migration and Action Research (Hg.), *Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen,* S. 189-200. <http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/netzwerkmira-38541/all/PDF/mira.pdf> (08.06.2016)

- Liebscher, Stephan 2014: Weltweite Flüchtlingszahlen: UNHCR fordert Lösungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Newsletter „Migration und Bevölkerung“*. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/188529/fluechtlingszahlen> (08.06.2015)
- Link, Jürgen 2012: Kollektivsymbolik und die deutsche Krise seit dem Jahr 2000. In: M. Arnold (Hg.), *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 135-147
- Link, Jürgen 2005: kultuRRevolution - ein notwendiges Konzept. *DISS-Journal* (14), S. 17-18
- Mediendienst Integration (Hg.) 2015: *Mittelmeer-Flüchtlinge April 2015 - Faktencheck*. [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Informationspapier Mittelmeerfluechtlinge 2015.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Informationspapier_Mittelmeerfluechtlinge_2015.pdf) (12.06.2015)
- Panagiotidis, Efthimia und Vassilis Tsianos 2007: Denaturalizing „Camps“: Überwachen und Entschleunigen in der Schengener Ägais-Zone. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 57-85
- PRO ASYL 2015: *EUNAVFOR Med: EU beschließt Militäraktion gegen Flüchtlingsboote*. <https://www.proasyl.de/news/eunavfor-med-eu-beschliesst-militaeraktion-gegen-fluechtlingsboote/> (08.06.2016)
- PRO ASYL 2014: *Europas Schande: „Triton“ und „Mare Nostrum“ im Vergleich*. <https://www.proasyl.de/news/europas-schande-triton-und-mare-nostrum-im-vergleich/> (10.06.2016)
- Ratfisch, Philipp und Stephan Scheel: Die Rolle des UNHCR bei der Externalisierung des EU-Migrationsregimes In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 89-110
- Schloenhardt, Andreas: Samariter, Schlepper, Straftäter: Fluchthilfe und Migrantenschmuggel im 21. Jahrhundert. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Aus Politik und Zeitgeschichte* (25/2015). <http://www.bpb.de/apuz/208009/fluchthilfe-und-migrantenschmuggel?p=all> (08.06.2016)
- Stiegler, Johannes 2014: Helfer oder Halunken? Eine Betrachtung des Wandels von der Figur des „Fluchthelfers“ zur Figur des „Schleusers“. *Hinterland* (27), S. 11-14
- Strutynski, Peter 2014: Weltweite Flüchtlingsbewegungen als Resultat eines profitgesteuerten Raubbaus an natürlichen Ressourcen. In: E. Bierdel, M. Lakitsch (Hg.), *Flucht und Migration. Von Ängsten, Grenzen und Zukunftsvisionen*. Wien: LIT Verlag, S. 15-26
- Tagesschau 2015: *EU-Sondergipfel zur Flüchtlingspolitik. Gelder verdreifacht, Streitpunkte vertagt. (24.04.2015, 03:03 Uhr)*. <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-gipfel-fluechtlingspolitik-109.html> (09.06.2015)

Thardy, Thierry 2015: Operation Sophia. Tackling the refugee crisis with Military means. *Brief Issue 30/2015. European Institute for Security Studies.*
http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief_30_Operation_Sophia.pdf
(15.06.2015)

Triulzi, Alessandro 2013: "Like a plate of spaghetti": Migrant Narratives from the Libya-Lampedusa Route. In: A. Triulzi, R. McKenzie (Hg.), *Long Journeys. African Migrants on the Road*. Leiden/Boston: Brill, S.213-232

Wagner, Fabian 2010: Let's talk about the state: Anmerkungen zu Migration und materialistischer Staatstheorie. In: S. Hess, B. Kasperek (Hg.), *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin/Hamburg: Assoziation A, S. 229-242

Verzeichnis Datenkorpus

Die für die Analyse relevanten Ausschnitte der Plenarprotokolle 18/110 und 18/124 befinden sich im direkten Anhang, der gesamte Datenkorpus befindet sich im PDF-Format auf der digitalen Version dieser Arbeit. Es folgt an dieser Stelle ein jeweils chronologisch geordnetes Verzeichnis der Plenarprotokolle und Drucksachen.

Plenarprotokolle

Plenarprotokoll 18/105, 20.05.2016: Stenographischer Bericht - 105. Sitzung, *Tagesordnungspunkt 3*: Mündliche Frage 27, Heike Hänsel (DIE LINKE): **Erwirkung eines UN-Mandats im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch die EU gegen Schlepper**, 10006. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18105.pdf> (08.06.2016)

Plenarprotokoll 18/110, 12.06.2015: Stenographischer Bericht - 110. Sitzung, *Tagesordnungspunkt 28 a)* Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Tom Koenigs, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Seenotrettung jetzt – Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen** und *28 b)* Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Das Mittelmeer darf nicht zum Massengrab werden – Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik**, 10628-10639. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18110.pdf> (08.06.2016)

Plenarprotokoll 18/124, 24.09.2015: Stenographischer Bericht - 124. Sitzung, *Tagesordnungspunkt 10*: Antrag der Bundesregierung: **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenhändler- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeers**, 12052-12060. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18124.pdf> (08.06.2016)

Plenarprotokoll 18/127, 01.10.2015: Stenographischer Bericht – 127. Sitzung, *Tagesordnungspunkt 6*: Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenhändler- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer**, 12334-12349. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18127.pdf> (08.06.2016)

Drucksachen

- Drucksache 18/4695**, 22.04.2015: Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Volker Beck (Köln), Britta Haßelmann, Katja Keul, Renate Künast, Monika Lazar, Irene Mihalic, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, Claudia Roth (Augsburg), Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Seenotrettung jetzt – Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen.** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/046/1804695.pdf> (08.06.2016)
- Drucksache 18/4838**, 06.05.2015: Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Dr. André Hahn, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Petra Pau, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Azize Tank, Frank Tempel, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Halina Wawzniak und der Fraktion DIE LINKE: **Das Mittelmeer darf nicht zum Massengrab werden – Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik.** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/048/1804838.pdf> (08.06.2016)
- Drucksache 18/4993**, 22.05.2015: **Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 18. Mai 2015 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Frage 11**, S. 7f. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/049/1804993.pdf> (08.06.2016)
- Drucksache 18/5572**, 16.07.2015: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Herbert Behrens, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.– Drucksache 18/5180 – **Seenotrettung auf dem Mittelmeer und deutsche Rettungskapazitäten.** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/055/1805572.pdf> (08.06.2016)
- Drucksache 18/5730**, 06.08.2015: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/5543 – **Militärische EU-Mission EUNAVFOR MED zur Migrationskontrolle im Mittelmeer.** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/057/1805730.pdf> (08.06.2016)
- Drucksache 18/6013**, 16.09.2015: Antrag der Bundesregierung: **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschen-smuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer.** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/060/1806013.pdf> (08.06.2016)
- Drucksache 18/6189**, 29.09.2016: Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung– Drucksache 18/6013– **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschen-smuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer.** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/061/1806189.pdf> (08.06.2016)

Drucksache 18/6207, 29.09.2016: Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Stefan Liebich, Dr. Alexander S. Neu, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Niema Movassat, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE. zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung – Drucksachen 18/6013, 18/6189 – ***Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer.*** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/062/1806207.pdf> (08.06.2016)

Drucksache 18/6208, 30.09.2015: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Omid Nouripour, Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung – Drucksachen 18/6013, 18/6189 – ***Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer.*** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/062/1806208.pdf> (08.06.2016)

Drucksache 18/6450, 19.10.2015: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/6014 – ***Vorbereitungen zur „Valletta Conference on Migration“ in Malta zur Kontrolle unerwünschter Migration.*** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/064/1806450.pdf> (08.06.2016)

Drucksache 18/6544, 30.10.2015: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/6031 – ***Ausweitung der Militärmission EUNAVFOR MED der Europäischen Union gegen kommerzielle Fluchthilfe im Mittelmeer.*** <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/065/1806544.pdf> (08.06.2016)

Anhang

- i) Eidesstattliche Erklärung
- ii) Plenarprotokoll 18/110, S. I-II; 10628-10639
- iii) Plenarprotokoll 18/124, S. I; VI; 12052-12061

Eidesstattliche Erklärung zur Bachelorarbeit

Ich, Lena Sophia Fischer, versichere hiermit, die Bachelorarbeit selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst zu haben. Ich erkläre weiterhin, dass die vorliegende Arbeit noch nicht im Rahmen eines anderen Prüfungsverfahrens eingereicht wurde.

Berlin, den 16.06.2016

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

110. Sitzung

Berlin, Freitag, den 12. Juni 2015

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 23:

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz)**
Drucksachen 18/4096, 18/512110563 A .. 10563 A
- Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung
Drucksache 18/5122 10563 B
- Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister
BMI 10563 C
- Petra Pau (DIE LINKE) 10566 A
- Gerold Reichenbach (SPD) 10567 A
- Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 10569 A
- Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU) 10570 C
- Dr. Petra Sitte (DIE LINKE) 10572 A
- Metin Hakverdi (SPD) 10573 B
- Renate Künast (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 10574 C
- Clemens Binninger (CDU/CSU) 10576 A
- Christina Kampmann (SPD) 10577 D
- Hansjörg Durz (CDU/CSU) 10579 B
- Marian Wendt (CDU/CSU) 10580 D

Tagesordnungspunkt 24:

- a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung ei-**

ner Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

- Drucksache 18/5088 10582 C
- b) Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Auf Vorratsdatenspeicherung verzichten**
Drucksache 18/4971 10582 C
- Heiko Maas, Bundesminister
BMJV 10582 D
- Jan Korte (DIE LINKE) 10585 B
- Marian Wendt (CDU/CSU) 10586 A
- Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär
BMI 10588 A
- Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 10589 D
- Dr. Eva Högl (SPD) 10591 C
- Halina Wawzyniak (DIE LINKE) 10593 B
- Dirk Wiese (SPD) 10594 B
- Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU) 10594 C
- Katja Keul (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 10596 A
- Dr. Johannes Fechner (SPD) 10597 C
- Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU) . 10598 D
- Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU) 10600 D
- Thomas Jarzombek (CDU/CSU) 10602 A

Tagesordnungspunkt 25:

- Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Keine Paralleljustiz für internationale Konzerne durch Freihandelsabkommen

Drucksache 18/5094	10603 B
Klaus Ernst (DIE LINKE)	10603 B
Andreas G. Lämmel (CDU/CSU)	10604 D
Klaus Ernst (DIE LINKE)	10606 B
Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10607 A
Dirk Wiese (SPD)	10608 B
Heike Hänsel (DIE LINKE)	10610 A
Dr. Heribert Hirte (CDU/CSU)	10610 D
Klaus Ernst (DIE LINKE)	10612 C
Dr. Heribert Hirte (CDU/CSU)	10613 A
Dr. Nina Scheer (SPD)	10613 B

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die europäischen Vorgaben zur Bankenabgabe (Abwicklungsmechanismusgesetz – AbwMechG)	
Drucksache 18/5009	10614 C
Dr. Michael Meister, Parl. Staatssekretär BMF	10614 C
Dr. Axel Troost (DIE LINKE)	10615 D
Manfred Zöllmer (SPD)	10616 C
Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10617 D
Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU)	10618 D
Lothar Binding (Heidelberg) (SPD)	10619 D
Alexander Radwan (CDU/CSU)	10621 A

Tagesordnungspunkt 27:

a) Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Einhaltung der Menschenrechte in Aserbaidschan einfordern	
Drucksache 18/5092	10621 D
b) Antrag der Abgeordneten Özcan Mutlu, Monika Lazar, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Aserbaidschan auch bei den Europaspielen 2015 einfordern	
Drucksache 18/5097 (neu)	10622 A
Frank Heinrich (Chemnitz) (CDU/CSU)	10622 A
Dr. André Hahn (DIE LINKE)	10624 A

Frank Schwabe (SPD)	10625 B
Dr. André Hahn (DIE LINKE)	10625 B
Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD)	10625 D
Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10626 C
Michaela Engelmeier (SPD)	10627 B

Tagesordnungspunkt 28:

a) Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Tom Koenigs, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seenotrettung jetzt – Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen	
Drucksache 18/4695	10628 B
b) Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Das Mittelmeer darf nicht zum Massengrab werden – Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik	
Drucksache 18/4838	10628 C
Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10628 C
Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär BMI	10629 D
Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10630 C
Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10631 A
Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	10632 B
Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär BMI	10632 C
Ulla Jelpke (DIE LINKE)	10633 B
Christina Kampmann (SPD)	10634 B
Nina Warken (CDU/CSU)	10635 C
Dr. Lars Castellucci (SPD)	10636 D
Andrea Lindholz (CDU/CSU)	10638 A
Nächste Sitzung	10639 C
Anlage 1	
Liste der entschuldigten Abgeordneten	10641 A
Anlage 2	
Amtliche Mitteilungen	10641 D

Michaela Engelmeier

(A) und ihre Umsetzung einzufordern und nachzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Frank Heinrich [Chemnitz] [CDU/CSU])

Derzeit sind in Aserbaidschan mindestens acht Journalisten und vier Blogger wegen ihrer Tätigkeit im Gefängnis. Ich will sie kurz aufzählen; Ute, du hast das ebenfalls gemacht. Ich fordere hiermit die Regierung von Aserbaidschan auf: Lassen Sie diese Menschen frei: Khadija Ismayilova, die seit fünf Monaten in Untersuchungshaft sitzt, Rauf Mirgadirov, der seit über einem Jahr in Untersuchungshaft sitzt, Sejmur Chasi, der wegen „schweren Rowdytums“ zu fünf Jahren verurteilt wurde, und nicht zuletzt Leyla und Arif Yunus als Aktivisten gegen Menschenrechtsverletzungen. Lassen Sie diese politischen Gefangenen frei, und wahren Sie die Menschenrechte in Ihrem Land.

(Beifall des Abg. Burkhard Lischka [SPD])

Mein letzter Satz. Im Übrigen finde ich es geradezu eine Unverschämtheit und halte es für einen Affront, dass die aserbaidische Botschaft in einer Pressemitteilung Journalisten in unserem Land brandmarkt, weil sie kritisch über die Spiele berichten. Sehr geehrter Herr Botschafter aus Aserbaidschan, zu Ihrer Information: In unserem Land herrscht Presse- und Meinungsfreiheit!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/5092 mit dem Titel „Einhaltung der Menschenrechte in Aserbaidschan einfordern“.

Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU/CSU- und SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/5097 (neu) mit dem Titel „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Aserbaidschan auch bei den Europaspielen 2015 einfordern“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU- und SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 28 a und 28 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Luise Amtsberg, Tom Koenigs, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seenotrettung jetzt – Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen (C)

Drucksache 18/4695

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Das Mittelmeer darf nicht zum Massengrab werden – Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik

Drucksache 18/4838

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Tom Koenigs, Bündnis 90/Die Grünen.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seenotrettung, das können wir, das geht. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit 180 Festangestellten und 800 Freiwilligen rückt jedes Jahr 2 000-mal aus und rettet Hunderte. Nord- und Ostsee sind sicher. Das wünschten wir uns auch für das Mittelmeer. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Rüdiger Veit [SPD])

Das geht. Es ist eine Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft; denn es handelt sich um unsere europäischen Grenzen. Es ist außerdem eine Verpflichtung jedes einzelnen Mitgliedstaats. Stichwort „Mare Nostrum“, die italienische Marine hat gezeigt, dass es geht. Das zeigen inzwischen auch eigentlich dafür nicht geschaffene Organisationen wie Frontex, Triton und Poseidon, oder welche Meeresgötter wir noch anrufen. Hinzu kommt: Jeder einzelne Mitgliedstaat hat seine Verpflichtungen. Deutschland stellt Fregatten, Tender und Einsatzgruppenversorger zur Verfügung. Das ist gut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir brauchen, ist eine effektive, koordinierte europäische Seenotrettung. Dahin müssen wir kommen, und auch das geht. Was leider noch nicht geht, ist das Aufnahmeverfahren. Wir brauchen ein menschenwürdiges, einheitliches und effektives europäisches Aufnahmeverfahren. Darüber wird jetzt noch verhandelt, hoffentlich unter aktiver und erfolgsorientierter Beteiligung. Auch die Verteilung stellt noch ein Problem dar. Hierzu

Tom Koenigs

- (A) gibt es einen Vorschlag der EU-Kommission. Hoffentlich kommen wir zu einem guten Ergebnis.

Was noch überhaupt nicht geht, ist die Familienzusammenführung durch legale Einreise. Selbst bei Menschen, die das Recht haben, hierher einzureisen, dauert das konsularische Verfahren noch acht bis elf Monate. Syrische Flüchtlingsfamilien sitzen in irgendwelchen Lagern und erhalten wegen eines Engpasses im Konsulat ihre Papiere nicht. Das geht nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ja, das ist ein Verwaltungs- und Kapazitätsproblem. Das wird dann aber zu einem Menschenrechtsproblem. Ich weiß, dass es schwierig ist, Personal zu finden. Ich weiß, dass wir das im Nachtragshaushalt regeln. Wenn wir aber mit einem solchen Problem konfrontiert sind, müssen wir notfalls einen Krisenstab bilden. Schließlich können wir auch auf Erdbeben innerhalb von zwei Tagen reagieren. Warum nicht auf diese humanitäre Katastrophe?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel fragte unlängst: Warum können syrische Flüchtlingsfamilien nicht mit der Fähre nach Europa kommen?

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Das ist richtig. Das hat er aber leider nicht im Kabinett gesagt. Wir brauchen Möglichkeiten der legalen Einreise. Da geht mehr,

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

zum Beispiel humanitäre Visa wenigstens in den Fällen, wo das Recht zur Einreise, das Recht auf Asylgewährung offensichtlich ist – wenigstens da, wenn nicht mehr.

Was gar nicht geht, sind die Ablenkungsdiskurse, mit denen versucht wird, von Themen zu reden, die offensichtlich nicht schnell lösbar sind. Das eine sind die Ursachen der Flucht im Heimatland. Wir haben über Eritrea geredet. Da wird sich kurzfristig leider nichts ändern, bedauerlicherweise auch nicht in Syrien. Das sind Ablenkungsdiskurse.

Ein anderer, noch sehr viel gefährlicherer ist der Krieg gegen die Schlepper. Im Chinesischen Meer versucht man eine Militarisierung des Vorgehens gegen Schlepperbanden und geht damit letzten Endes wie gegen Piraten vor. Das sind aber keine Piraten, wie die Bundesregierung uns dankenswerterweise auf entsprechende Fragen antwortet. Jetzt werden wir durch freundliche Briefe des Außenministers und der Verteidigungsministerin darauf hingewiesen, dass es zunächst um die erste Phase gehe, nämlich die Informationsgewinnung bezüglich der Schlepperbanden. Die nächste Phase sei dann die militärische Intervention – ich frage mich: wie eigentlich? –; aber darüber sei man ja noch in Verhandlung. Man ist aber nicht nur in Verhandlung. Auf europäischer Ebene hat man das schon beschlossen und lobbiert kräftig, um ein Mandat des Sicherheitsrates zu

bekommen. Da kann man ja nur hoffen, dass die Russen ihr Veto einlegen; (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

denn das ist quasi eine Aufforderung zum Kollateralschaden. Wie soll das eigentlich gehen? Das sind allenfalls polizeiliche Aufgaben. Aber militärische? Wollen wir auf die Boote schießen, oder was? In der Öffentlichkeit ist man immer sehr zurückhaltend. Sehr viel weniger zurückhaltend ist man in den Verhandlungen. Ich hoffe, dass es dem Sekretariat der Vereinten Nationen, das auch schon seine Bedenken geäußert hat, gelingt, die Herren permanenten Repräsentanten, auch der europäischen Länder, davon abzubringen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Annette Groth [DIE LINKE])

einschließlich der Hohen Repräsentantin der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Mogherini.

Ich fasse zusammen: Was wir brauchen, ist eine effektive, koordinierte europäische Seenotrettung, ein menschenwürdiges, einheitliches, schnelles Aufnahmeverfahren und legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Für die Bundesregierung spricht jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ole Schröder. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland und Europa stehen vor der größten Herausforderung im Bereich der Asylpolitik seit den 90er-Jahren.

(Beifall des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit Jahren steigen die Asylbewerberzahlen in Deutschland sprunghaft an: von circa 77 600 Asylbewerbern im Jahr 2012 auf über 202 000 Asylbewerber im Jahr 2014. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind über 140 000 Asylbewerber zu uns gekommen; davon kam fast die Hälfte aus den als sicher zu betrachtenden Westbalkanstaaten, also aus Europa. Insbesondere unsere Kommunen stoßen an ihre Belastungsgrenzen.

Europaweit ist im Jahr 2014 die Zahl der registrierten Asylbewerber um knapp 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf einen Spitzenwert von 626 000 gestiegen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie einen falschen Sprechzettel, Herr Schröder?)

Parl. Staatssekretär Dr. Ole Schröder

- (A) Natürlich, Kollege Koenigs, geht es darum, dass wir die humanitäre Katastrophe auf dem Mittelmeer abwenden.

Meine Damen und Herren, bisher ist es uns, wie auch der Vorredner deutlich gemacht hat, nicht gelungen, ein einheitliches Asylsystem in Europa zu implementieren. Wir haben zwar Richtlinien verabschiedet, aber wie so häufig in Europa hapert es an der Implementierung. Stattdessen wandern Flüchtlinge von den europäischen Außengrenzen in großer Zahl, ohne registriert und versorgt zu werden, weiter nach Nordeuropa.

Wir haben zurzeit eine De-facto-Verteilung auf wenige Mitgliedstaaten. Drei Viertel aller Asylverfahren in 2014 entfallen auf nur fünf EU-Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland. Unser Ziel ist humanitäre Hilfe für die wirklich Schutzbedürftigen. Wir können aber nicht jeden aufnehmen, der sich ein besseres Leben verspricht. Das würde unser Asylsystem und vor allem auch die Willkommenskultur in Deutschland und in ganz Europa gefährden.

(Beifall des Abg. Stephan Mayer [Altötting]
[CDU/CSU])

Der Europäische Rat hat am 23. April 2015 klargestellt, dass es jetzt in erster Linie darauf ankommt, Leben zu retten und die Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu gewährleisten. Als Sofortmaßnahmen sind die finanziellen Mittel für die Frontex-Operationen Triton und Poseidon verdreifacht worden. Der Einsatzraum der Operation Triton ist bis an die libysche Küste herangeführt worden. Seit Anfang Mai sind zwei deutsche Marineschiffe, die Fregatte „Hessen“ und der Einsatzgruppenversorger „Berlin“, zur Seenotrettung im südlichen Mittelmeer vor Ort. Aber natürlich müssen auch die afrikanischen Staaten ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Seenotrettung nachkommen. Ich denke, dass muss in einer solchen Debatte auch erwähnt werden.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Bekämpfung der kriminellen Schlepperbanden. Das ist ganz entscheidend; denn natürlich stehen wir vor einem Dilemma: Je mehr Menschen wir retten, desto einfacher machen wir es eben auch den Schleppern. Natürlich ist die Seenotrettung notwendig. Gleichzeitig aber ist es notwendig, die Schlepperbanden zu bekämpfen. Dazu zählt auch die Zerstörung der Schlepperboote, die Zerstörung der Werkzeuge dieser Schlepper, wenn es völkerrechtlich möglich ist.

(Rüdiger Veit [SPD]: Das geschieht doch schon seit Jahren!)

Wir verbessern außerdem die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern – das ist ganz entscheidend –, insbesondere mit Libyen und Ägypten. Nur so ist es möglich, auch die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Trittin?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: (C)

Gerne.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Bitte schön.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Schröder, kann ich Ihre Äußerung, dass es nötig sei, Boote zu zerstören, so verstehen, dass Sie hier namens der Bundesregierung erklären, dass Sie zur Schaffung der völkerrechtlichen Voraussetzungen als Bundesrepublik Deutschland aktiv ein solches Mandat beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dafür anstreben? Das wäre ja die Konsequenz Ihrer Äußerung.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: So hat es sich angehört! Das stimmt!)

Diese Frage sollten Sie hier vielleicht einmal beantworten.

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Trittin, wir sind uns doch darüber einig, dass es notwendig ist, die Schlepperbanden zu bekämpfen. Ich habe manchmal, wenn ich mir Reden von Mitgliedern Ihrer Fraktion anhöre, das Gefühl, dass Sie die Schlepper mittlerweile als eine humanitäre Organisation ansehen.

(Rüdiger Veit [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Wir müssen das Treiben der Schlepper bekämpfen. Dazu ist es selbstverständlich notwendig, deren Werkzeuge zu zerstören. Das wird ja schon auf hoher See gemacht. Inwieweit das innerhalb der 12-Seemeilen-Zone möglich ist oder sogar auf libyschem Territorium, das wird gerade in der EU diskutiert. Dem Ergebnis kann ich natürlich nicht vorgreifen. In der ersten Phase geht es erst einmal darum, sich überhaupt ein Lagebild zu machen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob die zweite und die dritte Phase notwendig sind, um die Schlepperbanden wirklich effektiv zu bekämpfen. Ich glaube das schon. Ich stelle aber einmal die Frage zurück. Wollen Sie wirklich sagen – das klang ja aus der Rede von Herrn Koenigs heraus –: „Wir retten, da sind wir uns alle einig; aber die Bekämpfung der Schlepperbanden lassen wir sein“? Das wäre ja Ihre Schlussfolgerung, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Trittin. (D)

Meine Damen und Herren, ganz entscheidend ist, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen, dass wir das ernst nehmen. Das werden wir auch weiter tun. Ganz besonders wichtig ist die Hilfe vor Ort im Nahen und Mittleren Osten. Hiermit erreichen wir die meisten Menschen. Das sehen auch alle Helfer so.

Außerdem haben wir unser nationales Resettlement-Programm für besonders Schutzbedürftige ausgebaut. Wir gehören damit zu den Vorreitern in Europa. Die Kommission ist mit ihrem Vorschlag für ein EU-Resettlement-Programm unserem Ansatz ja auch gefolgt. Jetzt sollte schnell darüber entschieden werden, dass nach

Parl. Staatssekretär Dr. Ole Schröder

- (A) Möglichkeit auch alle anderen Mitgliedstaaten diesem Beispiel folgen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Staatssekretär, es sind noch zwei weitere Zwischenfragen von den Herren Koenigs und Nouripour angemeldet. Wollen Sie die zulassen?

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Ich würde angesichts der fortgeschrittenen Zeit eine Zwischenfrage zulassen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Dann ist es der Kollege Nouripour. Er hatte sich als Erster gemeldet. – Herr Kollege Koenigs, Sie dann nicht.

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Bitte. – Ich beantworte eine Zwischenfrage. Sie können sich ja das nächste Mal um mehr Redezeit bemühen.

(Widerspruch bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatssekretär, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Wie wir in unserer Fraktion die Redezeiten verteilen, ist unsere Angelegenheit.

- (B) Ich möchte etwas zurückweisen und eine Frage stellen. Zurückweisen möchte ich das, was Sie permanent als Pappkameraden aufstellen: Wir können nicht alle aufnehmen. – Nein, wir können auch nicht alle Chinesen aufnehmen. Das wäre zu viel. Das ist aber hier gar nicht das Thema. Deshalb ist es einfach nur Stimmungsmache, immer davon zu sprechen, dass wir nicht alle aufnehmen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich komme zu meiner Frage. Sie haben ja gesagt, es passiert bereits auf hoher See, dass die Werkzeuge der Schlepper zerstört werden. Das ist so, wie Sie es formuliert haben, nicht richtig. Richtig ist, dass die Fregatte „Hessen“ beispielsweise die Flüchtlinge aufnimmt und dann die leeren Boote zerstört. Das geschieht nicht, weil das Schlepperboote sind, sondern weil es das Internationale Seerecht so will, dass leere Geisterschiffe nicht einfach so herumschippern; denn das wäre eine Gefährdung der Sicherheit.

Wenn Boote draußen sind, befinden sich Menschen in ihnen. Dann kann man sie nicht aus der Luft zerstören. Wie wollen Sie denn – aus der Luft auf einen Hafen schauend, in dem sich ein leeres Boot befindet – beurteilen, ob es ein Fischerboot ist, ob es ein Schlepperboot ist oder ob es vielleicht tagsüber ein Fischerboot und nachts ein Schlepperboot ist? Wie wollen Sie das eigentlich unterscheiden?

(Rüdiger Veit [SPD]: Man muss es sich anschauen!)

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: (C)

Ich glaube, Sie machen den Fehler, den zweiten vor dem ersten Schritt zu machen. Zunächst einmal würde ich es begrüßen, wenn Sie sich, bevor Sie hier mögliche Hindernisse benennen und Probleme formulieren, in einem ersten Schritt einmal dazu bekennen würden, dass es richtig ist, Schlepperboote, wenn sie denn als solche identifiziert werden, zu zerstören. Dieses Bekenntnis zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität habe ich von Ihnen bisher nicht gehört, sondern Sie haben bis jetzt nur Probleme formuliert.

Für mich kommt es darauf an, dass wir uns zunächst einmal darüber einig sind, was notwendig ist. Notwendig ist, diesen kriminellen Schleppern und Netzwerken, die mit der humanitären Katastrophe, mit dem Leid der Menschen Millionen verdienen, das Handwerk zu legen. Ich glaube, darüber sollten wir uns erst einmal einig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich ist es im Einzelfall nicht einfach, zu identifizieren, ob es sich um ein Schlepperboot handelt oder nicht; aber natürlich ist das möglich. Vor diesem Problem stehen wir auch bei anderen internationalen Einsätzen. Natürlich kann man sehen: Ist das ein Fischerboot, das als solches betrieben wird, oder wird dieses Fischerboot unter Umständen als Schlepperboot für den Menschenhandel missbraucht? Es geht vielleicht nicht immer, aber es gibt Möglichkeiten – auch durch internationale Zusammenarbeit, durch Zusammenarbeit mit den Transitländern, beispielsweise durch Informationen, die aus den Häfen kommen –, die Informationen so zu verdichten, um eine solche Entscheidung am Ende zu fällen. Ich glaube, dass Sie nicht nur Hindernisse bei der Bekämpfung der Schlepperkriminalität sehen sollten, sondern dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen sollten, dass das, was wir vorsehen, möglich ist, um diese humanitäre Katastrophe zu bekämpfen. (D)

Meine Damen und Herren, für die Bundesregierung kommt es vor allem darauf an, dass wir die unkontrollierte Weiterwanderung und die De-facto-Verteilung nach Deutschland stoppen. Der Vorschlag der Kommission für ein vorläufiges Verteilungssystem zugunsten von Italien und Griechenland geht unseres Erachtens in die richtige Richtung. Das betrifft circa 40 000 Personen. Auf Deutschland entfallen davon insgesamt etwa 8 700.

Dieser Vorstoß stößt innerhalb der Mitgliedstaaten teilweise auf Widerstand. Wir als Bundesregierung unterstützen ihn, auch wenn natürlich noch einige Fragen zu klären sind. Asylbewerber müssen dort versorgt und registriert werden, wo sie ankommen. Wir unterstützen deshalb die Einrichtung von sogenannten Hotspots. Die Asylbewerber, die erkennbar ohne Schutzgrund sind, müssen sofort wieder zurückgeführt werden.

Voraussetzung für die Umverteilung von Asylbewerbern ist in jedem Fall, dass die Mitgliedstaaten das gemeinsame europäische Asylsystem auch konsequent und gleichwertig anwenden. Es geht also darum, dass wir anbieten – insbesondere Italien und Griechenland –, Flüchtlinge zu übernehmen. Im Gegenzug erwarten wir

Parl. Staatssekretär Dr. Ole Schröder

- (A) aber auch die Implementation des europäischen Rechts, das heißt Relocation gegen Implementation.

Meine Damen und Herren, wir müssen in Deutschland unsere Hausaufgaben machen, auch innerhalb Europas. Das heißt, wir müssen den Asylmissbrauch in Bezug auf die Westbalkanstaaten effektiv bekämpfen, um genügend Kapazitäten zu haben, um uns um die wirklich Schutzbedürftigen zu kümmern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es muss europäische Aktivitäten geben, wie wir das Problem der Asylbewerber in Europa in den Griff bekommen. Die Bundesregierung stellt sich diesen Aufgaben. Ich fand es wohltuend, lieber Herr Koenigs, dass Sie heute nicht nur Betroffenheit formuliert haben, wie wir das so häufig aus Ihrer Fraktion kennen, sondern sich auch intensiv mit Möglichkeiten der Problemlösung auseinandergesetzt haben; denn genau darum geht es bei diesem komplexen und schwierigen Thema. Ich fordere Sie als Opposition auf, sich an diesem Diskurs zu beteiligen und für Problemlösung zu sorgen. Das ist notwendig in dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Der Kollege Trittin hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

- (B) **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Kollege Herr Schröder, ich finde, Sie haben hier ziemlich unglaubliche Äußerungen getan. Sie haben erstens gesagt, dass jede Form von Rettung auch eine Erleichterung des Geschäftes für Schlepper ist. Wollen Sie ernsthaft dann der umgekehrten Logik folgen: „Je weniger wir retten, umso schwieriger ist das Geschäft für Schlepper“? Oder ist es nicht so gewesen, dass, als Europa weniger Menschen gerettet hat, nicht weniger Menschen von Schleppern auf See gesetzt worden sind, sondern einfach mehr ersoffen sind? Das ist eine unglaublich unmenschliche Haltung, die Sie an den Tag gelegt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Zweitens. Ich weise mit Nachdruck die Unterstellung zurück, dass Menschen, die Ihre Position nicht teilen, Schlepperorganisationen für humanitäre Organisationen halten. Wer effektiv etwas gegen diese Verbrecher machen will, muss den Weg gehen, den Tom Koenigs völlig zu Recht beschrieben hat. Er muss legale Flucht- und Zuwanderungsmöglichkeiten schaffen. Wer das macht, verhindert, dass die Menschen in ihrer Not für teures Geld auf schlechten Booten fliehen. Das ist Bekämpfung und Austrocknung des Schlepperunwesens, und nicht Ihr symbolisches Reden, dass man hart gegen Schlepper sei, aber in Wirklichkeit ihr Geschäft nicht zerstört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Letzte Bemerkung. Ich habe sehr genau zugehört. Sie haben es noch einmal bestätigt. Sie haben hier für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, sie streben an, in Libyen Boote mit Anwendung militärischer Gewalt zu zerstören. Damit setzen Sie sich in einen scharfen Kontrast zur Haltung zum Beispiel des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon, der ausdrücklich erklärt hat: Diese Haltung ist aus seiner Sicht unverantwortlich,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil genau diese Unterscheidung, die Sie gemacht haben, nicht gemacht werden kann. – Ich bin der Auffassung, dass Deutschland auf den Kurs der Vereinten Nationen zurückkehren und von dem Kurs der Eskalation und des militärischen Abenteuerertums in Libyen absehen sollte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Herr Staatssekretär, Sie haben jetzt die Gelegenheit, zu antworten. Bitte schön.

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Trittin, ich finde Ihre Äußerung ungeheuerlich. Ich finde es vor allen Dingen ungeheuerlich, dass es noch nicht einmal möglich ist, im Bundestag ein Dilemma darzustellen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie sich doch nicht raus!)

Selbstverständlich ist es ein Dilemma, dass wir, wenn wir humanitäre Hilfe leisten und Menschen aus Seenot retten – dazu haben wir uns als Bundesregierung ausdrücklich bekannt und in Europa alles auf den Weg gebracht –, gleichzeitig das Geschäft der Schlepper erleichtern. Auch das ist zurzeit auf dem Mittelmeer zu sehen. Die Schlepper lassen die Flüchtlinge mit immer untauglicheren Booten auf See. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir mehr Rettung anbieten. Nichtsdestotrotz ist es unsere humanitäre Verpflichtung, zunächst zu retten, aber gleichzeitig ist es, um aus diesem Dilemma herauszukommen, notwendig, dass wir natürlich auch die Schleuser bekämpfen. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten in Ihrer Kurzintervention zumindest zum Ausdruck gebracht, dass dies auch notwendig ist.

Sie haben mich des Weiteren bewusst falsch interpretiert, indem Sie gesagt haben, ich hätte hier bereits ein Bekenntnis dazu abgegeben, dass es notwendig ist, die Schlepperboote auf libyschem Territorium zu zerstören. Genau das habe ich nicht gesagt.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welchem denn dann?)

Vielmehr hat der Bundesaußenminister zusammen mit der Bundesverteidigungsministerin ein Phasenmodell vorgestellt, das vorsieht, in Phase eins zunächst einmal genau zu beobachten: Es werden Informationen gesammelt, um erkennen zu können, ob es wirklich notwendig ist, auf libyschem Territorium, innerhalb der 12-Seemei-

Parl. Staatssekretär Dr. Ole Schröder

- (A) len-Zone, operativ tätig zu werden, oder ob es beispielsweise reicht, auf hoher See tätig zu sein. Kollege Nouripour hat es ja schon zum Ausdruck gebracht: Zum Glück werden bereits heute Schlepperboote von der Marine zerstört, weil sie eine schiffahrtspolizeiliche Gefahr darstellen.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht, weil es Schlepperboote sind!)

Aber man zerstört sie natürlich vor allen Dingen auch deshalb, weil man dieses Werkzeug der Schlepper vernichten muss, damit sie nicht noch mehr Menschen in Seenot bringen und Geld mit dem Leid der Menschen verdienen.

Insofern würde ich mir wünschen, dass Sie, Herr Trittin, nicht versuchen, hier Stimmung zu machen, sondern sich der Verantwortung bewusst werden, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, anstatt nur Probleme zu sehen und nicht einmal bereit zu sein, sich dazu zu bekennen, dass es notwendig ist, Schlepperkriminalität zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulla Jelpke, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Ulla Jelpke (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Schröder, ich glaube, das Hauptproblem ist, dass Sie immer wieder Schlepper als das Hauptproblem darstellen, wenn es um die Seenotrettung geht. So ist es eben nicht. Es ist zynisch, wenn man hauptsächlich darauf abstellt und nicht selbstkritisch zur Debatte stellt, was denn in Sachen Bekämpfung von Fluchtursachen getan wurde, was denn getan wurde, um tatsächlich – wie eben schon erwähnt – legale, sichere Wege für Flüchtlinge nach Europa zu schaffen. In diesen Bereichen wird wirklich nichts getan.

Sie entziehen den Schleppern eben nicht die Geschäftsgrundlage. Um das zu tun, könnten Sie zum Beispiel humanitäre Visa ausgeben und tatsächlich Fähren schicken. Sie könnten im Grunde genommen die Menschen, die heute schon auf legalem Wege hierherkommen könnten, viel schneller hierherholen, zum Beispiel diejenigen, die einen Anspruch auf Familienzusammenführung haben und heute – das ist ein Skandal – über ein Jahr darauf warten, überhaupt nach Europa zu kommen. Diese wenigen Schritte sind Sie bisher überhaupt nicht gegangen, sondern haben nur ein Ziel und fragen sich immer: Wie können wir Schlepper bekämpfen? So kommt man meiner Meinung nach nicht zu einer anderen Flüchtlingspolitik, schon gar nicht dazu, dass das Massensterben im Mittelmeer endlich ein Ende hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will hier noch einmal sagen: In diesem Jahr sind etwa 2 000 Menschen, die verzweifelt versucht haben, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen, daran gescheitert und gestorben. Jedes Mal, wenn Hunderte von Flüchtlingen ertrunken sind – ob es 2013 oder jetzt im April 2015 war –, haben wir solche Töne gehört: Das darf sich nicht wiederholen, das ist eine Schande für Europa. – Ich meine nach wie vor, auch nach der heute gehörten Aufzählung dessen, was angeblich alles getan wird: Das reicht bei weitem nicht aus. Es müssen viel weiter gehende Schritte für eine veränderte Flüchtlingspolitik in Europa durchgeführt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle möchte ich auch sagen: Unter moralischen Maßstäben halte ich es für ein regelrechtes Verbrechen, dass man Mare Nostrum eingestellt hat.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich das einmal vorstellen: Zum damaligen Zeitpunkt konnte man das Geld für Mare Nostrum angeblich nicht aufbringen, aber jetzt steckt man Geld in Frontex, die Grenzabschottungsagentur, die eben nicht hauptsächlich dafür zuständig ist, Seenotrettung zu betreiben; das hat uns übrigens auch Herr Leggeri, Direktor der Agentur, am Mittwoch im Innenausschuss berichtet. Nur im Notfall werden Flüchtlinge gerettet. Das zeigt, dass es im Grunde genommen nicht in erster Linie um die Flüchtlinge geht. Vielmehr ist in die Abschottung der europäischen Grenzen investiert worden. Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen: Frontex reicht nicht bis an die Grenze von Libyen. Aber wir wissen, dass von dort die meisten Flüchtlinge losfahren.

Wie sieht die Seenotrettung gegenwärtig überhaupt aus? Alleine im vergangenen Jahr sind 20 000 Menschen durch private Handelsschiffe gerettet worden, 1 700 in diesem Jahr von Frontex. Da Sie immer auf Frontex abstellen: Das macht sehr deutlich, dass eine Seenotrettung so nicht organisiert werden kann. Wenn wir Menschen retten wollen, dann brauchen wir eine koordinierte europäische Seenotrettung, und zwar für den gesamten Mittelmeerraum. Das muss für uns alle an erster Stelle stehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch innerhalb Europas steht es nicht zum Besten. Alleine am letzten Wochenende sind 5 000 Menschen aus Seenot gerettet und nach Italien gebracht worden. Fast täglich kommen 600 Menschen auf den griechischen Inseln an. In beiden Ländern ist die Situation für Flüchtlinge katastrophal. Allein in Italien sind 180 000 Flüchtlinge in Lagern untergebracht. Die Lager sind völlig überfordert, und die Flüchtlinge können nicht angemessen versorgt werden. Vor diesem Hintergrund muss man sich einmal vorstellen, dass diskutiert wurde, als Notmaßnahme 40 000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien in den Mitgliedstaaten aufzunehmen, und man nun einmal eben so aus den Medien erfährt, dass man diese Maßnahme auf den Herbst verschoben hat. Geht es hier wirklich um die Schutzsuchenden, um diejenigen, die Hilfe brau-

Ulla Jelpke

- (A) chen? Wie kann es sein, dass die nationalen Eigeninteressen innerhalb Europas so stark im Vordergrund stehen, dass es nicht möglich ist, die Flüchtlinge sofort in andere europäische Länder zu bringen und sie wirklich zu schützen?

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Sie kommen bitte zum Schluss, Frau Kollegin.

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Ja, ich komme zum Schluss. – Lassen Sie mich noch einen Aspekt des Militäreinsatzes ansprechen. Wer versucht, Schiffe durch das Militär zu versenken, wird die Flüchtlinge auf noch unsicherere Schiffe bringen, nämlich auf Schlauchboote; denn die sind nicht so einfach zu vernichten, die kann man sehr schnell aufpusten. Das bedeutet noch mehr Tote. Deswegen ist es zynisch und unglaublich, wenn Sie an dieser Militäraktion festhalten wollen, Herr Staatssekretär. Die Linke jedenfalls lehnt das eindeutig ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Bevor ich jetzt die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich noch etwas klarstellen: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Kurzinterventionen angemeldet, aber ich habe entschieden, sie nicht zuzulassen, weil ich glaube, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute die Gelegenheit hatte, nicht nur zu reden, sondern auch Zwischenfragen zu stellen, und zwar mehr als eine, und auch eine Kurzintervention hatte.

(B)

Zwei Gründe spielen hierfür eine Rolle. Erstens. Wir geben uns einen Zeitrahmen, auf den sich alle Kolleginnen und Kollegen einstellen. Was die Redezeiten, aber auch, was die Zwischenfragen betrifft, war ich schon sehr großzügig, weil es ein emotionales Thema ist. Zweitens. Der Antrag wird heute nicht abschließend beraten. Er wird im gegenseitigen Einverständnis überwiesen. Wir haben in den Ausschüssen Gelegenheit, darüber zu reden, und auch noch einmal im Plenum. Deshalb ist die Entscheidung so gefallen, wie ich sie jetzt dargestellt habe.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Das ist die richtige Entscheidung!)

Die nächste Rednerin ist Christina Kampmann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Christina Kampmann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit anderthalb Jahren bin ich jetzt hier im Bundestag und kann mit dazu beitragen, denen eine Stimme zu geben, die sonst keine Lobby haben. Ich habe verstanden, dass das Bohren dicker Bretter mit ein Teil von Politik ist. Ich finde aber: Wenn es um das Leben von Menschen geht, dann können wir uns nicht mit dem Bohren von Brettern aufhalten. Es sind dabei nicht ausschließlich die über 800 Toten, die wir im vergangenen April zu beklagen

hatten. Es sind auch nicht ausschließlich die fast 2 000 Menschen, die in diesem Jahr umgekommen sind, und auch nicht die 366, die im Oktober 2013 umgekommen sind und zu denen ich meine erste Rede hier im Bundestag gehalten habe. Es ist diese unglaublich große Zahl von 25 000 Menschen, die seit Anfang des Jahrtausends beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, umgekommen sind. 25 000, ich finde, das ist eine unglaublich große Zahl.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit so langer Zeit sehen wir zu, seit so langer Zeit lassen wir zu, seit so langer Zeit verschließen wir die Augen vor einer menschlichen Tragödie, die sich mit grausamer Alltäglichkeit an unseren Küsten abspielt. Ja, es sind *unsere* Küsten – es sind nicht die Küsten der Italiener, es sind nicht die Küsten der Griechen und auch nicht die der Malteser –, weil wir Europäerinnen und Europäer uns dazu entschieden haben, dass Europa mehr sein soll als ein gemeinsamer Binnenmarkt, weil wir uns entschieden haben, gemeinsame Werte nach innen und nach außen zu vertreten, gegen alle Widerstände und für das, was uns wichtig ist und woran wir glauben.

Wir beschweren uns zu Recht, wenn andere diese Werte mit Füßen treten, weil sie uns schaden oder bedrohen wollen. Aber was passiert eigentlich, wenn wir diese Werte selbst aus den Augen verlieren? Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erklärung des Europäischen Rates zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmehr beginnt mit den Worten:

Die Lage im Mittelmeerraum ist eine Tragödie. Die Europäische Union wird alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um den Verlust weiterer Menschenleben auf See zu verhindern ...

(Rüdiger Veit [SPD]: Schön wär's!)

– Genau. – Aber was ist seitdem passiert? Ich möchte drei entscheidende Maßnahmen vorstellen, die wir schon lange fordern und die durchaus zur Verbesserung beigetragen haben.

Die erste ist eine Verdreifachung der Finanzmittel für Triton und Poseidon. Inzwischen – das ist meine Information – ist klar, dass es stimmt, was der Staatssekretär gesagt hat, Frau Jelpke: dass Triton sehr wohl bis vor die libysche Küste fahren kann. Das ist eine unglaublich wichtige Maßnahme, weil da – wie Sie es gesagt haben – die meisten Boote starten; deswegen muss Triton auch da vor Ort sein. Das entspricht auch der Forderung aus dem Antrag der Grünen; auch sie fordern die Verdreifachung der Mittel. Deshalb glaube ich, dass das ein ganz entscheidendes Kriterium ist.

Die zweite Maßnahme – darüber haben wir heute schon gesprochen – ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen Schlepper. Ich glaube, dass wir uns erst einmal einig sein sollten, entschieden gegen Schlepper vorzugehen; da hat Herr Koenigs recht. Was ich aber nicht sehe, Herr Staatssekretär, ist, dass wir, wie Sie es gesagt haben, den zweiten Schritt vor dem ersten machen, wenn wir uns erst einmal

(C)

(D)

Christina Kampmann

- (A) fragen: „Wie kann das Ganze eigentlich faktisch funktionieren, wie können wir das überhaupt realisieren?“, bevor wir die völkerrechtlichen Möglichkeiten prüfen. Ich glaube, dass es an dieser Stelle noch ganz viele Fragezeichen gibt. Auch ich habe von Ihnen dazu noch keine Antwort bekommen, wie das tatsächlich im Einzelnen aussehen soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die dritte Maßnahme – auch die ist entscheidend – ist eine schnelle und gemeinsame Durchsetzung gemeinsamer europäischer Standards. Bevor wir keine gemeinsamen Standards haben und diese nicht auch tatsächlich durchsetzen, werden wir immer wieder Migrationsbewegungen innerhalb der Europäischen Union haben. Deshalb müssen wir da auf jeden Fall heran, und deshalb ist es gut, dass auch diese Maßnahme beschlossen wurde.

Die Europäische Kommission hat in ihrer Migrationsagenda weitere Maßnahmen vorgestellt. Dazu gehört unter anderem, dass 40 000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels umzusiedeln sind, zum Zweiten, dass wir in den nächsten zwei Jahren 20 000 Flüchtlinge aufnehmen und diese neu ansiedeln werden. Das Dritte – das ist zumindest eine Möglichkeit der erweiterten legalen Migration – ist die Überarbeitung der Bluecard-Regelung für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Ich sage eindeutig: Auch das ist eine Maßnahme. – Ich wünsche mir aber, dass weitere hinzukommen.

- (B) Ich finde, das sind wichtige Schritte, die zeigen: Der Wille, hier zumindest auf der europäischen Ebene etwas zu ändern – ich rede noch nicht über die Mitgliedstaaten –, ist endlich da. Das ist auch gut so, meine Damen und Herren, dafür hat sich unsere Bundesregierung lange starkgemacht. Wir sind an dieser Stelle – das ist mein Eindruck – schon sehr viel weiter, als wir es noch vor wenigen Wochen waren.

(Beifall bei der SPD)

Einige der von Ihnen in den Anträgen aufgeführten Punkte haben sich damit erledigt. Bei anderen gibt es weiterhin einen Dissens. An anderen Stellen sollten wir – da bin ich mit Ihnen einig – durchaus noch weiter Druck machen. Ich glaube, dass diese Migrationsagenda ein guter Schritt in die richtige Richtung ist. Aber es muss unbedingt noch weiter gehen.

Wo es aber weiterhin einen Dissens gibt – Sie fordern es wieder in Ihrem Antrag –, ist das Free-Choice-Verfahren, das wir ablehnen. Free Choice bedeutet, dass sich jeder Flüchtling den Mitgliedstaat aussuchen kann, in dem er seinen Asylantrag stellt. Wir haben die Befürchtung, dass es dann zu einer Reduzierung der Standards kommt, weil die Mitgliedstaaten hoffen: Je geringer die Standards sind, desto weniger Flüchtlinge kommen zu uns. – Deshalb lehnen wir das entschieden ab. Wir glauben, dass das auch im Sinne der Flüchtlinge ist, die zu uns kommen.

Es gibt einen zweiten Punkt, bei dem noch ein eindeutiger Dissens besteht.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Kampmann, ich muss Sie an die Zeit erinnern. Jetzt bitte nicht noch „zweitens“, „drittens“, „viertens“, sondern bitte zum Schluss kommen! (C)

Christina Kampmann (SPD):

Es gibt nur noch „zweitens“, liebe Frau Präsidentin; das betrifft die Abschaffung von Frontex. Auch da können wir nicht zustimmen. Wir sagen aber, dass es eindeutig ein Seenotrettungsmandat von Frontex geben muss. Wir hatten dieses Thema diese Woche im Innenausschuss. Da wurde eindeutig gesagt: Das macht einen großen Teil der Arbeit von Frontex aus. Deshalb ist es nur ehrlich, wenn wir hier ein rechtliches Seenotrettungsmandat hinbekommen. – Dafür werden wir uns weiter starkmachen. Ich glaube, dass wir dann auf dem richtigen Weg sind und weiter in eine gute Richtung gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Nina Warken, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nina Warken (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wieder bestimmen die dramatischen Ereignisse, die sich im Mittelmeer abspielen, die Schlagzeilen unserer Nachrichten. Der traurige Höhepunkt in diesem Jahr ereignete sich am 19. April. Ein völlig überladenes Schlepperboot mit Flüchtlingen an Bord kenterte auf seinem Weg von Libyen nach Italien. Nach Schätzungen sind dabei über 800 Menschen ums Leben gekommen, auch weil sie unter Deck zusammengepfertcht waren. Nur 28 Menschenleben konnten gerettet werden. (D)

Katastrophen wie diese machen uns alle tief betroffen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, von dem Unglück ging auch ein Signal aus: Europa war bereit, sofort und entschlossen zu handeln. Auf dem EU-Sondergipfel am 24. April dieses Jahres wurden als Sofortmaßnahme die Mittel für die Seenotrettung im Mittelmeer deutlich aufgestockt und ausgeweitet. Auch Deutschland stellte sich seiner Verantwortung und hat umgehend Schiffe der Bundeswehr ins Mittelmeer entsandt. Letzten Samstag wurden bei einer Rettungsaktion von deutschen Schiffen rund 1 400 Menschen aufgenommen und versorgt. Inzwischen sind es insgesamt über 3 000 Flüchtlinge, die die Bundesmarine aus Seenot gerettet hat. Für ihren unermüdlichen Einsatz möchte ich unseren Soldatinnen und Soldaten danken. Sie werden weiterhin im Mittelmeer Präsenz zeigen und unter psychisch wie physisch schwersten Bedingungen dort Leben retten. Wir schulden ihnen allen unseren Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nina Warken

- (A) Meine Damen und Herren, Europa hat gemeinsam reagiert und seine Präsenz im Mittelmeer verstärkt, um Flüchtlinge zu retten. Dennoch sollte uns eines bewusst bleiben: Alleine mit der Ausweitung von Seenotrettungsmaßnahmen werden wir die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer nicht lösen. Stattdessen gilt: Nur wenn es uns gelingt, die Ursachen der Flüchtlingskatastrophen zu beseitigen und den Menschen in ihrer Heimat eine echte Perspektive zu geben, werden wir die Probleme nachhaltig lösen. Auf dieses Ziel arbeiten wir hin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Burkhard Lischka [SPD])

Die Europäische Kommission hat mit der Migrationsagenda und ihren Umsetzungsvorschlägen einen Ansatz entwickelt, der sowohl kurzfristige als auch langfristige Maßnahmen enthält. Ein solches aufeinander abgestimmtes Vorgehen ist der einzig richtige Weg. An erster Stelle steht hier die noch konsequentere Bekämpfung der Schleuserbanden, auch wenn Teile von Ihnen das nicht einsehen. In allen Mitgliedstaaten sollen Ermittlungsstellen eingerichtet werden, um die Boote aus dem Verkehr zu ziehen und das Vermögen der Schleuser zu beschlagnahmen. Den Kriminellen muss endlich das Handwerk gelegt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Lösung der Flüchtlingsproblematik gehört in meinen Augen auch, dass wir legale Wege nach Europa schaffen.

(Beifall der Abg. Burkhard Lischka [SPD] und Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Im Gegensatz zu den Grünen bin ich aber der Auffassung, dass humanitäre Visa nicht der richtige Ansatz sind. Auch die Forderung der Linken nach einer visumfreien Einreise für Flüchtlinge wäre keine Lösung. Erstens sind es nicht nur Schutzsuchende, die nach Europa kommen wollen. Ein großer Teil sucht nach Arbeit. Dafür brauchen wir andere Instrumente wie zum Beispiel Programme zur Anwerbung von Arbeitskräften in Afrika. Zweitens würde man durch die visafreie Einreise die Sogwirkung, die Europa auf die afrikanischen Staaten ohnehin erzeugt, vervielfachen und damit dafür sorgen, dass viele dieser Länder förmlich ausbluten würden. Für die Entwicklung eines ganzen Kontinents wäre das eine Katastrophe.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Wir können nicht alle, die in Afrika auf der Flucht sind, zu uns holen. Deshalb halte ich die geplante Schaffung von Migrationszentren in den Herkunfts- und Transitländern für zweckmäßiger und vielversprechender. Schutzbedürftige würden dort eine Anlaufstelle finden und könnten im Rahmen von Aufnahmekontingenten der Mitgliedstaaten nach Europa gebracht werden.

Gleichzeitig bietet es sich an, in den Aufnahmezentren auch über legale Zuwanderungswege nach Europa und über ernsthafte und glaubhafte Alternativen im Heimatland zu informieren. Bis zum Jahresende soll im afrikanischen Niger ein solches Aufnahmezentrum als Pilotprojekt eingerichtet werden. Ich glaube, in diesem Ansatz liegt viel Potenzial.

- (C) Die Vorschläge der EU-Kommission gehen insgesamt in die richtige Richtung. Es soll erstmals ein europäisches Aufnahmeprogramm geben, wodurch 20 000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge nach Europa gebracht und auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.

Auch der zeitlich befristete Notfallmechanismus zur Umsiedlung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland ist richtig. Da zurzeit die Lage auf den griechischen Inseln immer kritischer wird, hat sich der Frontex-Direktor bei der Europäischen Kommission dafür eingesetzt, dass Griechenland umgehend zusätzliche Gelder für die Flüchtlingsaufnahme bekommt. Teams von Frontex und dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen werden Italien und Griechenland künftig bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen. Europa zeigt dadurch Handlungsfähigkeit, Solidarität und Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Tosen-der Beifall!)

Der langfristige Schlüssel zum Erfolg liegt aber in der Beseitigung der Fluchtursachen. Die Menschen brauchen in ihrer Heimat eine echte Zukunftsperspektive. Hier muss Europa gemeinsam weiter nachfassen.

Wir brauchen ein langfristiges und nachhaltiges Entwicklungskonzept für die betroffenen afrikanischen Staaten. Es muss – um den Bundesentwicklungsminister zu zitieren – zum Kerngeschäft europäischer Entwicklungszusammenarbeit werden, den Menschen vor Ort zu helfen.

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, Deutschland und die EU sind fest entschlossen, zu verhindern, dass Menschen weiterhin auf der Flucht ihr Leben riskieren müssen. Auch wenn wir bei der Beseitigung der Fluchtursachen einen langen Atem brauchen werden, bin ich mir sicher, dass wir diese Aufgabe gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erfolgreich bewältigen werden. Stellen wir uns gemeinsam dieser Verantwortung!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Dr. Lars Castellucci, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist daran erinnert worden, dass im April schätzungsweise 800 Menschen im Mittelmeer zu Tode gekommen sind. Es ist gesagt worden, dies sei der Fall gewesen, weil sie sich auf diesen Weg begeben hätten. Sie hätten sich auf den Weg über das Mittelmeer begeben müssen,

Dr. Lars Castellucci

- (A) und sie seien im Inneren dieses Bootes zusammengepfercht worden.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Sie sind umgekommen, weil Europa nicht geholfen hat.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Verabredung in der Bundestagsdebatte war, dass wir das nicht noch einmal zulassen wollen. Jetzt ist die Frage: Haben wir heute eine Seenotrettung, die der Lage angemessen ist, ja oder nein? Ich weiß es nicht.

Ich sehe, dass sich viel bewegt hat. Ich sehe, dass viele europäische Staaten Schiffe entsenden.

(Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viele nicht!)

Ich sehe, dass die italienische Regierung das Programm Mare Sicuro gestartet hat, das Rettungseinsätze bis vor die libysche Küste umfasst.

Es ist nicht so, Frau Jelpke, dass Flüchtlinge nur im Notfall gerettet werden, sondern im Notfall müssen Flüchtlinge gerettet werden. Das bedeutet Seenotrettung. Ich weiß nicht, was Sie an dieser Stelle kritisieren wollten.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Frontex!)

Zurzeit ist es so, dass die Dichte von Schiffen im Mittelmeer zugenommen hat und damit die Wahrscheinlichkeit, dass Flüchtlinge, die in Seenot geraten, rechtzeitig aufgefunden werden können, gestiegen ist.

- (B) Ich habe einige befremdliche Sitzungen hinter mir, in denen es um Listen ging, wie hoch die Zahlen bei Mare Nostrum waren und wie hoch sie jetzt sind und wie viele Fregatten und Helikopter im Einsatz waren. Ich muss Ihnen sagen: Das ist mir völlig egal.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Das ist keine koordinierte Seenotrettung!)

Denn die einzige politische Frage, die wir zu beantworten haben, ist: Ist das, was zurzeit vorhanden ist, der aktuellen humanitären Lage angemessen? Wir müssen uns dafür einsetzen, dass es angemessen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren mit der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe in Italien und haben dort mit Verantwortlichen gesprochen. Sie haben uns klar gesagt, im Moment sähen sie, dass die Ressourcen gestiegen sind und dass es viel europäische Unterstützung gibt. Das sind gute Nachrichten. Dazu muss man sagen: Diese Aufstockung erfolgte erst nach der Katastrophe. Jeder, der in der Kommunalpolitik ist, kennt das: Bevor ein Zebrastreifen aufgemalt wird, muss erst etwas passieren.

Die Kapazitäten werden aber möglicherweise nicht reichen, wenn es noch einmal zu einer solchen Katastrophe wie im April kommt, bei der die Menschen gerettet und an Land transportiert werden müssen, und im gleichen Moment ein Signal vom anderen Ende des Mittelmeers gesendet wird. Das war auch eine Aussage, die wir von den Verantwortlichen auf den Schiffen gehört

haben. Mit anderen Worten: Wir werden in den nächsten Wochen immer weiter und minutiös beobachten müssen, ob die Kapazitäten reichen. Wenn sie nicht reichen, muss dort auch mehr passieren; denn unsere erste Aufgabe ist, Leben zu schützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Uwe Schummer [CDU/CSU])

Wenn die Menschen an Land transportiert worden sind, dann stellt sich die Frage: Was passiert dann? Die Präfektin von Catania hat uns sehr eindrücklich gesagt: Vielen Dank, dass die Dänen, die Briten und die Deutschen Schiffe entsenden, aber sie bringen all diese Menschen zu uns nach Catania, einer Stadt mit 300 000 Einwohnern. – Deswegen kämpfen wir auch dafür, dass es einen europäischen Verteilungsschlüssel gibt.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Richtig!)

Das ist selbstverständlich. Es muss eine größere europäische Solidarität geben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann sich in Europa nicht immer nur das herausuchen, wovon man etwas hat und profitiert, sondern man muss auch die Lasten teilen. Es wäre sogar gut, wenn wir Flüchtlinge nicht als Lasten begreifen würden; denn die Bevölkerung unseres Kontinents altert und schrumpft. Wenn Menschen zu uns kommen, die einen großen Lebenshunger haben, die sich mit ihren Familien ein neues Leben aufbauen wollen und die Kompetenzen besitzen, die vielleicht hier oder dort gebraucht werden, dann ist das auch eine Chance für unseren Kontinent, und diese Chance müssen wir auch bestmöglich nutzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Uwe Schummer [CDU/CSU])

Einen Punkt will ich noch verstärkt betonen, nachdem ich für den Rückweg von Italien diese Zeitschrift, den aktuellen *L'Espresso*, mitgenommen habe.

(Der Redner hält eine Zeitschrift hoch – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, so heißt sie. Das hat aber einen sehr ernsten Hintergrund, weil sie eine Fotoserie von Menschen enthält, die sich auf Flüchtlingsbooten auf dem Meer befinden. – Ich muss wirklich klar sagen: Ich bitte alle in diesem Haus darum, hier kein Aber oder irgendwelche anderen Relativierungen zu gebrauchen, wenn es um Schleuser und Schlepper geht, sondern mit uns gemeinsam dafür zu kämpfen, dass wir diesen Verbrechern das Handwerk legen. Das steht auf der Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie können sich die Bilder in dieser Zeitschrift anschauen. Die Menschen haben nichts am Leibe, das Holzboot geht unter, und das Schlauchboot nebenan entfernt sich immer weiter. Es hatte nicht genügend Platz

Dr. Lars Castellucci

- (A) für alle Menschen und ist gar nicht mehr für alle erreichbar. – Die Menschen werden von schlimmsten Verbrechen ins Elend und in den Tod gestürzt. Denen müssen wir selbstverständlich das Handwerk legen. Das ist eine ganz zentrale Aufgabe,

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und hier darf es wirklich keine Relativierungen geben, zu denen es in diesem Hause immer wieder kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michaela Noll [CDU/CSU]: Das war überzeugend, das war gut!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Jetzt hat Andrea Lindholz, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Andrea Lindholz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Anlass dieser Debatte berührt uns alle, und das Kernanliegen der beiden Anträge halte ich auch für berechtigt.

Natürlich darf Europa nicht tatenlos zusehen, wenn Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken. Europa sieht auch nicht tatenlos zu. Europäische Marinesoldaten überwachen in diesem Moment ein gewaltiges Gebiet vor der nordafrikanischen Küste und haben schon Tausende Menschenleben gerettet. Ihr Einsatz verdient unsere höchste Anerkennung.

(B)

Genauso müssen wir auch den Besatzungen der Handelsschiffe und den europäischen Grenzschutzbeamten danken, die im Rahmen der Frontex-Operation Triton ebenfalls viele Tausend Migranten aus Seenot gerettet haben. Das zeigt auch, wie ernst Europa seine humanitäre Verpflichtung gegenüber den Bootsflüchtlingen nimmt, auch wenn es nie genug sein kann. Trotzdem halte ich die meisten Forderungen in den Anträgen für überholt und teilweise auch für nicht zu Ende gedacht.

Fangen wir mit dem Antrag der Grünen an. Sie fordern eine Rettungsmission auf dem Niveau der alten italienischen Mission Mare Nostrum. Mit der Rettungsmission Mare Sicuro der italienischen Marine gibt es das längst. Im Gegensatz zu Mare Nostrum wird diese Mission auf bilateraler Ebene von zwei deutschen Marineschiffen, einem irischen und einem britischen Marineschiff unterstützt. Die Mittel für Frontex wurden verdreifacht, und das Einsatzgebiet der Operation Triton wurde stark ausgeweitet. Frontex überwacht jetzt nicht nur in Küstennähe, sondern ein Gebiet, das 250 Kilometer auf das offene Meer reicht.

Auch Ihre Forderung, die Bundesregierung sollte noch mehr Aufnahmeplätze für schutzbedürftige Flüchtlinge in Europa fordern, ist erfüllt. Die Bundesregierung fordert das seit Monaten, sogar seit Jahren. Sie setzt sich nachhaltig dafür ein, dass wir ein gesamteuropäisches Aufnahmeprogramm bekommen. Wir alle mahnen das in

jeder Rede hier an. Wir alle sind uns einig: Europa darf keine Einbahnstraße sein. Ich möchte ausdrücklich daran anschließen. Wir brauchen eine gesamteuropäische Verantwortung, und wir brauchen auch mehr Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa. Aber sagen Sie mir doch bitte, mit welchen Mitteln wir das so umsetzen sollen, dass es auch gelingt. Wir sind in gewissem Maße auf Freiwilligkeit angewiesen. Es gibt keine Androhung von unmittelbarem Zwang oder Ähnlichem.

(Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kabarett!)

Insofern sind wir hier auf die diplomatischen Kanäle angewiesen. Ich bin mir sicher, Sie alle werden in Ihren Parteien auf allen Ebenen, vielleicht auch länderübergreifend, dafür werben, dass uns das zeitnah gelingt.

Der UN-Flüchtlingskommissar hat die deutsche Asylpolitik als Vorbild für ganz Europa bezeichnet. Wir haben längst drei Sonderkontingente für syrische Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Ja, angesichts des Leides kann man sagen, dass es nie genug ist. Ich will aber an dieser Stelle auch sagen – ich spreche hier ausdrücklich Herrn Trittin an –: Etwa 11 Millionen Syrier befinden sich auf der Flucht, 4 Millionen in den Nachbarstaaten und 6,5 Millionen in Syrien. Ich spreche nur Syrien an. Dann sagen Sie mir bitte, wie man dieses Problem mit wie vielen Aufnahmeprogrammen hier lösen will.

Deshalb ist es richtig, dass wir – ich höre das immer wieder – unseren Fokus auf die Hilfe vor Ort richten müssen. Nur wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen und nur wenn wir die Krisenstaaten stabilisieren, kann uns wirklich die Linderung von Leid gelingen. Es ist seit Jahren das zentrale Ziel der Außen- und Entwicklungspolitik dieser Bundesregierung, unseren Fokus auf die Hilfe vor Ort zu richten. Das halte ich angesichts von über 50 Millionen Menschen, die sich auf der Flucht befinden, für den richtigen Weg.

Ich möchte noch auf eine Forderung der Linken eingehen. Sie fordern in Ihrem Antrag die Auflösung von Frontex. Wenn wir Frontex heute auflösen würden, dann würden wir nicht nur die Sicherheit der Menschen in Europa gefährden, sondern auch das Leben der Migranten auf dem Mittelmeer. Würde man diese Forderung umsetzen, hätten Schmuggler, die organisierte Kriminalität und auch IS freie Bahn. Europa würde seine Kontrolle über die Migrationsströme verlieren. Dadurch würde auch die solidarische Lastenverteilung für den europäischen Grenzschutz abgeschafft werden. Sie würden damit auch das Leben der vielen Menschen gefährden, die aktuell auf dem Mittelmeer gerettet werden.

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

Ein Seenotrettungsdienst, wie Sie ihn fordern, wäre kein Ersatz für Frontex. Denn Frontex schützt nicht nur unsere Grenzen, sondern rettet auch im Notfall. Frontex leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und zur Bekämpfung der kriminellen Schleusernetzwerke. Natürlich müssen wir diese Schleusernetzwerke – ich sage das an dieser Stelle – mit allen möglichen und uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Wir dürfen diese Schleuserkriminalität nicht länger zulassen. Wir

(C)

(D)

Andrea Lindholz

- (A) müssen dem kriminellen Treiben ein Ende bereiten, soweit uns das möglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Lars Castellucci [SPD])

Ich habe vorhin gehört, man solle das ganze Mittelmeer überwachen. Ich frage mich, ob Sie einmal geschaut haben, wie groß das Mittelmeer ist. Das Mittelmeer hat 2,5 Millionen Quadratkilometer. Erklären Sie mir einmal, Frau Jelpke, in einer Ihrer nächsten Reden, wie Sie das bewerkstelligen wollen. Wir können die Flüchtlingskrisen nur in den Herkunftsländern lösen. Die Anträge sind, wie ich schon sagte, teilweise überholt und nicht bis zum Ende gedacht. Gehen Sie doch einmal darauf ein, was wir mit den vielen Menschen machen wollen, die sich innerhalb ihrer Länder auf der Flucht befinden. Auch dafür müssen wir Lösungen finden. Die Lösung kann nicht sein, unbegrenzt eine Brücke nach Europa zu bauen, so sehr man das auch sympathisch, menschlich und human finden kann. Aber es ist keine Lösung für über 50 Millionen Menschen auf der Flucht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 18/4695 und 18/4838 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Bundestages auf Mittwoch, den 17. Juni 2015, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen jetzt allen ein hoffentlich nicht so arbeitsreiches und vor allen Dingen sonniges Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.44 Uhr)

(C)

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

124. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 24. September 2015

Inhalt

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Wilfried Lorenz, Gabriele Groneberg und Heike Baehrens	11943 A		
Wahl der Abgeordneten Kerstin Radomski als ordentliches Mitglied der Parlamentarischen Versammlung	11943 B		
Wahl des Abgeordneten Ansgar Heveling als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der Filmförderungsanstalt	11943 B		
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung.	11943 B		
Absetzung des Tagesordnungspunktes 23 a . .	11944 A		
Tagesordnungspunkt 3:			
a) Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: zu den Ergebnissen des Informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 23. September 2015 in Brüssel und zum VN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung vom 25. bis 27. September 2015 in New York.	11946 C		
b) Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Valerie Wilms, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: UN-Nachhaltigkeitsziel 1 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Armut in jeder Form und überall beenden Drucksache 18/6045	11944 B	c)	Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Dr. Valerie Wilms, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: UN-Nachhaltigkeitsziel 2 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Den Hunger beenden, Ernährungssouveränität und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern Drucksache 18/6046 11944 B
		d)	Antrag der Abgeordneten Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: UN-Nachhaltigkeitsziel 3 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Gesundes Leben für alle ermöglichen und fördern Drucksache 18/6047 11944 C
		e)	Antrag der Abgeordneten Özcan Mutlu, Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: UN-Nachhaltigkeitsziel 4 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern Drucksache 18/6048 11944 C
		f)	Antrag der Abgeordneten Ulle Schauws, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: UN-Nachhaltigkeitsziel 5 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen Drucksache 18/6049 11944 D

Dr. Matthias Bartke (SPD)	12022 B	Lothar Binding (Heidelberg) (SPD)	12040 A
Dr. Astrid Freudenstein (CDU/CSU)	12023 B	Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU)	12041 D
Tagesordnungspunkt 7:		Tagesordnungspunkt 9:	
a) Antrag der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Beate Walter-Rosenheimer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Betreuungsgeld in Kitas investieren Drucksache 18/6063	12024 C	a) Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Erziehungsleistung von Adoptiveltern würdigen – Mütterrente anerkennen Drucksache 18/6043	12043 C
b) Antrag der Abgeordneten Norbert Müller (Potsdam), Sigrid Hupach, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Betreuungsgeld für den Kitausbau nutzen Drucksache 18/6041	12024 C	b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Anrechnung von Zeiten des Mutterschutzes Drucksachen 18/4107, 18/5279	12043 C
Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12024 D	Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)	12043 D
Josef Rief (CDU/CSU)	12025 D	Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU)	12045 A
Norbert Müller (Potsdam) (DIE LINKE)	12027 C	Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)	12046 D
Dr. Carola Reimann (SPD)	12029 A	Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU)	12047 B
Paul Lehrieder (CDU/CSU)	12030 B	Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12047 D
Dr. Fritz Felgentreu (SPD)	12032 B	Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD)	12048 D
Tagesordnungspunkt 8:		Matthäus Strebl (CDU/CSU)	12050 B
– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die europäischen Vorgaben zur Bankenabgabe (Abwicklungsmechanismusgesetz – AbwMechG) Drucksachen 18/5009, 18/5325, 18/5458 Nr. 3, 18/6091	12033 D	Dr. Martin Rosemann (SPD)	12051 A
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung Drucksache 18/6092	12033 D	Tagesordnungspunkt 10:	
Alexander Radwan (CDU/CSU)	12033 D	Antrag der Bundesregierung: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer Drucksache 18/6013	
Dr. Axel Troost (DIE LINKE)	12035 A	Dr. Ralf Brauksiepe, Parl. Staatssekretär BMVg	
Manfred Zöllmer (SPD)	12036 B	Stefan Liebich (DIE LINKE)	
Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12037 C	Niels Annen (SPD)	
Ralph Brinkhaus (CDU/CSU)	12038 D	Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE)	

Dr. Martin Rosemann

- (A) Ich will dazu sagen, dass im Fall von Adoptionen im Zweifel jemand anderem der Entgeltpunkt wieder weggenommen werden müsste, der aber gar nicht bekannt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die einzige Alternative wäre also gewesen, Bestandsrentnerinnen von der zusätzlichen Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten auszunehmen. Genau das wollten wir nicht, weil das noch mehr Ungerechtigkeiten produziert hätte.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mich erreichen immer wieder Briefe von Adoptiveltern, die ein Kind adoptiert haben, das fünf oder sechs Jahre alt ist. Diese profitieren von der Mütterrente gar nicht. Ich kann sehr gut mit ihnen fühlen, weil ich das Thema Adoption aus meiner eigenen Familie gut kenne. Deswegen will ich an der Stelle sagen: Die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder beschränkt sich grundsätzlich auf die ersten beiden Lebensjahre und danach auf die ersten drei Lebensjahre.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Auch das ist ungerecht!)

Der Grund dafür ist, dass insbesondere in den ersten Monaten nach der Geburt die Möglichkeit, Familienarbeit und Erwerbsarbeit zu verbinden, besonders eingeschränkt ist.

- (B) Mir ist klar – und ich glaube, das ist uns allen klar –, dass wir damit die Lebensleistung der Erziehung eines Kindes insgesamt natürlich nicht angemessen würdigen. Ich will an dieser Stelle aber darauf hinweisen, dass es im Rentenrecht weitere Ansatzpunkte gibt: für Zeiten vor 1992 die Aufwertung von geringen Rentenanwartschaften im Rahmen der Renten nach Mindesteinkommen und ab 1992 die Höherwertung niedriger Entgeltpunkte bzw. die Gutschrift von zusätzlichen Entgeltpunkten im Rahmen der Kinderberücksichtigungszeiten.

Wenn man darunter den Strich zieht, muss man sagen: Das, was wir tun konnten, um Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder besser anzuerkennen, das haben wir als Koalition auch getan.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 9 a. Interfraktionell wird Überweisung dieser Vorlage auf Drucksache 18/6043 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 9 b, zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Anrechnung von Zeiten des Mutterschutzes.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/5279, den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/4107 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung abgelehnt mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und von BÜNDNIS 90/Die Grünen. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtiinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer

Drucksache 18/6013

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss gemäß § 96 der GO

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Weil ich keinen Widerspruch vernehme, gehe ich davon aus, dass Sie alle damit einverstanden sind.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ralf Brauksiepe, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Nacht vom 18. auf den 19. April dieses Jahres kam es im Mittelmeer zu einem tragischen Unglück. Ein Flüchtlingsschiff war vor der Küste Libyens gekentert. 28 Personen konnten gerettet werden. Die italienische Küstenwache musste 24 Leichen bergen. Weitere Suchaktionen blieben erfolglos. Ein Überlebender berichtete jedoch, dass bis zu 950 Menschen an Bord gewesen seien, teils von ihren Schleusern im Laderaum eingeschlossen, darunter rund 200 Frauen und 50 Kinder.

Diese Tragödie hat uns alle fassungslos gemacht und sowohl der Politik als auch der Zivilgesellschaft in Europa das grauenvolle Leid der Flüchtlinge vor Augen geführt. Leider blieb dieser zutiefst erschütternde Vorfall kein Einzelfall.

Laut UN-Angaben traten seit Beginn dieses Jahres mehr als 300 000 Menschen die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer an. Tausende von Frauen, Männern und Kindern haben bei ihrem Versuch, auf diesem Weg nach Europa zu gelangen, ihr Leben verloren.

Parl. Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe

(A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat deshalb bereits Ende April dieses Jahres schnell und entschlossen gehandelt und zwei Schiffe der deutschen Marine in das Mittelmeer gesandt, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen auf See ums Leben kommen.

Der Einsatzgruppenversorger Berlin und die Fregatte Hessen sowie mittlerweile der Versorger Werra und die Fregatte Schleswig-Holstein haben bislang über 8 030 Menschen aus Seenot gerettet. Das ist eine ganz außerordentliche Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten, und zwar sowohl fachlich als auch menschlich, für die wir dankbar sind.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Engagement zeigt sich auch dieser Tage, in denen es darum geht, dass wir denjenigen, die Bürgerkrieg und Not entfliehen und Asyl brauchen, hier bei uns in Deutschland Schutz gewähren. Überall dort, wo ihre Unterstützung gebraucht wird, helfen unsere Soldatinnen und Soldaten zusammen mit vielen anderen helfenden Händen mit. Auch dafür gebührt ihnen allen unser besonderer Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Ausmaß der Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Wochen zeigt uns sehr deutlich, dass in Europa eine gemeinsame Antwort auf die vielfältigen Dimensionen der Flüchtlingsbewegungen erforderlich ist, von der Bekämpfung der Fluchtursachen bis hin zu einer menschlichen Versorgung der Bedürftigen hier bei uns.

(B) Wir mussten leider feststellen, dass die Anstrengungen zur Unterstützung der Seenotrettung allein nicht das schreckliche Sterben im Mittelmeer stoppen konnten. Dazu war und ist das Geschäftsmodell der Schleuser einfach zu perfide und zu lukrativ.

Im Gegenteil: Unsere humanitäre Hilfe wird von den Kriminellen sogar schamlos ausgenutzt.

Deshalb haben wir am 18. Mai dieses Jahres mit unseren Partnern in der Europäischen Union die Operation EUNAVFOR Med ins Leben gerufen. Unser europäischer Ansatz umfasst vier Ziele:

Erstens. Die Seenotrettung ist und bleibt ein Hauptanliegen unseres Engagements im südlichen und zentralen Mittelmeer.

Zweitens. Wir müssen aktiv gegen die kriminellen Schleusernetzwerke vorgehen.

Drittens. Wir müssen mit den Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten, um die strukturellen Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen.

Viertens schließlich. Die innereuropäische Solidarität und Verantwortung bei der Aufnahme dieser verzweifelten Menschen in der Europäischen Union ist gefordert.

Die deutsche Marine ist seit Beginn dieser EU-Operation im Juni 2015 an EUNAVFOR Med beteiligt. In der Phase 1 dieser Mission ging und geht es neben der akuten Seenotrettung auch darum, das Vorgehen der Schlepper, für die es ein abscheuliches Milliardengeschäft darstellt,

all diese Menschen auf ihre lebensgefährlichen Reisen zu schicken, genau zu beobachten. Dies ist in den letzten Monaten gelungen. Wir haben ein deutlich besseres Lagebild aufbauen können, als wir es in der Vergangenheit hatten. Wir konnten wertvolle Erkenntnisse über die Schleusernetzwerke, ihre Routen und ihre Methoden gewinnen. Diese wollen wir nun gezielt nutzen und dafür sorgen, dass diese mit äußerster Brutalität vorgehenden Schleuser nicht länger schalten und walten können, wie sie wollen.

Dazu wollen wir mit der Phase 2 i beginnen. Mit einer deutschen Beteiligung von bis zu 950 Soldatinnen und Soldaten soll in dieser Phase beschränkt auf die internationalen Gewässer im südlichen und zentralen Mittelmeer gezielt und effektiv gegen die kriminellen Schleusernetzwerke vorgegangen werden. Es ist zu erwarten, dass die Schleuser zu Herbstbeginn, bei aufkommendem schlechteren Wetter auch seetüchtigere Schiffe als bisher außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer einsetzen, dass sie Schiffe aus Ägypten und Tunesien an die westliche Küste Libyens, nahe Tripolis, heranschaffen oder Schiffe zur Erkundung einsetzen, um die Flüchtlingsboote in der Nähe von EUNAVFOR-Med-Einheiten auszusetzen.

Mit dem Übergang in die Phase 2 i können jetzt in internationalen Gewässern verdächtige Schiffe angehalten und durchsucht werden. Wenn sich der Verdacht bestätigen sollte, dass sie für Menschenschmuggel oder Menschenhandel benutzt werden, sind wir nun in der Lage, die Schleuserschiffe umzuleiten oder zu beschlagnahmen. Ziel dieser Phase 2 i ist es somit, die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken und damit ihr kriminelles, menschenverachtendes Geschäft schwieriger zu machen. Zugleich – das betone ich noch einmal – wird die Seenotrettung selbstverständlich weiterhin uneingeschränkt fortgesetzt.

Es ist ein richtiger und ein sinnvoller Schritt, jetzt auf hoher See gegen Schleuserschiffe vorzugehen, um dem Übel auf den Grund zu gehen und den kriminellen Mächtschaften das Handwerk zu legen.

Die Soldatinnen und Soldaten an Bord unserer Schiffe, im Hauptquartier in Rom und auf dem italienischen Führungsschiff leisten bereits jetzt einen erfolgreichen und sehr wichtigen Dienst. Deutschland ist nach Italien der zweitgrößte Truppensteller und eine tragende Säule der gesamten Operation. Wir sollten weiterhin zu unserem Wort stehen und zeigen, dass auf uns Verlass ist. Dieser Einsatz ist eine wichtige gemeinsame Leistung der Europäischen Union für Menschen in Not und gegen kriminelle Menschenschleusung. Wir stehen nicht allein, wir sind eingebunden in ein Bündnis, eingebunden in eine Wertegemeinschaft, und gemeinsam mit dieser handeln wir. Ich bitte Sie deswegen um Unterstützung für das vorliegende Mandat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(A) Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Stefan Liebich spricht jetzt für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Stefan Liebich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brauksiepe, nicht dass hier Missverständnisse entstehen: Wir debattieren und entscheiden nicht über die Rettungsaktion im Mittelmeer. Dafür ist überhaupt kein Mandat notwendig; sie läuft schon. Wir reden heute einzig und allein über die Entscheidung, Soldatinnen und Soldaten auf hohe See zu schicken, um dort militärisch gegen Schlepper vorzugehen. Das ist hier das Thema.

Ich möchte in die Vergangenheit schauen: Ein Fluchthelfervertrag „verstößt weder gegen ein gesetzliches Verbot noch ohne Weiteres gegen die guten Sitten“. Wer Flüchtende dabei unterstütze, das ihnen zustehende Recht auf Freizügigkeit zu verwirklichen, kann sich auf billigenswerte Motive berufen und handelt sittlich und nicht anstößig.

– So hat der Bundesgerichtshof 1977 geurteilt. Sie ahnen es: Damals ging es um die Flüchtlinge, die aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geflohen sind, die das Risiko ihres Todes an der Mauer und dem Stacheldraht nicht eingehen wollten.

(B) (Zuruf von der CDU/CSU: Das ist nicht vergleichbar!)

Diejenigen, die ihnen damals geholfen haben, wurden von den DDR-Obersten als kriminelle Menschenhändler bezeichnet und in der Bundesrepublik als Helden gefeiert. Es gibt selbstverständlich viele Unterschiede zu damals, aber eines galt damals wie heute: Wo Grenzen geschlossen sind, wird es immer Versuche geben, sie zu überwinden. Deshalb müssen Mauern abgebaut werden und nicht Stacheldrahtzäune errichtet.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Es ist ein Unterschied, ob man raus will oder rein will!)

Stattdessen schicken Sie Soldaten in das Mittelmeer, um Schiffe anzuhalten, zu durchsuchen, umzuleiten, und, wenn es Widerstand gibt, mit Waffengewalt zu agieren.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Was ist das denn für ein Quatsch?)

Sie suggerieren, dass dadurch weniger Menschen auf diese lebensgefährliche Überfahrt gehen. Das wird nicht klappen. Ja, es gibt grausame Geschäftemacher, die skrupellos die Not der Menschen ausnutzen, die um ihr Leben fliehen, ja, sie setzen sie auf seeuntüchtige Boote auf die Gefahr hin, dass sie ertrinken, oder stecken sie in hermetisch abgeschlossene Lastkraftwagen, in denen sie ersticken. Aber diese Schlepper und ihre Hinterleute sind nicht die Ursache der Flucht, sondern eine ihrer Folgen.

Sie bekämpfen die Symptome, statt die Ursachen anzugehen. (C)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Haben Sie Mitleid mit den Schleppern?)

Ich höre manchmal, dass die Menschen mit Lügen über ein Leben in Wohlstand hierher gelockt werden. Für denjenigen, der tagtäglich um sein Leben bangen muss, der nicht einmal mehr Gras zu essen hat – Sie kennen ja die Berichte aus den belagerten syrischen Städten –, ist es ein immenser Wohlstand, nachts ohne Assads Fassbomben oder den Terror des IS schlafen zu können und eine regelmäßige Mahlzeit zu bekommen. Es ist doch normal, dass man so einer Hölle entfliehen möchte. Würde das nicht jeder von uns tun?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Hahn [CDU/CSU]: Niemand negiert das!)

In meinem Wahlkreis in Pankow hat kürzlich die Integrationsbeauftragte über den Ansturm der Menschen geklagt. Wissen Sie, was sie meinte? Sie meinte nicht den Ansturm der Flüchtlinge, sondern den Ansturm der Helferinnen und Helfer in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee, die in den Kleiderkammern und bei der Essensausgabe arbeiten wollen. Sie alle kennen das auch aus Ihren Wahlkreisen.

Dieses Bild vom guten Deutschland, dem Angela Merkel ein Gesicht gegeben hat, zerstören Sie mit diesen Entscheidungen. Dieses Bild wird korrigiert. Wir schicken Soldaten an Grenzen. (D)

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Können Sie mal zum Thema kommen?)

Wir wollen das individuelle Asylrecht durch willkürliche Festlegung sogenannter sicherer Herkunftsstaaten einschränken. Es soll geringere Leistungen für Menschen geben, die ihr Recht auf Asyl wahrnehmen wollen.

Das Schlimmste ist: Es gab ein einvernehmliches Treffen des CSU-Vorsitzenden, immerhin dem Vorsitzenden einer Regierungspartei in Deutschland, mit dem – ich kann es nicht mehr anders sagen – rechtsradikalen Ministerpräsidenten Ungarns.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Pfui! Pfui!)

Wissen Sie, was das für ein Mann ist, mit dem Sie sich da getroffen haben? Wir alle haben das Bild des kleinen Aylan gesehen, der tot am Strand von Bodrum gelegen hat. Orban sagt:

Die Türkei ist ein sicheres Land. Bleibt dort! Es ist riskant, zu kommen. Und wir können nicht garantieren, dass ihr hier akzeptiert werdet.

Wie kaltherzig kann man eigentlich sein?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ungarns Regierung schaltet Anzeigen in jordanischen und libanesischen Zeitungen auf Englisch und Ara-

Stefan Liebich

- (A) bisch: Wir Ungarn sind gastfreundlich, aber ergreifen die strengstmöglichen Maßnahmen gegen jene, die versuchen, hier illegal einzureisen. – Orban sagt über Menschen, die um ihr Leben fliehen:

Sie klopfen nicht nur an die Tür, sie schlagen die Tür ein. Unsere Grenzen sind in Gefahr, ... Ungarn und ganz Europa sind in Gefahr.

Mit dem heutigen Antrag der Bundesregierung geben Sie Orbans abstoßender Polemik recht. Sie stellen sich gegen die Mehrheit der Menschen in Deutschland, die hier die Flüchtlinge willkommen heißen wollen. Dieses neue Mandat ist der traurige Höhepunkt Ihrer Abschottungspolitik. Es werden doch nicht weniger Flüchtlinge kommen. Es wird gefährlichere Routen geben, und es wird höhere Preise für diejenigen geben, die fliehen wollen. Das ist doch alles Irrsinn.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Dann sollte man Kriminelle unterstützen?)

Richten Sie stattdessen eine zivile Rettungsmission ein. Schaffen Sie legale Wege für Menschen, die einfach ihr Recht auf Asyl wahrnehmen wollen. Nur so können Sie den Schleppern die Geschäftsgrundlage entziehen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stoppen Sie bitte endlich Waffenverkäufe in Kriegs- und Krisengebiete.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

- (B) Für den Frieden und dagegen, dass Menschen fliehen müssen, ist das das Beste, was Deutschland tun kann.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Eine typische Bausteinrede eines Linken!)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Niels Annen spricht als Nächster für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Niels Annen (SPD):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Liebich, ich glaube, es gibt gar keinen Grund für so viel Aufregung, die Sie hier eben inszeniert haben.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Doch!)

Ich habe, weil Sie das allgemein angesprochen haben, trotzdem eine Bitte – darauf lege ich schon Wert -: Meine Fraktion hat sich nicht mit Herrn Orban getroffen, und wir haben auch nicht vor, das zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir beraten heute über ein Mandat – manchmal hilft ja ein Blick in den Mandatstext –, bei dem es im Wesentlichen darum geht – das hat der Kollege Brauksiepe richtig dargestellt –, dass wir das, was unsere Soldatinnen und Soldaten in den letzten Monaten bereits getan

haben, fortsetzen wollen, nämlich durch die Präsenz der deutschen Marine dafür zu sorgen, dass Menschen aus Seenot gerettet werden. Etwa 8 000 Menschen sind von unseren Soldatinnen und Soldaten gerettet worden. Wir wollen, dass das fortgesetzt wird. (C)

Der zweite Grund, aus dem wir heute hier zusammenkommen, ist – mir leuchtet überhaupt nicht ein, wie man sich darüber so sehr aufregen kann –, dass diese nationale Aufgabe, die wir uns gestellt und die unsere Soldatinnen und Soldaten erledigt haben, jetzt in eine europäische Mission eingebettet wird. Deswegen, Herr Kollege Liebich, muss ich Ihnen bei aller Wertschätzung an dieser Stelle widersprechen: Diese Bundesregierung – mit Unterstützung der Fraktionen der Großen Koalition – bekämpft beides: die Fluchtursachen, aber auch die Auswirkungen.

(Zuruf von der LINKEN: Na ja!)

Ich finde, es ist nicht besonders redlich, hier einen Widerspruch zu konstruieren. Wenn Ihre Annahme richtig wäre, dass wir uns nicht um die Fluchtursachen kümmern, dann könnte man über alles Mögliche reden. Aber das ist nicht der Fall. Diese Bundesregierung hat gerade Millionen Euro an Extramitteln bereitgestellt und sich in Brüssel dafür eingesetzt, dass jetzt 1 Milliarde Euro mobilisiert wird. Unser Außenminister ist, glaube ich, der einzige westliche Außenminister, der in den letzten Jahren mehrfach die Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten besucht hat. Er hat António Guterres zu einer Konferenz eingeladen und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen eine Bühne geboten. Er hat dafür gearbeitet – nicht immer auf der Bühne; manchmal auch hinter den Kulissen –, dass finanzielle Zusagen nicht nur gemacht, sondern auch eingehalten werden. (D)

Ja, wir sind nicht so weit gekommen, wie wir kommen wollten; niemand beklagt das mehr als ich. Aber jetzt haben wir in dieser Frage ein Momentum. Ich glaube, wir bekommen hier etwas hin. Es gibt auch wieder politische Bewegung. Aber eines muss man sehr klar sagen: Wer sich hier hinstellt und sagt: „Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen; wir brauchen einen regionalen Blick auf die Krise und einen umfassenden Ansatz“, dem würde ich immer sagen: Genau das ist es, worum wir uns jeden Tag bemühen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da werden manchmal Fehler gemacht. Das reicht auch nicht immer aus. Auch das ist richtig; daher diskutieren wir hier darüber. Aber die Finanzierung der Flüchtlingslager in Syriens Nachbarländern gehört genauso zur Ursachenbekämpfung wie die Operation, über die wir hier und heute miteinander diskutieren.

Nun zu der Frage: Wer nimmt eigentlich Flüchtlinge auf? In Deutschland haben wir Hunderttausende von Menschen aufgenommen. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Es ist eine großartige Leistung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, aber auch der öffentlichen Verwaltung, der Kommunen, der Landesregierungen und

Niels Annen

- (A) des Bundes, dass wir das gemeinsam und miteinander hinbekommen.

(Beifall des Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD])

Dazu gehört aber auch, dass wir in einer europäischen Dimension nicht nur über Quoten reden – ich hoffe, auch da machen wir langsam Fortschritte –, sondern auch den Ländern, die von diesem Unglück ganz besonders betroffen sind, helfen.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Kollege Annen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Neu?

Niels Annen (SPD):

Selbstverständlich, Herr Präsident.

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Herr Kollege Annen, wir haben jetzt mehrfach den Begriff „Fluchtursachen“ gehört. Ich habe von Ihnen aber noch keine konkrete Fluchtursache genannt bekommen, außer dass die Flüchtlingslager im Nahen Osten eine Ursache sein könnten. Aber es dürfte doch wesentlich mehr dazugehören. Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass die Flüchtlingslager im Nahen Osten nicht die tatsächliche Ursache, sondern auch ein Symptom sind. Vielleicht können Sie das etwas präzisieren.

Niels Annen (SPD):

- (B) Ja, das kann ich sehr gerne machen, Herr Kollege. – Ich glaube, wer die Entwicklung der letzten Wochen und Monate durch Zeitungslektüre aufmerksam verfolgt hat – ich empfehle ja immer ein Qualitätsprodukt aus meinem Wahlkreis, die *Tagesschau* –, der wird sicherlich wissen, dass die desaströse Lage in den Flüchtlingslagern eine Ursache ist. Inzwischen ist, glaube ich, allgemein bekannt – darüber bin ich übrigens froh –, dass die finanziellen Mittel des Welternährungsprogramms nicht mehr ausreichen, um die etwa 30 Dollar pro Monat zu bezahlen. Wir liegen aktuell bei etwa 13 Dollar pro Monat.

Viele Familien haben keine Perspektive mehr. Da es keine Perspektive gibt, während des Krieges in das Heimatland Syrien zurückzukehren, richtet man sich natürlich in Richtung Europa aus; das ist auch nachvollziehbar.

Es gibt aber auch Gründe, die wir nicht unmittelbar beeinflussen können.

Das Assad-Regime ist in den letzten Monaten militärisch unter Druck geraten. Das bedeutet – das werden Sie sicherlich auch verfolgt haben, Herr Kollege Neu –, dass inzwischen auch im Kernland des Assad-Regimes gekämpft wird. Ich weiß nicht, ob Sie sich mit der Lage in Syrien beschäftigt haben, aber bei einem Blick auf die Landkarte werden Sie sehr schnell feststellen, dass die Gebiete, die Assad kontrolliert, die Gebiete in Syrien sind, in denen die meisten Menschen leben. Das heißt, der Krieg, den der IS führt, betrifft nur einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung.

Es gibt also ein Zusammentreffen von unterschiedlichen Ursachen: die Kampfhandlungen, eine Unterfinanzierung und eine Perspektivlosigkeit. Ich glaube, all das hat mit dazu beigetragen, dass wir heute eine solche Situation haben. (C)

Ich denke, damit ist meine Antwort beendet, und Sie dürfen sich gerne wieder hinsetzen.

Ich komme nun zu dem Thema, auf das ich sowieso zu sprechen kommen wollte: Es gibt in der gesamten nordafrikanischen Region – vor allem aber in Libyen – eine Destabilisierung. Diese hat dazu geführt, dass es in Libyen nach der Intervention keine funktionierenden staatlichen Strukturen mehr gibt. Ich will an dieser Stelle einmal sagen: Hier geht es auch um die Bekämpfung von Fluchtursachen, Herr Kollege Liebig.

Unser Außenminister hat mit vielen hochengagierten Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Amt Tag und Nacht daran gearbeitet, dass der UN-Vermittler unterstützt wird. Wir haben jetzt einen Vertragstext für ein Übereinkommen, das – ich will es vorsichtig formulieren – die Chance zu einer Einheitsregierung eröffnet. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Chance ergriffen wird;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

denn nur eine Einheitsregierung in Libyen versetzt uns in die Lage, am Ende wieder staatliche Strukturen in diesem Land aufzubauen. Das wird natürlich nicht von heute auf morgen gehen.

Da wir heute über die Operation EUNAVFOR MED sprechen, die sich übrigens auf die internationalen Gewässer bezieht – auch das hat der Staatssekretär hier ja zu Recht erwähnt –, müssen wir hier natürlich auch erwähnen – wir tun das im Übrigen auch; wir verschweigen das ja nicht –, dass wir das Problem nicht allein durch eine militärische Operation der europäischen Partner in den Griff bekommen, sondern dass wir in Nordafrika wieder eine Staatlichkeit brauchen. (D)

Es geht natürlich auch um die Schleuserbekämpfung. Herr Kollege Liebig, ich finde, man darf das, was dort passiert, nicht relativieren. Dort werden Leute in nicht mehr seetüchtigen Booten geradezu gestapelt. Diejenigen, die oben einen Platz bekommen, haben am meisten bezahlt, und diejenigen, die unten sitzen, haben möglicherweise überhaupt keine Überlebenschance. Wir reden hier also über keine Banalität.

Um die Chance zu nutzen, diese Kriminalität wirklich nachhaltig zu bekämpfen, brauchen wir polizeiliche Maßnahmen. Diese können wir aber erst dann gewährleisten, wenn es dort wieder staatliche Strukturen gibt. Deswegen hängt das alles miteinander zusammen. Ich glaube, es ist der Sache und auch der Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten nicht angemessen, das so zu vereinfachen, wie Sie es getan haben.

(Beifall der Abg. Dr. Bärbel Kofler [SPD])

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Omid Nouripour für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unabhängig davon, wie wir zu einzelnen Einsätzen stehen, ist es hier eine gute Tradition, dass wir denjenigen, die wir am Ende des Tages entsenden – mit welchen Stimmenverhältnissen auch immer –, für ihren Einsatz danken.

Ich möchte an dieser Stelle etwas Persönliches sagen, weil mich das sehr ergriffen hat: Vor ziemlich genau 48 Stunden war ich in Erbil, und ich habe den deutschen Kontingentführer dort getroffen, der dort auch die Ausbildung des Peschmerga verantwortet hat. Wenige Stunden danach ist er leider Gottes verstorben. Ich glaube, dass das für seine Familie unheimlich hart sein muss. Ich kann mir das gar nicht vorstellen. Ich glaube, es ist wichtig, dass von dieser Stelle aus auch ein Zeichen des Mitgefühls an sie ergeht. Wir können nicht nachempfinden, wie es der Familie und den Angehörigen geht.

Nun zur Sache: Herr Staatssekretär, das Thema Fluchthelfer hatte bei Ihnen aus meiner Sicht einen etwas komischen Zungenschlag. Es gibt Fluchthelferinnen und Fluchthelfer, die eine unglaubliche Arbeit leisten, und zwar jeweils auch in dem eigenen Land – jenseits der Legalität. Das sind Leute – das ist jetzt angemerkt worden –, die vor 26, 27 Jahren in diesem Land noch ein Bundesverdienstkreuz erhalten hätten. Ich kenne solche Leute im In- und Ausland und bin dankbar, dass sie in unmöglichen Situationen den Menschen beim Überleben helfen. Ich finde, auch das muss man hier sagen, auch wenn viele der Leute, die im Mittelmeer tätig sind, nicht unter diese Kategorie fallen.

Das ist zweifelsfrei so. Es gibt also schon einen großen Unterschied zwischen Fluchthelfern und Schleppern. Ich finde, dass das auch betont werden muss. Ich würde mich wirklich freuen, wenn ein Vertreter der Bundesregierung das irgendwann einmal an irgendeiner Stelle zum Ausdruck bringen würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Das vorliegende Mandat stellt eine Symptombekämpfung dar. Es ging hier schon ein paar Mal um Symptombekämpfungen. Denen haben wir – zum Beispiel am Beginn von Atalanta – zugestimmt. Es muss aber immer klar sein, welcher politische Rahmen existiert, und es muss klar sein, wie man das Problem denn eigentlich angehen will.

Wenn man gegen das Geschäftsmodell der Schlepper im Mittelmeer, unter denen – ich sage es noch einmal – sich sehr viele Schwermisstraftäter befinden, vorgehen will, dann muss man natürlich auch legale Wege finden. Dabei geht es zum Beispiel um das Resettlement. Man muss natürlich auch über eine Einwanderungsgesetzgebung bzw. darüber nachdenken, wie man Einwanderung regulieren kann. Natürlich muss man ebenfalls darüber nachdenken, wie man den Nachbarstaaten helfen kann. Der Kollege Annen hatte ja mit der Antwort, die er gerade gegeben

hat, völlig Recht. Er hat davon gesprochen, wie es in den Lagern aussieht und dass es für die Menschen dort nicht auszuhalten ist. Natürlich müssen wir alles daran setzen, dass die Nachbarstaaten stabil sind und dass die humanitäre Hilfe auch kommt.

Ich schaue mir jetzt einmal das Umfeld und das, was Sie vorlegen, an: Das CDU-Präsidium hat beschlossen, dass ein Einwanderungsgesetz sinnvoll ist. Es will nach 2017 darüber beraten. Das wurde komplett vertagt. Also Fehlanzeige!

Ich komme zur Transparenz: Wir müssen doch wissen, worüber wir als Parlament abstimmen. Wir müssen doch wissen, was die Bundeswehr darf und nicht darf. Wir müssen doch überprüfen können, ob das Refoulement-Verbot wirklich eingehalten wird. Das heißt, dass Menschen, die dort ankommen oder in internationalen Gewässern aufgegriffen werden, auch Asylanträge stellen können. Das kann die Bundesregierung – auch auf Nachfrage nicht – gar nicht nachprüfen. Mir liegt hier die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage meines Kollegen Jürgen Trittin vor. Dort wird einfach nur – um es mit meinen Worten zu sagen – festgestellt: Na ja, wir wissen es nicht so genau.

Um das aber zu wissen, müssen wir in den Operationsplan gucken können. Das war bisher bei jedem Mandat üblich gewesen. Der Operationsplan lag schön brav in der Geheimschutzstelle. Man ist dorthin gegangen und hat sich ihn angeguckt. Aus irgendeinem Grund – nach vielen Nachfragen – weigert sich die Bundesregierung einfach, uns den Plan zu zeigen. Das ist nicht unbedingt ein Vertrauensvorschuss. Damit können wir hier nicht arbeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN – Rainer Arnold [SPD]:
Nächste Woche!)

Herr Staatssekretär, Sie haben doch gerade gesagt, dass die Seenotrettung natürlich weitergeht. Das ist richtig so. Wir haben aber Zahlen, welche die Frau Kollegin Brugger erfragt hat. In zwei Monaten wurden 6 000 Menschen gerettet. Danach gab es in der Statistik einen Bruch. Der trat in dem Augenblick ein, als nicht mehr das nationale Kommando, sondern das EU-Kommando galt. Seit dem wurden in zweieinhalb Monaten 2 500 Menschen gerettet. Die Zahl ging also von 6 000 auf 2 500 herunter. Das zeigt eindeutig, dass da andere Dinge Priorität haben. Wenn man richtig hört, geht es jetzt in erster Linie um Aufklärung und nicht nur um Seenotrettung. Auch das ist eine Prioritätensetzung, mit der wir einfach nicht leben können.

Genauso steht es auch um das gesamte Krisenmanagementkonzept. Wir sind jetzt bei Phase 2 i). Die Phase 1 betraf die Seenotrettung. Wir waren – mit den Konsequenzen, die ich gerade beschrieben habe – dafür. Jetzt steht Phase 2 i) an. Dabei geht es um die Bekämpfung der Schlepper. Die Bundesregierung hat in Brüssel ja längst den weiteren Phasen – also 2 ii) und 3 ii) – zugestimmt. Dabei geht es um die libyschen Häfen bzw. um die Frage, was man dort tun soll.

Omid Nouripour

(A) Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie in Libyen eine Einheitsregierung haben wollen, dann sollten Sie, wie es der Kollegen Annen gerade völlig zu Recht beschrieben hat, vielleicht auch einmal auf die Stimmen von Libyen hören. Die klingen nicht unbedingt so, als ob irgendeine der beiden Regierungen davon begeistert wäre, dass jetzt demnächst Schiffe in Häfen versenkt werden sollen, bei denen man tagsüber aus der Luft nicht sehen kann, ob das ein Schlepperboot oder ein Schleuserboot ist. Von daher kann das einfach nicht funktionieren.

Man hat auch nicht das Gefühl, dass es für die Option, an Land gegen Schleuser vorzugehen, in Libyen eine große Begeisterung gibt. Jetzt wird es spannend: Es sollte ja im Sicherheitsrat ein Mandat dafür geben. Wenn man sich aber anschaut, wie die afrikanischen Vertreter dort – Angola, der Tschad und Nigeria – dazu stehen, erkennt man: Alle drei Länder lehnen dieses Ansinnen höchst vehement ab. Von daher muss man eigentlich sagen: Es geht nicht nur um das Binnenverhältnis zwischen Schleppern und EU, sondern es gibt im Übrigen auch noch ein paar lokale Akteure. Deren Stimme bzw. Zustimmung haben Sie aber nicht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Nouripour, bitte, versuchen Sie jetzt, einen Punkt zu setzen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Ich komme zum letzten Punkt: Wenn nicht noch ein Wunder passiert, wenn das Mandat so bleibt, wenn Sie uns den Operationsplan nicht vorlegen und weiterhin so argumentieren, wie Sie es tun, kann ich meiner Fraktion leider Gottes bei aller Ablehnung des Geschäftsmodells der Schlepper nur empfehlen, dieses Mandat abzulehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Jürgen Hardt das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nouripour, in der gegenwärtigen Situation gilt das humanitäre Gebot: Wir müssen verhindern, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken. Das können wir zum einen dadurch tun, dass wir diese Menschen aus den seeuntüchtigen Booten retten, mit denen sie von den Schleppern fahrlässigerweise aufs Meer hinausgeschickt werden. Das können wir zum anderen dadurch tun, dass wir verhindern, dass Schlepper diese Menschen mit falschen Versprechungen und unter Verharmlosung des Risikos in diese Boote locken und damit in Lebensgefahr bringen.

Ich glaube, dass in diesem Einsatz, sowohl so, wie er bisher in Stufe 1 abgelaufen ist, als auch so, wie er jetzt geplant ist, genau diese Kombination vorgesehen ist. Es geht darum, Menschen zu retten. Nach heutigem

Stand konnten durch Schiffe der deutschen Marine 8 030 Menschen gerettet werden. Es geht auch darum, zu verhindern, dass dieser äußerst gefährliche, für viele leider tödliche Weg beschritten wird. (C)

Frau Brugger hat – darüber haben wir im Bundestag nicht debattiert – zu diesem Thema mit *Spiegel Online* gesprochen, was wir natürlich alle lesen werden. Ich glaube nicht, dass der Einsatz der Stufe 2 i), wie er jetzt von der Bundesregierung in diesem Antrag beschlossen werden soll, dazu führen wird, dass weniger Flüchtlinge gerettet werden.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat er aber schon! – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Zahlen liegen vor!)

Erstens. Die Zahl der Schiffe, die unter EU-Mandat fahren, wird sich von vier auf acht erhöhen. Zweitens. Die Zahl der Schiffe, die auf andere Weise zur Rettung beitragen, hat in der letzten Zeit zugenommen, sodass möglicherweise die Notwendigkeit, dass Marineschiffe Flüchtlinge aufnehmen müssen, nicht mehr in dem Maße gegeben ist, wie das in der Anfangsphase der Fall war. Es ist allerdings auch so, dass das Wetter im Herbst strenger wird und dass es dann offensichtlich wird, wie gefährlich eine Flucht auf dem Meer ist, und vielleicht auch deswegen der eine oder andere davor zurückschreckt.

Ich möchte den Blick auf das wenden, was wir in der EU auch noch vereinbart haben. Wir haben gesagt: Wenn es eine libysche Regierung gibt – es liegt jetzt ein Friedensvertrag vor, der von den Parlamenten in Tobruk und Tripolis abgesegnet werden muss, was vielleicht bald geschehen wird –, mit der wir zusammenarbeiten können, dann werden wir sicherlich auch darüber nachdenken, ob wir weitergehen und die Stufe 2 ii), so ist es offiziell formuliert, und dann gegebenenfalls die Stufe 3, also ein konkreter Einsatz vor der libyschen Küste, umsetzen. (D)

Das ist im Grunde das, was wir anstreben, nämlich den Flüchtlingen ein sicheres Zuhause jenseits des Mittelmeers zu geben. Wir möchten ihnen zusichern können, dass ihrem Antrag auf Schutz vor politischer Verfolgung im Einvernehmen mit der libyschen Regierung entsprochen wird. So können wir vermeiden, dass diese Menschen nach Europa kommen müssen, um hier ihren Antrag zu stellen.

Ich glaube, Ihre Ablehnung und Ihre Skepsis gegenüber dem Antrag der Bundesregierung fußen ganz wesentlich darauf, dass Sie wissen: Wenn Sie heute zustimmen, wird es bei einem späteren Antrag, der vielleicht in wenigen Wochen oder Monaten vorliegen wird, noch schwieriger, Nein zu sagen. Ich glaube, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen sollten, um zu vermeiden, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Ich möchte an dieser Stelle noch ergänzen, dass wir die Bemühungen der Bundesregierung, die Mittel der UN-Ernährungsprogramme zur Versorgung von Flüchtlingen deutlich aufzustocken, damit es nicht zu finanziellen Engpässen kommt, welche zu einer erneuten Flucht und zu einer Verunsicherung der Menschen führen, massiv unterstützen. Wir stellen uns aber schon die Fragen:

Jürgen Hardt

- (A) Wie konnte es so weit kommen? Wie können wir die Strukturen der UN und ihrer Tochterorganisationen optimieren und verbessern?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Hardt, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Keul?

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Kollege. – Sie haben eben gesagt: Wir werden in wenigen Wochen mit der Stufe 3, also mit der Erteilung eines Mandats, vor der libyschen Küste tätig zu werden, zu rechnen haben. Die Lage in Libyen sieht nicht gerade rosig aus.

Sie wissen, dass Sie dafür eine völkerrechtliche Grundlage brauchen. Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür, dass Russland sich in diesem Zusammenhang irgendwie bewegen wird und es im UNSicherheitsrat hierzu eine Einigung geben wird?

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Zunächst einmal habe ich meine Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass wir in dem Fall, dass es eine legitime libysche Regierung gibt, gemeinsam über weitere Schritte nachdenken können und dass wir dann auch konsequenterweise, weil wir in der EU einen Mehrstufenplan vereinbart haben, die weiteren Schritte gehen.

- (B) Man könnte sich in diesem Fall zuallererst vorstellen, dass die libysche Regierung uns einlädt, dies zu tun. Wir werden jetzt im Rahmen der Stufe 2 i) zwar die Schlepper, die wir identifizieren, erkennungsdienstlich behandeln, aber wir werden sie nicht an eine libysche Regierung zu einer weiteren strafrechtlichen Verfolgung übergeben. Ich glaube, dass es zunächst dazu kommen wird, dass wir auf Einladung einer libyschen Regierung gegebenenfalls mit ihr zusammenarbeiten und mit ihr gemeinsam das Schlepperwesen bekämpfen und vor allem – das ist meines Erachtens noch viel wichtiger – gemeinsam zu einem Weg kommen, wie mit den Flüchtlingen auf libyschem Boden in humanitärer Hinsicht vernünftig umgegangen werden kann.

Ich war bei den Programmen der Vereinten Nationen stehen geblieben. Wir erleben jetzt, dass die Bundesregierung dabei konsequent vorangeht. Sie hat auch schon vor einigen Monaten in Berlin eine Konferenz einberufen. Trotzdem finde ich es unbefriedigend, dass wir bei den Vereinten Nationen nicht zu Strukturen kommen, die dafür sorgen, dass wir erst gar nicht in eine solche Situation geraten. Ich finde, es muss klare Vereinbarungen und Frühwarn- und Vorwarnmechanismen geben, die das verhindern. Im 70. Jahr der Vereinten Nationen sollten die Vereinten Nationen so weit entwickelt sein, dass die großen Hilfsprogramme nicht von der Hand in den Mund leben müssen. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. Fritz Felgentreu hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Kollege Jürgen Hardt, ich denke, es ist auch in Ihrem Sinne, wenn ich an dieser Stelle auch im Namen des Verteidigungsausschusses ganz allgemein den Männern und Frauen vom Tender „Werra“ und von der Fregatte „Schleswig-Holstein“ für ihren großartigen Einsatz im Mittelmeer und vor allen Dingen auch für die humanitäre Wirkung dieses Einsatzes danke, die heute bereits mehrfach angesprochen worden ist. Das möchte ich hiermit gerne tun.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Linke hat kritisiert, dass wir mit der Erweiterung und dem Eintritt in die Phase 2 des Einsatzes auch ein politisches Bekenntnis dazu ablegen, die Schleuserkriminalität zu bekämpfen. Ich möchte dieses politische Bekenntnis gerne noch einmal ausdrücklich unterstreichen. Die Tatsache, dass es sich bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität in der Tat um Symptombekämpfung handelt, heißt doch nicht, dass es nicht sinnvoll ist, diese Symptome zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Die Schleuser im Mittelmeer nutzen mit krimineller Intention die Notlage der Menschen aus und setzen deren Not manipulativ ein, um selber viel Geld zu verdienen und die Europäer zu einem humanitären Einsatz zu zwingen. Diese Art der Herangehensweise verdient es, bekämpft zu werden. Wenn dafür der EUNAVFOR-MED-Einsatz ein effektives Mittel ist, dann müssen wir unbedingt zu diesem Mittel greifen.

Das heißt nicht – ich glaube, das ist der Punkt, über den wir eigentlich reden müssen –, dass wir die Bekämpfung der Fluchtursachen deswegen aufgeben. Das eine ist die Ebene der Symptombekämpfung, um die wir uns auch im Sinne einer europäischen Solidarität kümmern müssen. Das andere ist die Frage, wie wir damit umgehen können, damit in Zukunft weniger Menschen den Wunsch entwickeln, den gefährlichen Weg der Flucht über das Mittelmeer zu gehen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Felgentreu, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Liebich?

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Selbstverständlich, gerne.

(C)

(D)

(A) Stefan Liebich (DIE LINKE):

Herr Kollege Felgentreu, selbstverständlich hat die Linke gar nichts dagegen, dass Kriminalität bekämpft wird. Unser Argument war, dass die Bekämpfung, wie Sie sie vorschlagen, aussichtslos sein wird. Denn solange die Grenzen geschlossen sind, wird es immer Leute geben, die versuchen, illegal über die Grenzen zu kommen. Mich würde interessieren, was Sie zu diesem Argument sagen.

Dann habe ich noch eine Frage:

Finden Sie nicht auch, dass die Bekämpfung von Kriminalität Aufgabe der Polizei und nicht der Armee ist?

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Sie kommen auf einen Punkt zu sprechen, auf den ich in meiner Rede gerade eingehen wollte. Eines ist doch vollkommen klar: Wenn wir erreichen wollen, dass die Menschen nicht mehr den Wunsch haben, über eine gefährliche Flucht nach Europa zu gehen, dann müssen wir die Fluchtursachen bekämpfen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen erreichen wir nicht, indem wir die Kriminellen bekämpfen, die die Not der Flüchtlinge ausnutzen. Das ist aus meiner Sicht ein völlig klarer Zusammenhang. Insofern brauchen wir eine Strategie, die an allen Punkten ansetzt.

Die Grenzsicherung in Europa ist ebenfalls eine militärische Aufgabe. Dass diese im Rahmen des EUNAVFOR-MED-Einsatzes auch von der Bundeswehr wahrgenommen wird, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Bei der Bekämpfung der Fluchtursachen müssen wir allerdings wesentlich tiefer ansetzen. Dazu gehört natürlich auch der Vorschlag der Grünen, legale Wege der Einwanderung zu schaffen. Ich würde an diesem Punkt gerne weitermachen, erspare Ihnen aber, das im Rahmen meiner Antwort zu tun.

Herr Nouripour, Sie haben vollkommen recht – die SPD-Fraktion hat sich bereits mehrfach in diesem Sinne geäußert –, dass die legalen Wege der Einwanderung ausgeweitet werden müssen. Das wollen wir auch tun. Deswegen wollen wir gerne ein Einwanderungsgesetz schaffen. In einem Punkt glaube ich allerdings nicht, dass dies weit genug trägt. Die bloße Möglichkeit einer legalen Einwanderung wird niemals so ausgestaltet werden können, dass sie den gesamten Druck nimmt. Wenn wir legale Wege der Einwanderung schaffen, die für die einzelnen Menschen mit unerträglich langen Wartezeiten verbunden ist, dann wird es trotzdem viele Menschen geben, die den gefährlichen Weg der Flucht weitergehen wollen. Deswegen kann das nur ein Baustein einer Strategie sein und niemals die gesamte Strategie ersetzen.

Der heute bereits mehrfach gegebene Hinweis auf den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung in Libyen ist wichtig. Hier nähern wir uns einem Punkt an, über den wir bei der Bekämpfung der Fluchtursachen zu wenig diskutiert haben. Wir haben über die unerträglichen Verhältnisse in den Lagern und die Tatsache gesprochen, dass das Leben in Libyen unsicher geworden ist. Wenn wir aber den Blick über Libyen hinaus richten, dann sehen wir, dass überall dort, wo Menschen in dem tödlichen Dreieck aus organisierter Kriminalität, Terror und

Korruption versuchen müssen, ein Leben aufzubauen, eine echte Perspektive nicht entstehen kann. Es ist gerade diese Perspektivlosigkeit, die anständige Menschen in die Flucht treibt. Deswegen meine ich, dass wir als Europäer auf ganz andere Weise als bisher – konsequenter und stringenter – und mit größerer Bereitschaft die Machtmittel, über die wir verfügen, bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption einsetzen müssen. Da haben Sie vollkommen recht, Herr Kollege Liebich: Das wird eher die Aufgabe der Polizei, von Interpol und Europol, sein als die der Bundeswehr. Aber wir müssen es tun.

Wir dürfen nicht nur die Schleuser verhaften, die Boote über das Mittelmeer steuern. Vielmehr müssen wir auch die Geldströme offenlegen, die durch die Schleuserkriminalität generiert werden. Wir müssen das Geld, das damit verdient wird, beschlagnahmen. Wir müssen internationale Haftbefehle gegen die für solche Schleuseraktivitäten verantwortlichen Hintermänner ausstellen können, die an vielen Stellen als scheinbare Ehrenmänner ihrer Arbeit nachgehen und die wir als Ansprechpartner nicht gebrauchen können. Das ist der eigentliche Punkt. Die Bekämpfung von Fluchtursachen setzt an vielen Stellen an. Armutsbekämpfung ist eine davon.

Letzter Hinweis. Kollege Nouripour, Sie haben bemängelt, dass der Operationsplan bislang nicht vorliegt. Damit haben Sie natürlich recht. Aber er soll im Laufe dieser Woche eingehen. Es ist sicherlich eine Selbstverständlichkeit, dass man in den Ausschüssen nicht vernünftig über EUNAVFOR MED diskutieren kann, wenn man keinen Zugang zum Operationsplan hat. Sie haben auch gesagt, Sie könnten so nicht darüber abstimmen. Sie müssen aber auch noch nicht darüber abstimmen. Heute ist die erste Beratung. Seien Sie versichert: Bis zur Abstimmung wird die Bundesregierung auch in diesem Punkt ihre Hausaufgaben gemacht haben, sodass wir dann eine vernünftige Beratungsgrundlage haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Florian Hahn hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 135 000 Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten sind in den ersten drei Wochen im September 2015 in Bayern angekommen. Das sind mehr als im gesamten Jahr zuvor.

Das fordert von unseren Behörden, von den Beamten, von der Polizei, von den vielen Ehrenamtlichen, von Organisationen wie den freiwilligen Feuerwehren, vom THW, von anderen Rettungsdiensten und vor allem auch von unseren kommunalen Entscheidungsträgern, den bayerischen Landräten, den bayerischen Bürgermeistern, unglaubliche Kraft, Kreativität und Courage. Denn die Menschen müssen erstversorgt und untergebracht werden. Außerdem müssen sich gerade die Kommunalpoliti-

Florian Hahn

(A) ker bei unzähligen Bürgerversammlungen, bei Interviews mit den Lokalmedien und in direkten Gesprächen mit den zunehmend besorgten Bürgern auseinandersetzen, die sich fragen, wie das alles weitergehen soll. Ich möchte deshalb ausdrücklich der Bundeskanzlerin danken, dass sie für den kommenden Montag ein Gespräch mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden zugesagt hat. Das ist ein gutes Zeichen. Das zeigt, dass wir uns in der Bundespolitik dieser Belastung vor Ort bewusst sind.

Der Zustrom Hunderttausender Menschen nach Europa, nach Deutschland, fordert die Politik, also uns alle, auf allen politischen Ebenen. Die CSU hat in einem Papier ihres außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreises am 5. September dieses Jahres und heute mit einer Erklärung ihrer Landtagsfraktion zu diesem Thema zahlreiche Lösungsideen ausgearbeitet.

Um auch in Zukunft den Menschen, die Hilfe am dringendsten benötigen, zeitnah und direkt helfen zu können, sind aus unserer Sicht folgende Punkte unerlässlich: Wir müssen den Zustrom insgesamt eindämmen.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zustrom eindämmen – das spricht Bände!)

Wir brauchen mehr europäische Solidarität, und wir müssen nationale Handlungsspielräume ausschöpfen und schaffen. Übrigens, wenn wir über mehr europäische Solidarität reden und diese erreichen wollen, dann müssen wir feststellen: Diese Solidarität erreicht man nicht, wenn wir andere Regierungschefs beschimpfen. Vielmehr müssen wir mit anderen Regierungschefs sprechen, und genau das hat die CSU getan.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Tolle Solidarität!)

Wenn Sie von der Linken konsequent wären, dann würden Sie auch Herrn Tsipras beschimpfen, der offensichtlich wieder bereit ist, mit den finsternen Nationalisten in Griechenland zu paktieren. An dieser Stelle höre ich bei Ihnen irgendwie gar nichts.

Aber wenn es darum geht, die Dinge anzupacken, dann geht es auch darum, Asylmissbrauch abzustellen,

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keinen Asylmissbrauch! Das ist ein Grundrecht!)

Verfahren zu beschleunigen und bleibeberechtigte Flüchtlinge zu integrieren, auszubilden und sie möglicherweise auch auf die Zeit nach dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat vorzubereiten. Außerdem müssen wir, wo wir dies können, Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen. Vieles, was diese Woche entschieden wurde bzw. noch vorbereitet und entschieden wird, geht in die richtige Richtung und wird dem gerecht.

Das sehen wir auch bei der Mission EUNAVFOR MED, deren Ziel es ist, die kriminellen Aktivitäten der Menschenschleuser im Mittelmeer vor der nordafrikanischen Küste zu bekämpfen. Diese Mission war bislang erfolgreich, nicht nur, weil es den Besatzungen deutscher Schiffe gelungen ist, mehr als 800 000 Menschen von

hochseeuntauglichen Kähnen und Schlauchbooten zu retten, sondern auch, weil es möglich war, wichtige Informationen über die Organisationen der Schleusernetzwerke im Mittelmeer, über ihre Routen und über ihre Taktiken zu sammeln. (C)

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Soldatinnen und Soldaten der Marine.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich konnte mir mit Kollegen vor Ort auf der Fregatte „Schleswig-Holstein“ einen Eindruck davon verschaffen, welchen physischen und psychischen Belastungen unsere Frauen und Männer bei einer solchen Seenotrettung ausgesetzt sind. 10 bis 16 Stunden dauert eine solche Evakuierung. Die Soldaten stecken während dieser Zeit bei hohen Außentemperaturen gerade im Sommer in Ganzkörperschutzanzügen, müssen dafür sorgen, dass es zu keinen Tumulten kommt, dass Flüchtlinge nicht ins Wasser fallen und ertrinken und dass sie sich selbst nicht in Gefahr bringen. Ich habe vor dieser Leistung allerhöchsten Respekt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ist es sinnvoll, zügig in die Phase 2 i) dieser Operation einzutreten und die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken, um deren kriminellen Aktionen Grenzen setzen zu können. Dabei findet natürlich weiter Seenotrettung statt; das ist doch gar keine Frage. (D) Aber der Einsatz bewaffneter Streitkräfte ist auf mittlere Sicht sinnvoll, wenn der Schwerpunkt tatsächlich auch auf die Bekämpfung der Schleuseraktivitäten übergeht. Dazu wird mit diesem neuen, erweiterten Mandat ein entscheidender Schritt getan. Deswegen ist dieses Mandat absolut sinnvoll.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/6013 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Keul, Luise Amtsberg, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetzliche Grundlage für Angehörigenschmerzengeld schaffen

Drucksache 18/5099

Überweisungsvorschlag: